BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 5 **Köln, 20. Mai 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Schneeball oder Lawine“* S. 285
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Plebiszite, Allgemeines Wahlrecht und Demagogie“* S. 296
- *Stefan Andres, „Nicht ein drittes Mal!“* S. 299
- *Lucie Beyer, MdB, „Die Frauen sagen Nein!“* S. 304
- *Kurt Hirsch, „Von der Arbeitsniederlegung beim Bau des Mout-Tempels zum politischen Streik unserer Tage“* S. 307
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Verrat an der Einheit“* S. 317
- *Dr. Hildegard Brücher, MdL, „Betrachtungen zu einem Besuch bei der Nato“* S. 322
- *Paul Schallück, „Terror der Phantasielosigkeit“* S. 325
- *Minister Dr. h. c. Arno Hennig, „Kulturpolitik?“* S. 332
- *Pastor Adolf Schmidt, „Wann kommt die Antwort der Synode?“* S. 335
- *Prof. D. Hans-Joachim Iwand, „Osterbesuch bei der russisch-orthodoxen Christenheit“ (I)* S. 340
- *Rudolf Pikola, „Reden war Sünde — Schweigen wird Mord“* S. 345
- *Dr. Arno Klönne, „Die Jugend meint es ernst“* S. 350
- *Hans Henny Jahnn, „Zwölf Jahre Warnungen vor der Atombombe ...“* S. 353
- *Johannes Weidenheim, „In unserem Lande ...“* S. 357
- *Katharina Seibert, „Aufbruch in Südafrika“* S. 359
- *Arno Behrisch, MdB, „Eine breite Volksbewegung ist notwendig, notwendig ist, was die Not wendet“* S. 365
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 369

Prof. Dr. Renate Riemeck

Schneeball oder Lawine

Die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung

Am 25. März ist das deutsche Volk unmißverständlich darüber belehrt worden, was die herrschenden Kreise Bonns unter Demokratie verstehen: Ohne Rücksicht auf den Willen der Mehrheit des Volkes wurden Entscheidungen gefällt, die uns alle zum Werkzeug oder zum Opfer einer auf verbrecherische Massenvernichtungsmittel gestützten Politik machen sollen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist seither von einer tiefen Unruhe ergriffen. Schweigemärsche, Kundgebungen, Aufrufe, Proteste im ganzen Land! Hunderttausende demonstrierten in den letzten Wochen nicht

nur gegen die Atomaufrüstung, sondern auch für die Wahrung einer demokratischen Lebensordnung. Wissenschaftler sprachen vor Gewerkschaften. Das hat es noch niemals gegeben. Das zeigt den ganzen Ernst der Situation, in die wir hineinmanövriert worden sind.

In Hamburg, Bremerhaven, Kassel, Braunschweig, Göppingen, Mannheim, Schwenningen, Bremen, Karlsruhe, Heidenheim und anderorts haben sich die Arbeiter großer Betriebe zu Proteststreiks entschlossen oder nahmen nach vorzeitigen Arbeitsniederlegungen geschlossen an Großkundgebungen teil. In vielen Städten entstanden überparteiliche Ausschüsse, die sich den Widerstand gegen die Bonner Atompolitik zum Ziel gesetzt haben.

Aus vielen Einzelaktionen ist eine Volksbewegung geworden. Sie ist von so elementarer Kraft, daß selbst die bewährten Methoden der Einschüchterung nicht mehr wirken. Zwei Beispiele können uns das lehren:

Erstens: Das Vorgehen der Polizei gegen das (von namhaften Persönlichkeiten getragene) Komitee „Kampf dem Atomtod" in München hat das Gegenteil von dem bewirkt, was man sich erhofft hatte. Daß man sich zur Rechtfertigung dieser polizeilichen Maßnahme ausgerechnet auf ein Gesetz der Nazizeit berief, hat den Atomwaffengegnern deutlich gezeigt, was die Stunde geschlagen hat.

Zweitens: Das Ultimatum, das der Bundeskanzler den Städten gestellt hat, die eine Volksbefragung durchführen wollen, hat den Willen freier Bürger nicht brechen können. Adenauer muß es auf einen formalen Rechtsstreit ankommen lassen und ist gezwungen, es vor aller Welt offenbar zu machen, wie sehr er sich vor der Erforschung der Meinung des Staatsbürgers fürchtet.

Die Beunruhigung der deutschen Öffentlichkeit über die Regierungsbeschlüsse kam auch in der Anteilnahme breiter Bevölkerungsschichten an den Maifeiern des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck. Der 1. Mai wurde zu einer machtvollen Bekundung der entschlossenen Haltung von Millionen werktätiger Menschen, die der Atomaufrüstung ihr Nein entgegensetzten. Selbst die ungewöhnliche Tatsache, daß Bundeskanzler A d e n a u e r erstmals auf einer Maifeier (in dem kleinen Städtchen Wipperfürth) das Wort ergriff, konnte diesen Eindruck nicht verwischen.

Es half auch nichts, daß der Innenminister in seiner Rundfunkrede in den Sprachgebrauch der Naziherrschaft zurückfiel und vom 1. Mai als dem „Tag der nationalen Arbeit" (!) sprach. Es war ein Kampftag gegen die Bonner Atomrüstungspolitik. Aber daß Dr. S c h r o e d e r gerade in einem Augenblick den 1. Mai wieder als „Tag der nationalen Arbeit" bezeichnete, da die Arbeiter sich daran erinnerten, daß vor 25 Jahren unter diesem Motto der Todesstoß gegen die freien Gewerkschaften eingeleitet wurde, — das hat vielen zu denken gegeben.

Die Taktik des Verschweigens

Die Volksbewegung hat sich rasch verbreitet. Sie ist so stark geworden, daß sie schon heute die Bewunderung jener tapferen Engländer hervorruft, die vor zwei Monaten den Kampf gegen den Atombombenmilitarismus in ihrem Lande aufgenommen haben. Was in Großbritannien bisher geschehen ist, läßt sich nach Umfang und Intensität gar nicht mit den Aktionen in der Bundesrepublik vergleichen. Das schrieb die Gruppe der Atomwaffengegner an der Universität London in einem Brief an die 44 Professoren. Von dem Widerstand, der in Großbritannien entfacht wurde, hat die deutsche Presse ausführlich und in allen Einzelheiten berichtet. Über das Ausmaß des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik schweigt sie sich aus. Verschwindend wenige Zeitungen wagen es noch, gelegentlich einen kurzen zusammenfassenden Bericht zu bringen. Die

Presseorgane, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, regelmäßig über die Protestaktionen zu informieren, kann man an den Fingern einer Hand herzählen.

Wer die Methoden der Beeinflussung in der Bundesrepublik kennt, den wundert es nicht, weshalb trotz der verfassungsmäßig verbrieften Pressefreiheit kein zureichendes Bild vom Stand der Volksbewegung vermittelt wird. Über die vielen Großkundgebungen, die bisher schon stattgefunden haben, läßt sich für den „normalen" Zeitungsleser kein Überblick gewinnen. Er wird immer nur von den örtlichen Vorgängen in einem regional beschränkten Umkreis unterrichtet. Nur wenn in Hamburg 120 000 Menschen demonstrieren, muß man es wohl oder übel auch in Wipperfürth oder Feldafing zur Kenntnis bringen. Die Bevölkerung soll eben nicht wissen, wie sehr die gärende Unruhe um sich gegriffen hat. Die Gründe für diese Verschleierungstaktik sind allzu durchsichtig: Die Gegner der atomaren Aufrüstung sollen sich nicht bewußt werden, wie stark sie in Wahrheit sind.

„Hütet euch vor den falschen Propheten!"

Wenn es noch eines Beweises für das Vorhandensein einer starken Volksbewegung bedurft hätte, dann hat ihn die Bundesregierung selbst geliefert. Sie sah sich nämlich gezwungen, zum Gegenschlag auszuholen. Offenbar befürchtet sie, daß diesmal die Sache nicht allmählich im Sande verläuft. Sie hält deshalb eine massive Gegenpropaganda für notwendig.

Mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen DM (Steuergeldern) wurde eine Plakat- und Annoncenaktion gestartet, damit dem erstaunten Bundesbürger noch kurz vor dem 1. Mai die neueste Parole seiner Regierung verkündet werden konnte: „Kampf dem Atomtod auf der ganzen Welt!" Das klingt so schön, so vernünftig und so überaus menschlich! Wer möchte nicht, daß allen Menschen dieser Erde der qualvolle Atomtod erspart bleibt? Wie tröstlich zu wissen, daß wir eine Regierung haben, die sich zur Weltatomtodbekämpferin erklärt hat! Schade nur, daß es eben diese Regierung ist, die mit der Durchführung der Atomaufrüstung trotz allen gegenteiligen Erklärungen bereits intensiv beschäftigt ist, die das Rüstungsfieber in der ganzen Welt steigern hilft, und die dadurch das tödliche Risiko des Atomkrieges vergrößert.

Es ist nicht schwer, verwirrende Parolen auszugeben, wenn man es mit der geistigen Redlichkeit nicht sehr genau nimmt. „Kampf dem Atomtod" war und ist das Losungswort der Atomwaffengegner in diesem Lande. Es ist doch nur ein Zeichen für die Besorgnis der Bundesregierung über die wachsende Unruhe im Volk, wenn sie sich genötigt fühlt, mit dem Motto ihrer Gegner zu arbeiten.

Sie weiß also genau, wie die Menschen bei uns über ihren Atomrüstungseifer denken. Sie weiß, daß das Volk ihr nicht folgen würde, wenn sie die nackte Wahrheit auf ihre Plakate schriebe: „Kampf den Atomwaffengegnern! Raketen und Atombomben für die Bundesrepublik!" So eignet sie sich die Parole der „andern" an, weil sie nur noch auf diese Weise das Volk anzusprechen vermag. Die Regierung ist sich zweifellos klar darüber, daß sie das verlorene Vertrauen ihrer enttäuschten Wähler zurückgewinnen muß. Und sie rechnet dabei mit der Einfalt wirtschaftswunderlicher Bürger. Sollte man das Wählervolk nicht von seinen Gewissensqualen befreien und damit beruhigen können, daß der „alte Herr" in Bonn es am Ende doch schon alles richtig machen wird? „Er" ist doch auch ein Atomwaffengegner! „Er" will doch nichts anderes als die kontrollierte Abrüstung. Wenn ihr „ihm" vertraut, ist alles gut. „Er" weiß doch am besten, was uns frommt! Darum ist auch auf den Plakaten zu lesen gewesen: „Wir dürfen uns nicht durch falsche Propheten irremachen lassen!" Wer ist eigentlich mit den „falschen Propheten" gemeint? Die Göttinger Achtzehn und Albert Schweitzer?

Die Wissenschaftler und Ärzte? Die vielen Mahner und Warner von Rang und Namen?

Der Versuch unserer christlich-demokratischen Regierung, in biblisch klingenden Worten die Bundesrepublikaner zu beschwören, ist nicht nur peinlich. Er hat sogar seine Komik. Wären unsere christlichen Minister Kenner des Neuen Testaments, dann hätten sie eigentlich bemerken müssen, daß das Bibelwort, auf das sie so deutlich anspielten, höchst zweischneidig für sie ist. Es heißt nämlich: „Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe!" (Matth. 7, 15). Wenn man unter die Parole „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt!" den vollen Wortlaut des Matthäus-Verses setzt, nimmt sich das freilich nicht eben vorteilhaft für diejenigen aus, die das Regierungsplakat unterzeichnet haben. Aber wer weiß schon so gut in der Bibel Bescheid!

Ein frommes Sprüchlein, eine erborgte Parole und schöne Worte für das töricht-gutgläubige Volk, — auf daß es sein Schicksal ohne Murren der Weisheit seiner Obrigkeit anvertraue! Wieviel skrupellose Demagogie, welch Mißbrauch christlicher Worte und welch erschreckende Abwertung demokratischen Staatsbürgersinns verbirgt sich nicht hinter alledem! Geht es bei dieser Taktik nicht letztlich um den Versuch einer Wiederbelebung des Untertanengeistes? Jeder muß sich also fragen: Leben wir eigentlich noch in einer ehrlichen Demokratie oder nur in einem demokratisch firmierten Obrigkeitsstaat? In einer Demokratie, die diesen Namen verdient, hat der Staatsbürger ein Recht darauf, das Für und Wider eines politischen Problems offen und sauber dargelegt zu bekommen. Denn in einer Demokratie hat schließlich der Staatsbürger die Verantwortung für das zu tragen, was seine Regierung tut.

Und was tut sie? Die gleiche Regierung, die sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung veranlaßt fühlt, in frömmelndem Tonfall dem „Atomtod auf der ganzen Welt" den Kampf anzusagen, läßt im selben Moment die entscheidenden Schritte zur Atomaufrüstung und Verschärfung des Kalten Krieges einleiten. Schon stehen deutsche Soldaten bereit, um in Nordafrika und in Amerika eine Atomkriegsausbildung zu erfahren. Der Verteidigungsminister kauft „Mehrzweckwaffen", die jederzeit mit Atomsprengköpfen ausgestattet werden können. Evakuierungspläne für vierzehneinhalb Millionen Deutsche werden erwogen, die unter der Aufsicht von 50 000 „Flüchtlingspolizisten" 150 km ins Landesinnere marschieren sollen. Und in der „Bundeswehr" (Zeitschrift für Wehrfragen, Nr. 4, April 1958) steht zu lesen, daß unsere Soldaten „psychologisch" darauf vorbereitet werden sollen, im Ernstfall „auch deutsche Städte in das Inferno der nuklearen Vernichtung einzubeziehen". Das Schicksal von Hiroshima für deutsche Städte — bereitet von deutschen Soldaten!

Wie weit will man eigentlich die Erniedrigung des Menschen noch treiben? Es besteht kein Zweifel: Den Soldaten, der für den atomaren Brudermord fertiggemacht werden soll, den muß man doch zuvor zum seelenlosen Roboter herabgewürdigt haben, damit er im Ernstfall auch wirklich „funktioniert". — Was in diesem Lande nicht alles gedacht, geschrieben und veröffentlicht werden darf! Aber die amtlichen Meßzahlen über das Ansteigen der Radioaktivität, die dürfen nicht mehr veröffentlicht werden! (Das gab dankenswerterweise der Direktor des Technischen Überwachungsvereins Hamburg, Dr. Jauernick, bekannt. — Frankfurter Rundschau, 24. April). Die Bevölkerung könnte ja davon beunruhigt werden und noch energischer die Einstellung der gewissenlosen westlichen Kernwaffenversuche fordern! Denn trotz des einseitigen Verzichts der „atheistischen" Sowjetunion auf die Erprobung neuer Atom- und Wasserstoffbomben setzt der „christliche" Westen ungeniert seine Versuchsexplo-

sionen im Pazifik fort. Was kümmert ihn das Flehen der Japaner, die jeden neuen Test mit Tod und Verderben bezahlen müssen! Jede Explosion verurteilt ungezählte Menschen, Lebende und noch Ungeborene, zu einem qualvollen Sterben. Jede Explosion — das haben japanische Wissenschaftler festgestellt — bringt die Bevölkerung Japans dem sicheren Aussterben in wenigen Generationen näher. Aber das rührt das christliche Gewissen der westlichen Staatsmänner nicht. Welche Werte will der Westen eigentlich noch verteidigen? Den mißbrauchten und geschändeten christlichen Namen? Ein zum Roboterdasein entwürdigtes Menschentum?

Der „Atomtod in der ganzen Welt", den Adenauer und seine Minister (mit der Atomaufrüstung!) bekämpfen wollen, liegt nicht erst in der Zukunft. Er findet bereits statt: nicht nur in Japan und auf den Pazifischen Inseln, sondern auch in Amerika und in Europa und mitten unter uns. In der Zeitschrift „Erfahrungsheilkunde" (Heft 4, 1958) veröffentlichte der bekannte Chefarzt der Bayreuther Kinderklinik, Dr. Beck, die alarmierenden Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Zunahme der Strahlungsschäden bei Säuglingen. Seit 1950 hat sich nicht nur die Zahl der Mißgeburten verdreifacht. Auch die Abnormitäten sind immer schwerwiegender geworden (Herzfehler, Verwachsungen der Wirbelsäule, Zwergwuchs, Verkrüppelungen, mongolide Idiotie usw.). Dr. Beck wies darauf hin, daß nach seinen Berechnungen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Mißbildungen und den Terminen der Atombombenversuche besteht. Namhafte amerikanische Wissenschaftler haben erschreckende Angaben über die Erbschäden und die Zunahme der Krebskrankheiten infolge der radioaktiven Verseuchung der Luft durch die Kernwaffentests gemacht.

Aber die Bundesregierung, die mit kühner Stirn behauptet, den Atomtod in der ganzen Welt bekämpfen zu wollen, hält es nicht einmal für nötig, die Einstellung der Versuchsexplosionen zu fordern, obwohl ein entsprechender Antrag im Parlament vorliegt! Die Bundesregierung wünscht die Fortsetzung der Politik der Stärke, weil Westdeutschland nur auf diese Weise eine atomare Militärmacht werden kann. Aus diesem Grunde billigt sie die westlichen Versuchsexplosionen im Pazifik und lehnt gleichzeitig alle Versuche der Entspannung (Rapacki-Plan) ab. Sie nimmt es auf ihr „christliches" Gewissen, daß Tausende von Menschen — auch ohne Heißen Krieg — an der Politik der Stärke sterben müssen. Die Parole „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" ist deshalb eine geradezu antichristliche Entstellung der Wahrheit. „Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe!"

Die Unwahrhaftigkeit der Verteidigungs- und Abschreckungstheorie

Am 25. Februar 1955 erklärte Adenauer unter dem Beifall der Regierungsparteien im Bundestag: „Solange wir nicht zur NATO gehören, sind wir im Falle eines heißen Krieges zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld, und wenn wir in der Atlantikpaktorganisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr."

Das war zwar eine leere Behauptung, denn schon damals war es gewiß, daß die Nato für den Ernstfall Deutschland als Schlachtfeld eingeplant hatte. Aber der Bundeskanzler wußte, daß man den Sicherheitskomplex des deutschen Volkes ansprechen mußte, um ihm die Verflechtung der einen Hälfte Deutschlands in den westlichen Militärblock schmackhaft zu machen. Drei Jahre später konnte er die Wahrheit nicht länger verhüllen. Am 20. März 1958 sagte er in der Bun-

destagsdebatte über die Atomaufrüstung klipp und klar, was schon 1955 zu sagen gewesen wäre: „... wenn eine Weltkatastrophe käme, dann würde Deutschland in sie hineingerissen werden, gleichgültig, ob es bewaffnet ist oder nicht."

Dennoch verlangt er die Massenvernichtungsmittel für die Bundesrepublik. Die atomare Aufrüstung ist angeblich notwendig, weil der Westen so stark werden muß, daß es ein Risiko für die Sowjetunion ist, uns anzugreifen. Nur auf diese Weise könne man den Krieg verhindern. Das ist die berühmte „Abschreckungstheorie", mit der man uns an die Errichtung von Raketenbasen in der Bundesrepublik gewöhnen möchte. Damit hat die Bundesregierung ihren politischen Offenbarungseid geleistet! Man kann nur noch in militärischen Begriffen denken und verfällt dabei auf den alten, ausgedienten Satz, der sich stets als Selbstbetrug erwiesen hat: Wer den Frieden will, muß zum Krieg gerüstet sein! Wie haltlos dieser Satz auch immer sein mag, er ist zum Glaubensbekenntnis der Bonner Atomaufrüster geworden, weil die verantwortlichen Politiker am Ende ihrer Weisheit angekommen sind und sich den Militärs ausgeliefert haben.

Die Menschen sind vergeßlich in bezug auf die grausamen Lehren, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts den Völkern erteilt hat. Deshalb wagt es auch die Bundesregierung, uns mit einem Schwall von Friedens- und Verteidigungsreden die atomare Aufrüstung anzupreisen. Aber besinnen wir uns doch einmal! Wie war das eigentlich in diesem 20. Jahrhundert?

Vor dem ersten Weltkrieg glaubte man in Deutschland, daß man nur mit einer hochgesteigerten Rüstung Politik machen könne. Man sah in England den „potentiellen Gegner" und brachte das für das Volk auf die einfache, massensuggestive Formel: „England ist unser Feind!" England war eine Seemacht, seine Stärke lag auf dem Meer. Der Kaiser und sein Großadmiral von Tirpitz verlangten deshalb energisch eine Stärkung der deutschen Flotte. Der Grundgedanke des Herrn von Tirpitz war der des Risikos. Es sollte für England ein „Risiko" sein, Deutschland anzugreifen. In der Flottenvorlage von 1898 hieß es wörtlich: „Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung dabei in Frage gestellt wird." Tirpitz gewann mit Hilfe einer skrupellosen Massenpropaganda alle Parteigruppierungen und Bevölkerungsschichten jenseits der SPD. Alle waren sie stolz auf die Flotte. Deutschland schien unangreifbar. Es ging in Deutschland wirtschaftlich bergan. Zwar gab es noch viel Not, aber auch viel Zukunftshoffnung. Und von Tirpitz erklärte siegessicher: „Dieser Zustand einer ständigen Gefahr eines Krieges (zwischen England und Deutschland) wird erst aufhören und direkt umschlagen in den Wunsch Englands, sich uns zu nähern, wenn unsere Flotte weiter erstarkt ist." Wir wurden also stärker, bauten die modernsten Schlachtschiffe und halfen das Rüstungsfieber in ganz Europa steigern. Und dann kam der Krieg. Und er entbrannte gar nicht zwischen Deutschland und seinem „potentiellen Gegner", sondern auf dem Balkan. Die deutsche Flotte aber versank im Skagerrak und mit ihr der Wahn einer Politik der Stärke. Es gab neun Millionen Tote in Europa und 21 Millionen Verwundete. Deutschland wurde besiegt, verlor wichtige Grenzgebiete — und zahlte Reparationen. Nach dem ersten Weltkrieg wollte das deutsche Volk nichts als den Frieden. Dann kam ein Mann und schrieb in sein Buch — es heißt „Mein Kampf" —: „Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist Frankreich. Jede Macht ist unser natürlicher Verbündeter, die gleich uns Frankreichs Herrschsucht auf dem Kontinent als unerträglich empfindet..." Das deutsche Volk hatte trübe Er-

fahrungen gemacht. Es dachte an Versailles und an den Ruhrkampf. Millionen glaubten dem Mann, der Frankreich unsern „Todfeind" nannte. Am 16. März 1935 konnte er die allgemeine Wehrpflicht einführen. Und am 20. März 1935 schrieb Goebbels im „Völkischen Beobachter" die bemerkenswerten Sätze: „Ein ungerüstetes Land ist inmitten einer hochgerüsteten Welt eine stete Aufforderung zum Krieg. Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt..." Wieder erzählte man dem deutschen Volk, es müßte so stark werden, daß es für jeden ein Risiko ist, das Reich anzugreifen. Das deutsche Volk glaubte es. Wir wurden also stärker. Wir hatten die „modernsten Waffen", und es ging in Deutschland wirtschaftlich bergan. Wir besaßen die „modernste" Luftflotte, und die meisten Deutschen waren wohl auch stolz auf sie. Und dann kam der Krieg, und er entbrannte nicht zwischen Deutschland und seinem „potentiellen Gegner" Frankreich, sondern in Polen. Die deutsche Luftwaffe aber und das modernste Heer gingen in einem mörderischen Krieg zugrunde und mit ihnen der Wahn einer Politik der Stärke. Diesmal gab es 27 Millionen Tote in Europa und 35 Millionen Verwundete. Deutschland wurde besiegt. Ein Drittel seines Staatsgebildes wurde abgelöst, Restdeutschland von den Siegern in zwei Hälften zerrissen. Das deutsche Volk hungerte und hatte genug vom Krieg. Es wollte nichts als den Frieden.

Dann löste das „Wirtschaftswunder" die Hungersnot ab, und elf Jahre nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte sagte der Bundeskanzler in Köln: „Die Russen sind unsere Todfeinde!" — Das deutsche Volk hat trübe Erfahrungen gemacht — und ist geneigt, dem Kanzler zu glauben. Und so müssen wir also zum dritten Male „Todfeinde" abschrecken! Dafür brauchen wir Raketen und „modernste Waffen". Am 21. März rief uns der Militärexperte der CSU, Dr. Jaeger, in der Bundestagsdebatte durch den Rundfunk zu: „Nur indem wir die Abschreckung für den Osten so erhöhen, daß dieser vor dem Krieg zurückschreckt, bleibt uns der Friede erhalten — sonst nicht." Und Adenauer sagte in der gleichen Debatte ganz im Stile des Großadmirals von Tirpitz: „Die Aussichten, in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einem Ergebnis zu kommen, sind um so größer, je stärker derjenige ist, der ihr Verhandlungen vorschlägt." Und als er an einer anderen Stelle seiner Rede die Behauptung aufstellte: „Wenn wir dieser Parole (keine atomare Aufrüstung) folgen, dann beschwören wir nach der Überzeugung der Bundesregierung gerade die Gefahr eines grauenvollen Krieges herauf" —, da mußte man sich wohl oder übel an die Begründung des „Völkischen Beobachters" für die deutsche Aufrüstung im Jahre 1936 erinnert fühlen.

Tirpitz wollte mit Schlachtschiffen England zu Verhandlungen zwingen. Hitler wollte mit Westwallbunkern und mit der Luftwaffe Frankreich zwingen, zuzusehen, wie er die „Lebensraumfrage" im Osten löst. Heute will man nun mit Nato-Raketen in der Bundesrepublik die Russen an den Verhandlungstisch zwingen. Und das Ganze läuft unter der Bezeichnung „allgemeine, kontrollierte Abrüstung". Wir müssen erst aufrüsten, damit wir abrüsten können!

Es wiederholt sich nichts in der Geschichte. Die Situation von 1914 kann nicht mit der von 1939 verglichen werden und die militärischen Theorien Hitlers nicht mit denen der Nato-Strategen von heute. Aber die Verfahrensweisen der Politik der Stärke, die darf man vergleichen.

Den „potentiellen Gegner" durch Massensuggestion zum „Todfeind" stempeln, um die Rüstungspolitik mit der Abschreckung dieses „potentiellen Gegners" motivieren zu können — das hat uns schon zweimal in die Katastrophe getrieben. Wenn wir es zulassen, daß es ein drittes Mal geschieht, dann steht am Ende

nicht eine Katastrophe, sondern eine Auslöschung des deutschen Volkes. Weil die Menschen das spüren, weil sie wissen, daß es dieses Mal beim Versagen der Abschreckungstheorie nicht um Sieg oder Niederlage, nicht einmal um Tod oder Leben, sondern nur noch um den Tod geht, deshalb sind sie von einer so tiefen Besorgnis ergriffen.

Aber der Unwillen, der sich heute gegen die Bonner Militärpolitik wendet, wird nichts als ein dumpfes Aufbegehren bleiben, wenn die Träger der Volksbewegung nicht die Unwahrhaftigkeit der Abschreckungstheorie rücksichtlos entlarven und auch ihre ideologischen Grundlagen zerschlagen.

Was antworten wir?

Die Propagandamaschine der Bundesregierung läuft bereits auf vollen Touren. In den nächsten Wochen werden alle Register der Massenbeeinflussung gezogen werden. Drei Argumente lassen sich schon jetzt erkennen. Man wird sie uns mit allen Mitteln einhämmern. Erstens: Die Bundeswehr muß modernste Waffen haben, weil es anders keine wirksame „Verteidigung" gibt.

Das muß doch allen einleuchten, die sich noch den Sinn für die „schimmernde Wehr" bewahrt haben und nicht begreifen können, daß es den „Verteidigungsfall" nicht mehr gibt! Albert Schweitzer sagte kürzlich in seiner zweiten Rede im Norwegischen Rundfunk: „In einem Atomkrieg gibt es keine Sieger, sondern nur Besiegte. In ihm erleidet jeder von den Bomben und Atomgeschossen seines Gegners, was die seinen diesem antun. Es entsteht dabei eine ingang bleibende Vernichtung, der kein Waffenstillstand und kein Friedensschluß ein Ende setzen kann. Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zum Gegner sagen: ‚Nun sollen die Waffen entscheiden', sondern nur: ‚Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten'." Der Begriff der Verteidigung gehört der Vergangenheit an wie der Luftschutz und die Flakbatterien. Er ist unwahrhaftig, um nicht zu sagen verlogen. Wer sich also an die Ehrlichkeit Schweitzers und nicht an die Phrasen der Nato-Propagandisten hält, der ist mit der soldatisch-zackigen Forderung nach der modernst ausgestatteten Wehrmacht nicht zu beirren. Deshalb halten die Bonner Atomaufrüster noch eine weitere These bereit: Zweitens: Der Westen wird niemals Massenvernichtungsmittel zur Anwendung bringen. Das geschieht nur, wenn er durch einen sowjetischen Atomraketen-Überfall zu einem „Vergeltungsschlag" gezwungen werden sollte.

Das zielt auf die Arglosigkeit schlecht informierter Bundesbürger, auf das Gemüt der Friedfertigen, die mit der „schimmernden Wehr" nichts im Sinn haben, aber doch glauben, daß man zur „Notwehr" gezwungen sein könnte. Vielleicht geben sie sich im geheimen auch der Hoffnung hin, daß in einem künftigen Krieg die Atomwaffen ebensowenig angewendet würden wie das Giftgas im zweiten Weltkrieg. Demgegenüber ist eindeutig festzustellen: Die Massenvernichtungsmittel kommen in jedem Falle zum Einsatz, selbst wenn der Gegner nur mit konventionellen Waffen kämpfen sollte. Das ist in dem vom britischen Verteidigungsministerium herausgegebenen Weißbuch offen zugegeben worden. Das haben auch der Nato-Oberbefehlshaber Gruenther und sein Nachfolger Norstad unzweideutig zugegeben. Beide sagten, daß sie Europa nur mit Atomwaffen „verteidigen" können. Was das für Deutschland bedeutet, ist klar: völlige Zerstörung, Verwandlung in eine Atomwüste.

Weil nun diese Begründungen für die Atomaufrüstung brüchig und überzeugungsschwach sind, bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als wieder einmal den Kommunistenschreck zu mobilisieren. Der ganze Wahnwitz der atomaren „Verteidigungs-", „Vergeltungs-" und „Abschreckungs"theorie ist ja

überhaupt nur unter der Voraussetzung zumutbar, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik in der Zwangsvorstellung befangen bleibt, die Russen lauerten sprungbereit auf die Möglichkeit, uns zu überfallen.

Deshalb wird der dritte und wichtigste Propagandastoß auf der Linie der bewährten Bolschewistenpanik vorgetragen: Drittens: Die aggressive Politik des Kreml bedroht unsere Freiheit und unser aller Leben. Wir können daher die Bolschewisierung nur durch die Atomaufrüstung aller Nato-Länder verhindern.

Das scheint noch immer das sicherste Mittel zu sein, mit dem man sich hierzulande die Gefolgschaft sichern kann. Der Kommunistenschreck muß immer herhalten, wenn gute Argumente fehlen.

Es wird höchste Zeit, daß wir gegenüber der Sowjetunion zu einer nüchternen und realistischen Beurteilung kommen. Das gelingt nur, wenn wir uns folgendes klar machen: Rußland ist 1941 zu einem der schwersten und verheerendsten Kriege seiner Geschichte herausgefordert worden. 1941 standen die Deutschen vor Leningrad und Moskau. 1945 standen die Russen an der Elbe und in Berlin. Die Sowjetunion ist eine Großmacht und hat als solche während des Krieges Eroberungen gemacht. Es hat noch niemals einen siegreichen Staat gegeben, der nicht versucht hat, seine Grenzen zu erweitern und sein politisches System auf die Grenzräume zu übertragen. Das ist kein besonderes Merkmal des Bolschewismus, das ist ein Gesetz des Siegers. Wir müssen es endlich lernen, zwischen Interessen einer Großmacht und den ideologischen Auswirkungen des Kommunismus zu unterscheiden. Die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus ist kein militärisches, sondern ein wirtschaftliches und geistiges Problem. Es gibt viele namhafte Persönlichkeiten im westlichen Lager, denen man alles andere als Kommunistenfreundlichkeit nachsagen kann und die sich völlig einig darüber sind, daß die Sowjetunion nichts dringlicher braucht als den Frieden, um den inneren Aufbau im eigenen Lande fortsetzen zu können. Sie braucht den Frieden auch aus ideologischen Gründen; denn der Kommunismus, als dessen Repräsentantin sie sich behaupten möchte, kann nur dann zu weiteren Erfolgen in der farbigen Welt kommen, wenn der Weltfrieden gewahrt bleibt. Den Sowjets kann man vielleicht viel zutrauen, aber nicht, daß sie sich einbilden, die Weltrevolution ließe sich mit oder in einem atomverwüsteten Europa durchführen. Die Alternative „Lieber tot als rot" ist deshalb falsch. Sie existiert für uns überhaupt nicht. Wenn wir uns auf die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion einlassen, dann wird es sich freilich entscheiden, ob wir kommunistisch werden oder nicht. Das hängt allein davon ab, welches der beiden Systeme der Menschheit mehr geben kann. Das ist keine Frage von Atombomben. Warum wollen wir diese geistige und ökonomische Auseinandersetzung nicht wagen? Freilich, die Russen sind Bolschewisten und als solche fest davon überzeugt, daß der Kommunismus sich überall durchsetzen wird. Das beteuert uns Chruschtschow in jeder seiner Reden. Aber ist der Westen nicht davon überzeugt, daß der Gedanke der westlichen Demokratie und die Formen der westlichen Wirtschaft allen Völkern erstrebenswert erscheinen müssen?

Ein Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Systemen würde möglicherweise den Westen dazu nötigen, die Grundlagen seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Formen zu überprüfen. Das würde einige Umwandlungen zur Folge haben. Vor diesen Umwandlungen fürchtet sich die Bundesregierung mehr als vor der Fortsetzung des kalten Krieges. Sie hat deswegen auch mit dem Bundestagsbeschluß den Plan einer atomwaffenfreien Zone zu Fall gebracht und damit einen ersten Schritt zur Entspannung in Europa verhindert.

Denn eine auch nur regional beschränkte Lösung der internationalen Spannung würde für die Bundesrepublik eine völlig neue Lage schaffen.

Die Bundesrepublik ist ein Kind des kalten Krieges. Seine auch nur begrenzte Einstellung würde ganz bestimmte innen- und außenpolitische Folgen für uns haben. Möglicherweise würde eine Entspannung die durch den kalten Krieg bedingte wirtschaftliche Konjunktur beeinflussen. Und es könnte erforderlich werden, daß die CDU sich dann auf ihr Ahlener Programm besinnen müßte.

Das würde große Veränderungen für die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik mit sich bringen. Die neue Situation würde eine neue soziale Ordnung verlangen und den Mut zu einer unabhängigeren Außenpolitik erfordern. Das bedeutet innenpolitisch eine größere Demokratisierung, d. h. eine Mitbeteiligung breiterer Schichten an den Staatsangelegenheiten. Die Macht müßte anders verteilt werden. Sie könnte nicht mehr auf den kleinen Kreis der heute herrschenden Gruppen begrenzt bleiben.

Eine Bundesrepublik, die außenpolitisch nicht mehr unbedingt im amerikanischen Fahrwasser segelt, ist zu Entscheidungen genötigt, für die man die Verantwortungsbereitschaft aller Schichten des Volkes braucht. Das würde freilich eine Fortführung der bisherigen Herrschafts- und Regierungsmethoden unmöglich machen.

Der Bundestagsbeschluß über die Atomaufrüstung ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, politische Lösungen unmöglich zu machen, die die bestehenden Machtverhältnisse innerhalb der Bundesrepublik einer Änderung unterwerfen könnten.

Die bisherige Politik des militärischen Druckes auf den Osten (deren Vorkämpfer Dulles und Adenauer sind) soll unter allen Umständen fortgesetzt werden, weil sie innenpolitisch die bestehenden Herrschaftsformen zu garantieren scheint. Die Erhaltung der gewonnenen außen- und innenpolitischen Machtpositionen ist das Ziel, das man um jeden Preis erreichen möchte, selbst wenn der Preis das Risiko einer atomaren Explosion ist, von der man allerdings hofft, daß sie sich nicht ereignen möge.

Wehret den Anfängen!

Das Bemühen, die innere Machtstruktur der Bundesrepublik unter allen Umständen zu erhalten, ist auch für die Stellung der Bundesregierung zu der jetzt entstandenen Volksbewegung gegen die Atomaufrüstung ausschlaggebend. Der Druck von unten stört empfindlich die innenpolitischen Praktiken, wie sie nun schon seit mehr als acht Jahren ausgeübt werden.

Das Grundgesetz räumt dem Bundeskanzler sehr große Machtvollkommenheiten ein. Sie wurden ihm vom „Parlamentarischen Rat" des Jahres 1948 erteilt. Der „Parlamentarische Rat", der dem von den Angloamerikanern gewünschten Weststaat eine Verfassung geben sollte, tat dies in der Annahme, daß es sich bei diesem Weststaat nur um ein „staatliches Provisorium", eine Übergangserscheinung bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit handeln würde. Der Parlamentarische Rat gab deshalb diesem Teilstaat auch keine „Verfassung", sondern ein „Grundgesetz" und bemerkte in dessem letzten Artikel ausdrücklich, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tage verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist". (Die Entscheidung über das Grundgesetz war nämlich nicht ganz „frei", sondern beeinflußt durch die Siegermächte.) Für den Übergangsstaat „Bundesrepublik" gestand man dem Kanzler besonders große Machtbefugnisse zu. Dr. Adenauer hat diese Machtbefugnisse dazu be-

nutzt, um aus der westdeutschen Demokratie faktisch eine Kanzlerherrschaft und aus dem Provisorium ein endgültiges westliches Staatswesen zu machen. Das Parlament verwandelte er in das Instrument seines Machtwillens. Das Volk wird alle vier Jahre an die Wahlurne gerufen und (nach einem von der Großindustrie finanzierten Propagandafeldzug) zur Stimmabgabe zugelassen.

Der einmalige Akt der Wahl schafft Mehrheitsverhältnisse, durch die dann politische Handlungen ermöglicht werden, die im Gegensatz, ja sogar im Widerspruch zu dem stehen können, was der Wähler durch seine Stimmabgabe bestätigen wollte. Denn der Bundeskanzler führte seine Wahlkämpfe stets mit dem Ziel der Bestätigung, nie aber mit einem klaren Programm für die nächsten Jahre. Das zeigt sich besonders deutlich in der Frage der atomaren Aufrüstung.

Die repräsentative Demokratie ist nur dann echter Ausdruck des Wählerwillens, wenn vor der Neuwahl des Parlaments die tatsächlich zur Entscheidung stehenden Probleme dargelegt werden — und wenn die Mehrheit der gewählten Volksvertreter bei unvorherzusehenden Entscheidungen von schicksalhafter Bedeutung sich zu einer Auflösung des Parlaments entschließen. Letzteres ist in England mehrfach geschehen! Bei uns geschieht es nicht.

Die repräsentative Demokratie verlangt das höchste staatsbürgerliche Ethos, wenn sie nicht zur Scheindemokratie entarten und — auf völlig legalem Wege! — in einer Restauration des Machtstaates enden will. Die Frage der Atomaufrüstung hat alle diese Probleme aufgerissen. Sie hat offenbar gemacht, daß unsere Demokratie nach dem Willen der Machthabenden in einer Beschränkung der Volkssouveränität auf den Wahlsonntag bestehen soll. Millionen ist es jetzt deutlich geworden, daß die Ausschaltung des Staatsbürgers (während der vierjährigen Legislaturperiode des Bundestages) es dem Kanzler erlaubt, mit Hilfe einflußreicher Wirtschaftsgruppen seine Macht immer mehr zu perfektionieren. Die Auflehnung gegen die atomare Militärpolitik verbindet sich deshalb mit der Sorge um die Wahrung einer demokratischen Lebensordnung. Das Vorhandensein einer demokratischen Verfassung ist keine Gewähr dafür, daß die Regierungsgewalt nicht völlig autoritär ausgeübt wird.

Die Unruhe im Volk ist keine Gefahr für die Demokratie, wohl aber für die bisher ungestört gebliebenen Formen der Herrschaftsausübung. Das trifft auch für die von der SPD geforderte Volksbefragung zu, denn sie würde den Charakter der „repräsentativen Demokratie" in der Bundesrepublik vollends enthüllen. Die Volksbefragung soll deshalb auch untersagt werden. Die Regierung hat keine politische Antwort auf die Anliegen des Volkes. Sie muß deshalb zu den Verfassungsrichtern gehen. Aber das Volk verlangt Gehör. Es will in den Schicksalsfragen der Nation nicht länger in die Abseitsstellung gedrängt werden. Die Demonstrationen und Protestkundgebungen sind nur ein Ausdruck dafür, daß die bei uns üblich gewordene Regierungspraxis auf Widerstand zu stoßen beginnt. Je schärfer die Regierung gegen die Volksbewegung zu Felde ziehen wird, um so mehr Menschen wird es auch geben, die Erich Kästners Worte beherzigen: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muß den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat." Dies sagte Kästner in seiner Rede zur 25. Wiederkehr des Tages der Bücherverbrennung (10. Mai 1933).

Dr. Erich Küchenhoff

Plebiszite, Allgemeines Wahlrecht und Demagogie

Im Zusammenhang mit dem Bundestagsbeschluß zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr vom 25. 3. 1958 werden in Bund, Ländern und Gemeinden Volksbefragungen geplant. Dem Verfassungsrechtler ist u. a. die Prüfung aufgegeben, ob eine Volksbefragung überhaupt geeignet ist, eine objektive Sachentscheidung hervorzubringen. Diese Eignung wird vielfach mit dem Hinweis darauf bestritten, daß Plebiszite in besonderem Maße demagogischem Mißbrauch ausgesetzt seien. Dieser Hinweis ist jedoch im Streite um die Vorzugswürdigkeit gelegentlicher Plebiszite oder ausschließlicher parlamentarischer Entscheidungen nicht schlüssig. Demagogischem Mißbrauch ist (mindestens in gleicher Weise wie ein Plebiszit, in vielem sogar weit mehr) auch das allgemeine Wahlrecht ausgesetzt.

Ein Plebiszit ist als eine Entscheidung über eine konkrete Sachfrage in einer konkreten Situation sogar viel weniger der Verschleierung und Verdunkelung der Probleme zugänglich als eine Wahl von Personen für eine 4 Jahre währende Tätigkeit mit einer nur programmatisch erfaßbaren Problemfülle, die im Wahlkampf nicht ausführlich behandelt werden kann. Bei einer konkreten Sachfrage in einer konkreten Situation muß der Entscheidungsinhalt um ein Vielfaches klarer sein als bei einer Wahl. Denn die Wahlprogramme bieten auf allen Ebenen des Staatslebens vielfältige Entscheidungen an, die durchaus nicht in einem notwendigen sachlichen Zusammenhang miteinander stehen, sondern in verschiedener Weise miteinander kombiniert werden können (z. B. liberale Kulturpolitik mit interventionistischer Wirtschaftspolitik, liberale Wirtschaftspolitik mit interventionistischer Landwirtschafts- und mit liberaler Industriepolitik); deshalb kann über ein Wahlergebnis auch nur selten gesagt werden, ob die Mehrheitsbildung von der im Wahlkampf propagierten Kultur- oder Wirtschaftspolitik, Landwirtschafts- oder Industriepolitik bestimmt worden ist.

Ferner ist die Gefahr eines demagogischen Mißbrauchs von Plebisziten deshalb mindestens nicht größer als die Gefahr des demagogischen Mißbrauchs von Wahlen, weil beide in der modernen Massendemokratie von denselben politischen Kräften, nämlich den politischen Parteien, organisiert, finanziert und propagiert werden müssen (Hans Schneider). Es ist nicht einzusehen, warum ein Demagoge in einer politischen Partei im Rahmen eines Plebiszits demagogischer handeln sollte als im Rahmen einer Wahl.

Ganz im Gegenteil bietet ein Wahlkampf einem Demagogen weit größere Möglichkeiten und Erfolgschancen als ein Plebiszit. Denn der Wahlkampfkandidat kann die Wahlentscheidung außer mit der Erörterung von Sachfragen auch mit dem ganzen Einsatz seiner „Persönlichkeit" beeinflussen, also auch mit dem Einsatz aller seiner rhetorischen, Überredungs-, Suggestions- und sonstigen charismatischen Kräfte oder gar massenpsychologischen Taktiken und Techniken (bis hin zu vereinfachenden Fehldeutungen der Absichten des politischen Gegners). Im konkret sach- und situationsbedingten Redekampf um eine Volksbefragung treten solche Möglichkeiten dagegen weit mehr in den Hintergrund.

Es geht aus allen diesen Gründen nicht an, eine jede plebiszitäre Bekundung des Volkswillens mit dem Hinweis auf dessen demagogische Beeinflußbarkeit und womöglich auch auf mangelnde Einsichts- und Entscheidungsfähigkeit des Volkes abzulehnen, das allgemeine Wahlrecht aber als die Grundlage der parlamentarischen Demokratie und als vornehmstes Recht des Staatsbürgers heraus-

zustellen. In der vorliegenden Frage jedenfalls kann das Volk auch sachlich urteilen. Denn ihm ist nicht nur die Bedrohung seines Lebens und seiner körperlichen Unversehrtheit, sondern auch die Bedrohung seiner Freiheit durchaus verständlich zu machen; dem deutschen Volke ist diese Bedrohung dazu auch zum größten Teil aus eigenem Erleben bekannt.

Die Hinweise auf den demagogischen Mißbrauch der Plebiszite während des Dritten Reiches, mit denen die Ausschaltung plebiszitärer Elemente aus der Tagespolitik der Bundesrepublik Deutschland immer wieder verteidigt wird, sind verfehlt. Die damaligen Plebiszite können in keiner Hinsicht Maßstäbe für die Beurteilung einer Volksbefragung von der Art der jetzt geplanten unter einer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassung wie dem Grundgesetz abgeben. Einmal war im Dritten Reich der Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechts durch übermäßige Charisma-Propaganda in keiner Weise geringer. Zum andern waren die Plebiszite des Dritten Reiches nicht vorherige Befragungen über zukünftiges Gestalten, sondern nachträgliche Akklamationen zu bereits von der Reichsregierung vollendeten Tatsachen. Schließlich wurden die Ergebnisse von Plebisziten und Wahlen in gleicher Weise manipuliert.

Ebenso verfehlt sind die Hinweise auf das Schicksal oder gar auf den Untergang der Weimarer Republik.

Denn damals spielten Plebiszite über eine konkrete Sachfrage in einer konkreten Situation praktisch kaum eine Rolle. Die Reichspräsidenten machten von ihrem Recht, gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz einen Volksentscheid herbeizuführen, niemals Gebrauch. Von den acht Anträgen auf ein Volksbegehren kamen nur drei bis in das Stadium der Durchführung; von diesen drei erreichte das eine (gegen den Bau von Panzerkreuzern im Oktober 1928) nicht die notwendige Mindestbeteiligung; nur die restlichen zwei Volksbegehren führten zu einem Volksentscheid. Aber diese beiden Volksentscheide (vom 20. 6. 1926 gegen die Fürstenabfindung und vom 22. 12. 1929 gegen das Kriegsschuldanerkenntnis im Versailler Vertrag und gegen den Young-Plan) führten zu keinem Ergebnis, weil sich an ihnen nicht die erforderliche Zahl von Abstimmungsberechtigten beteiligte. Zwar hat der letztgenannte Volksentscheid gegen den Young-Plan „die politische Leidenschaft in Deutschland stark erregt. Doch wäre es gewiß auch ohne Volksbegehren und Volksentscheid zu lebhaften Auseinandersetzungen über diese Fragen gekommen" (Hans Schneider).

Was insbesondere den Untergang der Weimarer Republik anlangt, so ist weder die Parteizersplitterung noch das schnelle Anwachsen der radikalen Parteien im Zuge der Weltwirtschaftskrise Ergebnis von Volksbegehren oder Volksentscheid gewesen, sondern, soweit das Verfassungsrecht hier überhaupt verantwortlich zu machen ist, Ergebnis der Gestaltung des Wahlrechts und der unbeschränkten parlamentarischen Regierungsverantwortung (ohne ein „positives Mißtrauensvotum" wie im Grundgesetz). Adolf Hitler kam nicht infolge eines Volksbegehrens oder eines Volksentscheides über eine konkrete Sachfrage in einer konkreten Situation, sondern infolge des allgemeinen Wahlrechts über sein Parteiprogramm und seine „Persönlichkeit" zur Macht. Dadurch erhielten seine ungewöhnlichen suggestiven und „charismatischen" Kräfte Raum, vor denen noch zu späterer Zeit erfahrene Marschälle ihre Sicherheit verloren. Noch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 hatte mit einem Volksbegehren oder einem Volksentscheid nichts zu tun. Die Abgeordneten aller Parteien, die diesem verfassungsändernden Gesetz zustimmten, waren auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt.

Völlig unerfindlich ist, wie man die Unzulässigkeit der jetzt geplanten einmaligen Volksbefragung in der gegenwärtigen Ausnahmesituation damit begründen kann, daß „die staatliche Lebensform, die unser institutionelles Bekenntnis gegenüber der östlichen Diktatur ist, glaubwürdig erhalten" werden müsse (Helmut Thielicke). Einmal sind selbst weitgehend plebiszitäre Demokratien (wie z. B. noch immer die Schweiz) keine „östlichen Diktaturen". Zum andern ist gerade „institutionelles" Kennzeichen der östlichen Diktatur eine Gewaltenvereinigung beim Parlament und Kabinett ohne Kontrolle der öffentlichen Meinung. Schließlich wird in der östlichen Diktatur die öffentliche Meinung (wo es sie überhaupt noch gibt) manipuliert, wogegen gerade nach dem Grundgesetz jede solche Manipulation, aber auch jede Unterdrückung der öffentlichen Meinung ausgeschlossen ist.

Unter einer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassung ist eine Volksbefragung in der Art der jetzt geplanten auch nicht deshalb fragwürdig, weil sie dem demokratischen Element ein zu großes Übergewicht über das rechtsstaatliche Element geben würde. Wenn Hans Schneider für diese Ansicht in einem allerdings nicht auf eine (und erst recht nicht auf die vorliegende) konkrete Sachfrage in einer konkreten Situation, sondern allgemein auf „Volksabstimmungen in der rechtsstaatlichen Demokratie" bezogenen Aufsatz unter Berufung auf Werner Kägi anführt, „daß ein Übergewicht des radikal-demokratischen Prinzips den rechtsstaatlichen Elementen den Garaus machen muß" und daß „die Relativierung des Rechtsstaates ... eine entscheidende Ursache der Verabsolutierung der Demokratie" sei, so unterläuft ihm sogar für seine allgemeine Betrachtung damit eine doppelte Ebenenvertauschung. Einmal bedeutet selbst die Zulassung von Volksbegehren und Volksentscheid für weite Bereiche und in einem Staat mit großer Parteienzersplitterung wie der Weimarer Republik noch kein „Übergewicht des radikal-demokratischen Prinzips", wie die von Hans Schneider selbst dargestellte und hier oben wiedergegebene Geschichte der Weimarer Volksbegehren und Volksentscheide klar beweist. Zum andern und vor allem besteht die Frage rechtsstaatlicher Begrenzung für die Ausübung der Staatsgewalt durch Grundrechtsbestimmungen und andere materielle Verfassungsbestimmungen sowie durch verfahrensmäßige Mitwirkungsrechte anderer Staatsorgane in gleicher Weise gegenüber der plebiszitären wie gegenüber der repräsentativen Demokratie. Von einem „mäßigenden Einfluß repräsentativer Wahlkörperschaften", den Hans Schneider gegen „die Methoden unmittelbarer Demokratie" anführt, war jedenfalls weder während des Bundestagswahlkampfes 1957 noch während der den Anlaß zu diesen Ausführungen gebenden Debatte des Deutschen Bundestages am 20.—22. und 25. März 1958 viel zu bemerken. In ihrer grob vereinfachenden Aussageweise vermögen weder Wahlparolen wie „christlich oder kommunistisch", „Wer den andern wählt, wählt den Untergang" (oder „den Krieg!") oder „Der andere erhält Wahlhilfe aus dem Ausland" noch parlamentarische Alternativen wie „physische Vernichtung oder geistige Auslöschung", das Schlagwort von der Atompanik oder gar verfälschende Selbst- oder Fremdzitate einen mäßigenden Einfluß auszuüben.

Ganz im Gegenteil muß man in diesen Tagen feststellen, daß das Volk von einer tiefen Unruhe erfaßt ist, weil sein Leben in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Gegenstand politischer Entscheidungen geworden ist. Bei der Frage, ob im äußersten Falle, in dem ein menschenwürdiges Leben nach der Art des vom Grundgesetz gewollten nicht mehr gesichert werden kann, des Volkes „Leben ohne Menschenwürde" oder des Volkes „Menschenwürde ohne Leben" den Vor-

zug verdient, kann das Volk grundsätzlich nicht übergangen werden; erst recht nicht, wenn es vor der Wahl über das Anstehen dieser Entscheidung systematisch irregeführt worden ist (vgl. meinen Aufsatz: Die Wissenschaftler und das Grundgesetz / Der Bundestagsbeschluß zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr verletzt Verfassungsrecht und Völkerrecht, Westdt. Tageblatt v. 3. 5. 1958, S. 1/2; erweiterter Sonderabdruck vom 12. 5. 1958; ferner meinen Leserbrief in FAZ v. 7. 5. 1958, S. 7).

Stefan Andres

Nicht ein drittes Mal!

Blaise Pascal, der unerbittliche Denker und Mann des Gewissens, hat den Satz geschrieben: „Sorglos eilen wir in den Abgrund, nachdem wir etwas vor uns aufgebaut haben, was uns hindert, ihn zu sehen." Pascal meinte mit Abgrund die Selbstvernichtung des Einzelnen in Hinsicht auf das Heil seiner Seele. Wenn ich seinen Satz zitiere, meine ich mit Abgrund unsere nationale Selbstvernichtung durch einen Atomkrieg. Ja, sorglos eilen wir zum Abgrund. Und jene, die warnen, die das Volk aufrütteln, werden verdächtigt, „mit der elementaren Angst des Menschen politische Geschäfte zu betreiben und bürgerkriegsähnliche Zustände" heraufzubeschwören. So steht es in der CDU-Presse. Diese Verdächtigung ist unwahr und unsinnig. Es sind nicht nur Politiker, die sich diesem sorglosen Herdentrott in den Abgrund entgegenstellen: die Atomphysiker der ganzen Welt — bis auf eine verschwindend kleine, traurige, staatshörige Minderheit; der größte Teil des evangelischen Christentums und der Universitäten, die verantwortungsbewußten Ärzte, Schriftsteller und Künstler, nicht zuletzt die Mütter und Väter im Lande, die weiß Gott nicht von der Politik leben, — welche Motive sollten sie denn haben, durch einen Appell an die elementare Angst des Menschen bürgerkriegsähnliche Zustände zu schaffen? Allein diese Sprache: Appell an die Angst! Die Angst kann man nicht herbeirufen wie einen Soldaten oder einen Jagdhund, vor allem nicht die elementare Angst. Leider nicht! Wenn das möglich wäre, dann brauchten wir im Kampf gegen die atomare Aufrüstung ja nur etwa einen Film der Opfer von Hiroshima zu zeigen: Menschenrücken wie Relieflandkarten, Kinder ohne Nasen oder Mund oder Hirn oder mit Vogelkrallenhändchen und noch viel Schlimmeres... Aber wir wissen es ja leider: dieser Anblick äußersten menschlichen und allein vom Menschen verursachten Leidens hat unserer Regierung und jenen, die ihr blind vertrauen, durchaus keine Angst eingejagt. Ganz im Gegenteil: man betreibt die Politik der Generäle, die Politik, in der Angst durch die Verursachung noch größerer Angst gebannt, ja aufgehoben werden soll. Ist man doch imstande, den Gegner dreimal zu vernichten, während er uns nur einmal vernichten kann. Und so blickt man an Hiroshima vorbei. Man stellt sich nicht der furchtbaren Wahrheit, dem Entsetzen dieses Abgrundes. Man hat, wie Pascal sagt, etwas

vor ihm aufgebaut, was hindert, ihn zu sehen. Unsere politischen Gegner beschreiben es wortwörtlich, dieses geheimnisvolle Etwas, das imstande ist, den Regierungsgläubigen diesen Abgrund zu verbergen: „Die Zukunft wird es lehren", so ermahnt die „christliche" Partei ihre Anhänger, „daß nicht die sogenannte Kampagne gegen den Atomtod, sondern das mannhafte Eintreten für die Freiheit des deutschen Volkes geeignet ist, seinen Wohlstand und seine Sicherheit zu erhalten." Nun, diese Tarnfarben und Tarnfetzen, mit denen man einem Volk den Abgrund verbirgt, glaube ich, kennen wir noch von früher. Wohlstand und Sicherheit! Wer wollte das nicht! Wenn noch der Volkswagen hinzukommt und das Radio im Volkswagen und der Eisschrank und womöglich eine Uniform, eine Pension — dann haben wir ja wieder all jene Werte zusammen, für die der Großteil der Deutschen 1933 wohlgemut und 1939 düster entschlossen den Marsch in den Abgrund antrat. Daß ausgerechnet einer deklariert christlichen Partei keine überzeugenderen Werte einfielen, um derentwillen man den Atomkrieg zu riskieren habe! Aber da steht ja noch ein höherer Wert: die Freiheit des deutschen Volkes — mannhaftes Eintreten für ... — und so weiter. Auch diese Töne kennen wir bestens. Wie man aber mannhaft den Atomtod aussät, das kann sich ein wirklicher Mann, selbst wenn er kein Christ ist, nicht vorstellen. Und wie man mannhaft unter platzenden Atomgranaten die Freiheit und das Vaterland „verteidigen" soll, das mögen uns doch diese Heldenväter einmal vorexerzieren! Was heißt dann noch „Freiheit des deutschen Volkes", wenn wir für diese Freiheit den Atomtod auf uns genommen haben? Wenn einer von uns diesen Krieg überleben sollte — und ein Zehntel des Volkes mag ihn im Augenblick überstehen —, dann wird dieses Zehntel des Volkes sich materiell, körperlich, seelisch und geistig in einem derart letzthin einfachen Zustand befinden, daß es sich an Worte wie: „deutsch" und „Volk" oder gar „Freiheit" einfach nicht mehr wird erinnern können. Das Vokabular des überlebenden Menschen wird auf das eines degenerierten atomkranken, aus seiner Welt herausgeworfenen Kretins reduziert sein. Er wird nicht einmal mehr seine Toten begraben, er wird ruhelos durch das einstige Europa wandern auf der Suche nach vielleicht noch nicht oder weniger radioaktiv verseuchten Wohnstätten. Die Atomphysiker informieren uns darüber, nicht aber die Regierungszeitungen, denn der Abgrund der auf uns wartenden wirklichen Gefahr wird dem Volk systematisch verschwiegen, er wird verharmlost, ja, sogar weggegaukelt. Und ich muß die bittere Wahrheit, so schwer es mir auch fällt, an dieser Stelle aussprechen, daß sich die katholische Kirche Deutschlands an diesem planmäßigen Verschweigen einer endzeitlich furchtbaren Bedrohung mitbeteiligt. Wenn der kämpferische Atheismus des Bolschewismus und des Weltkommunismus und seine erklärte Gegnerschaft gegen den Katholizismus für diese Haltung der Kirche eine hinreichende Legitimierung wäre, dann hätte die Sprache der Martyrologien ihren Sinn verloren.

Ich weiß sehr wohl, daß ein Mensch, der in unserem heutigen Deutschland solche Ansichten äußert, Verdächtigungen und Schmähungen ausgesetzt ist. Die Autorität, auch der moralische Anschein, ist ja auf seiten der Regierung, und jeder, der sich den Handlungen und Absichten der Regierung auch nur mit rein geistigen Mitteln entgegenstellt, wird in unserem Volk bereits als Rebell hingestellt. Diese schnelle Verdächtigungsbereitschaft ist aber ein Zeichen dafür, daß unsere Demokratie Schwächen hat. Wenn ein Großbrand droht und jemand zeitig das Warnungssignal in Bewegung setzt, gilt eine solche Handlung unter Vernünftigen als vernünftig. Wenn wir aber heute vor dem Abgrund warnen, heißt man uns wie Narren schweigen und verdächtigt uns überdies. Und das Heia-Popeia, um das Volk einzuwiegen, geht weiter! Man spricht von Mehr-

zweckwaffen; man sagt: die Raketen sind ja mit „konventionellen" Sprengköpfen versehen. Aber wie denn, sie sollen doch abschrecken und gegebenenfalls angreifende Massenheere vernichten? Genügen dafür Attrappen? Nein, sagt man, es sind natürlich nicht nur Attrappen, der atomare Sprengkopf befindet sich gleich daneben in der Hut der Amerikaner, und wenn die Gefahr eines feindlichen Angriffes droht, wird der Sprengkopf schnell ausgewechselt. Da kann man nur sagen: warum so kompliziert? Bekanntlich kommt ein atomarer Krieg in einer viertel oder halben Stunde auf seinen Höhepunkt. Da man das weiß, wird man die Atomköpfe auch in Wirklichkeit sehr nahe neben die Raketen legen. Vorläufig dürfen wir noch keine eigenen Atomwaffen besitzen, also nur scharf schießen, wenn die Amerikaner es uns befehlen. Diese außenpolitische Entmündigung bringt die innenpolitische Einschränkung unserer bürgerlichen Freiheiten notwendig mit sich. Ich wäre ein Demagoge, wenn ich von unserer Regierung unter diesen Umständen eigene Initiative und freie nationale Entschlüsse fordern wollte. Aber ich bin kein Demagoge, wenn ich frage: wer zwingt uns und die europäischen Staaten in dieses einseitige Machtblockdenken? Warum sind die europäischen Staaten nicht kühn und selbständig genug, ihre eigenen nationalen Aufgaben zu erkennen und diesen sinnlosen und immer gefährlicher werdenden Abschreckungszirkel aus eigener Initiative zu durchbrechen und eine Politik der Vernunft zu beginnen?

Wir Gegner der atomaren Aufrüstung sind keine Demagogen. Unser geteiltes Land und Volk im Herzen Europas sind in größerer Gefahr als die anderen Staaten. Die Tore gegen den Osten aufzustoßen und im Vertrauen auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt wenigstens versuchsweise eine Annäherung anzubahnen, ist für uns eine Lebensfrage. Wir behaupten, Christen zu sein, die christlichen Ideen zu verteidigen. Wohlan! Begeben wir uns im Geiste etwa tausend Kilometer gegen Osten, und ich frage: was sehen wir von hier, wenn wir jetzt nach Westen blicken, an christlichen Ideen? Was befindet sich denn hinter diesem höllisch forschen Limes aus Matadoren für den Blick aus dem Osten an wirklich christlichen oder auch nur humanitären Werten? Wir Deutschen verteidigen, wie wir es bereits von höchst offizieller Seite vernommen haben, unseren Wohlstand, unsere Sicherheit! Die Atheisten drüben, wenn sie uns sagten, was sie verteidigen, führten zumindest ihren kommunistischen Glauben an. Aber das wissen sogar die politischen Christen, daß sich das Reich Christi nicht mit Matadoren verteidigen läßt. So verteidigt man Wohlstand und Sicherheit. Man verwendet über sechzig Milliarden Mark für Rüstung und Mehrzweckwaffen, von denen man behauptet, ja sogar hofft, daß sie nie losgehen. In zehn Jahren wird man diese Mehrzweckwaffen, die dann längst „veraltet" sind, für ...zig neue Milliarden erneuern müssen, weil auf der Gegenseite die Abschreckung inzwischen noch schrecklicher geworden ist. Und wenn einer die naheliegende Frage stellt, wielange das überhaupt noch gut gehen soll, hört man nur: wir müssen hoffen! Angenommen, es geht gut, aber wielange soll das noch so weiter gehen mit der Verbesserung unserer Abschreckung? Wenn man ehrlich ist, wird man uns sagen: solange die Amerikaner den Abschreckungskrieg wollen und ihn für ihre Wirtschaft brauchen. Es gibt zwar deutsche Bürger, die politisch derart versimpelt sind, daß sie annehmen, die Amerikaner verteidigten uns aus reiner Menschenfreundlichkeit. Auf eine ähnliche Weise wie die Ostblockstaaten zu Rußland, gehören wir zu dem Machtblock der westlichen Welt; aber das wollen diese Leute einfach nicht zugeben. Die furchtbare Wahrheit bleibt jedoch, daß sich Rußland und Amerika in Europa mitten in unserem Land gegenüberstehen, so wie der Kommunismus und der Faschismus einst in Spanien. Sollen wir es nun einfach aus Treue zu unserem Machtblock

zulassen, daß die Generäle unsere Heimat zum Test-Schlachtfeld eines Atomkrieges machen?

Es war dem Christen nie untersagt, sich gegen einen Angreifer mit der Waffe zur Wehr zu setzen. Aber ehe die Waffen als Schicksalsmacht inthronisiert werden, muß ein Angreifer vorhanden und die Gefahr eines Angriffes klar erwiesen sein. Rußland hat uns aber in all den Jahren, als wir noch keine Matadore zu unserem Schutz hatten, nicht angegriffen; die Abschreckung durch das amerikanische Machtpotential hat bis zu diesem Zeitpunkt offenbar genügt. Als die Bundesrepublik nun ihre Entfesselungskunststücke vorführte und der plötzliche Griff nach der Atomwaffe geglückt war, gab es und gibt es selbst unter den Natomächten viel Überraschung und Unwillen. Die altbekannte Sorge regt sich wieder: ist gerade in diesem mit nationalem Ressentiment geladenen und geteilten Land die Atomwaffe in sicherem Verwahr? Der Charakter der deutschen Politik neigt immer zum Irrationalen, Sprunghaften, Unberechenbaren. Hinzu kommt das politische Phlegma der Deutschen, deren höchste Maxime noch immer heißt: der Führer wird's schon machen! Gewiß, wir Deutsche haben für die Gleichgültigkeit und Unreife gegenüber der Politik eine triftige Entschuldigung: als die Franzosen die Menschenrechte erklärt hatten, blieb es an unseren Schulen noch über ein Jahrhundert streng verboten, junge Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen. Daran konnten auch Schiller, Humboldt, der Freiherr vom Stein und ähnliche Gegner des Obrigkeitsstaates nichts ändern. Und noch heute ist der Unterricht in Zeitgeschichte und Staatsbürgerkunde gefährlich schlecht. Die moralische Endmoräne der hitlerschen Eiszeit ist noch auf keinem Gebiet unseres Lebens wirklich aufgearbeitet und geistig überwunden. Das deutsche Volk hat damals über ein Jahrzehnt die Freiheit, das Recht und die Luft der Demokratie entbehren müssen. Für viele Deutsche bedeutet diese Entbehrung ein geschändetes Dasein. Für wie viele aber die Abschaffung der Menschenrechte auch die angenehme Erlösung von den Menschenpflichten bedeutete, werden wir nie erfahren. Darüber aber herrscht wohl Übereinstimmung, daß der durchschnittliche Bundesrepublikaner in einer fürchterlichen Naivität seinen wirtschaftlichen Wohlstand — und ihn allein! — als Maßstab an die Taten seiner Regierung legt. Auch der deutsche Arbeiter war bisher in dieser Hinsicht nicht ahnungsvoller. Er verstand wohl, daß man um fünfzehn Pfennig Mehrlohn streiken muß, aber große und vielleicht riskante Protesthandlungen wollte er nicht begreifen. Wenn er seine Menschenpflicht erfüllen soll, um seine Menschenrechte zu verteidigen, wird er leicht zum Untertan und zum Kleinbürger, der auf seinen kleinen Vorteil achtet. Aber wenn seine Großväter so gedacht und gehandelt hätten, gäbe es für ihn heute zum Beispiel kein Recht zu streiken. Und wenn er weiter so untertänig und nutzhaft denkt, wird es vielleicht in zwei, drei Jahren auch kein Streikrecht mehr für ihn geben. Oder sehe ich zu schwarz? Gehe ich zu weit, wenn ich frage: liegt unsere Demokratie, diese junge, noch gar nicht in Herz und Hirn des Volkes verwurzelte Demokratie, liegt sie etwa schon wieder im Sterben?

Weniger die beschlossenen Raketenbasen als die Art und Weise, wie sie beschlossen wurden, bestärken mich in meinem düstern Verdacht. Man könnte die Technik unserer Regierung, das Volk vor fertige Tatsachen zu stellen, genial nennen, wenn unser Volk kritisch wäre, und könnte sie tollkühn nennen, wenn unser Volk wirklich demokratischen Geist besäße. Aber beide Eigenschaften besitzt es nicht, und so hat unsere Regierung das Volk schlichtweg hinters Licht geführt und überrumpelt. Vom Wege der formalen Demokratie ist die Regierung dabei keinen Finger breit abgewichen. Die Abgeordneten, die nach dem Grundgesetz ihrem Gewissen folgen und einzig das Wohl des Volkes im Auge

haben sollen, diese Abgeordneten der Koalition bewiesen in dieser folgenschwersten Entscheidung, die vielleicht je in einem deutschen Parlament getroffen wurde, eine Einmütigkeit, wie wir sie nur aus den Scheinparlamenten der Diktatoren kennen. Nicht die Sprache, welche die Regierungspartei während der Atomdebatte führte, nicht das Niederschreien der gegnerischen Argumente, nicht die Bedrohung der Andersdenkenden mit künftigen Hochverratsprozessen, nicht die tertianerhaft lärmende Rudelseligkeit der Sieger — nein, dies alles nicht! — allein diese Einmütigkeit von ein paar hundert Männern und Frauen in einer Sache von solch makabrer Folgenträchtigkeit, — das war es, was den um die Demokratie besorgten deutschen Staatsbürger aufhorchen ließ. War sie wieder da, diese hundsäugige Nibelungentreue, die es dem Gewissen gestattet, sich in Herdengefühle zu flüchten? Da stand es wieder vor uns, das Wort — nicht im äußeren, aber im inneren Raum der Erinnerung: Führer befiehl, wir folgen. Und nicht ohne Grund stellt man sich die besorgte Frage: wenn eine Partei in einem Parlament die absolute Mehrheit besitzt, und wenn ein einziger Mann über diese Partei mit einem durchaus unaufgeklärten Absolutismus verfügen kann, wie es bei dieser Abstimmung geschah, ist dann die Entscheidung darüber, was Demokratie ist und was nicht, bereits in das Belieben dieses einen Mannes gelegt? Wenn dann in zwei Jahren die Raketenbasen stehen und in drei Jahren vielleicht die Bundesrepublik ihren eigenen Atomhunger selber stillt und wieder in die Reihe der Großmächte einrückt, wenn das Militär wieder eine Erziehung des deutschen Bürgers zum deutschen Menschen im großen Stil übernimmt, und wenn der letzte SS-General begnadigt und wegen seiner tapferen Schergendienste im Kampf gegen Wehrzersetzung wieder rehabilitiert ist, wenn wieder den Presseleuten und den Intellektuellen die Maulkörbe zum Selbstschutz behördlich anempfohlen werden und die angekündigten Hochverratsprozesse langsam anlaufen, — dann leben wir formell immer noch in einer Demokratie, freilich in einer, in der die Menschenrechte durch den Staat stellvertretend wahrgenommen und verwaltet werden. Und die Deutschen, soweit sie Besitz- und Drückebürger sind, werden diese Entwicklung in ihrem Untertanenverstand sogar rechtfertigen. Was sollen wir tun, werden diese Leute fragen, wir stehen doch vor dem einfachen und unerbittlichen Entweder-Oder: entweder schützen wir uns hinter Raketen und einer Militär-Demokratie, oder wir müssen uns von den Russen niederwalzen lassen. Das hat man ihnen beigebracht, und sie glauben es. Das ist einfacher als Nachdenken und Sichinformieren und mutiges Angehen gegen den von oben gesteuerten Massenirrwahn. Im „Monat", also einer eindeutig westlich eingestellten Zeitschrift, schreibt einer der besten Kenner der europäischen Situation: „... die ganze Raketenfrage ist in diesem Zusammenhang nichts weiter als ein Zwischenfall. Ich gebe zu, daß es absurd wäre, in Deutschland Raketenbasen zu errichten, denn man muß die Tür für ein begrenztes Abkommen zum Zweck der deutschen Wiedervereinigung offenhalten, wie unwahrscheinlich sein Zustandekommen auch erscheinen mag. Ich stimme auch der Ansicht zu, daß man lieber in ganz Europa keine Raketenbasen bauen sollte." Also, die Raketenfrage ist nur ein Zwischenfall, und Raketenbasen zu errichten, ist absurd. Absurd heißt aber auf Deutsch: unsinnig, abgeschmackt. Solche Stimmen der Ablehnung, wohlbemerkt aus Nato-Staaten, könnte man bändeweise zitieren. Aber die Entweder-Oder-Fanatiker werden durch die Bedenken selbst ihrer politischen Freunde nicht gewandelt. Man ist regierungstreu, parteigläubig, entscheidet sich bedenkenlos für die Raketen und deklamiert frei nach L i l i e n c r o n: lieber den Atomtod als die Sklaverei! Und man hält

diese Entscheidung für heroisch. Wer erlöst ein solches Denken aus seiner furchtbaren Gefangenschaft: aus der Schicksalsgläubigkeit, welche ja in Wahrheit nur eine pseudo-religiöse Ergebung ist, eine verstockte falsche Demut, die der Verantwortung und damit Gott ausweichen will? Gewiß: wenn der Einzelne in Gottes Stunde gerät, bleibt ihm nur demütige, schweigende Ergebung. Aber keine Ergebung, keine Demut vor den menschlichen Mächten der Geschichte! Wir sind aufgerufen zur Mit-Verantwortung, zum Selbst-Denken, zum Kampf mit allen vor Gott und der Demokratie erlaubten Mitteln!

Noch glänzt der Wohlstand der Bundesrepublik durch die Welt. Seien wir dankbar. Ich möchte nicht zu denen gehören, die ihn schmähen. Aber dieser Wohlstand wird für uns zu einer goldenen Falle, wenn wir nicht erkennen, worauf er niemals beruhen darf. Selbst auf das Risiko hin, daß wir viel von diesem Wohlstand einbüßen, muß die Kluft, die Deutsche von Deutschen und den Westen vom Osten trennt, ausgefüllt werden. Wir Deutsche neigen dazu, unsern Beitrag zur Weltpolitik entweder zu hoch oder zu niedrig einzutaxieren. Wenn es uns gelänge, durch vorsichtige Klugheit und tapferes Vertrauen die beiden großen Weltfronten einander menschlich und politisch näher zu bringen, hätten wir geleistet, was uns vom Herrn der Geschichte in dieser Stunde aufgetragen ist. Es ist ein schwerer, mühseliger Auftrag — und kein Glanz umgibt ihn. Und man wird vielleicht Politiker, die diesen Weg der Versöhnung betreten, wieder eines Tages wie einen Gustav Stresemann „Erfüllungspolitiker" nennen. Da dieser Name gefallen ist: worin bestand die politische Weisheit dieses Mannes? Er vergaß keinen Augenblick, daß Deutschland den Krieg verloren hatte! Viele Deutsche in unseren Tagen haben es aber offenbar schon wieder total vergessen, daß wir einen ungeheuren, allein von der Hitlerclique angestifteten Krieg verloren und zugleich ganz Europa verwüstet haben. Unsere Häuser und Fabriken sind wieder hergestellt, aber noch lange nicht die Moral und die seelische Gesundheit unseres Volkes. Erst wenn uns dieser Wiederaufbau gelingt, werden wir die Raketen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen überwinden. Gelingt uns diese Wiedergeburt unseres Volkes aus dem Geist Christi, aus einer in Gott gegründeten Humanität nicht, dann müssen wir allerdings das Allerschlimmste befürchten, mit Gewißheit aber dies: daß wir eines Tages alle neuen und allerneuesten Waffen besitzen, aber nichts mehr, was sich mit ihnen noch zu verteidigen lohnt — vorausgesetzt, wir sind noch nicht in den Abgrund geeilt.

Lucie Beyer, MdB

Die Frauen sagen Nein!

Man kann es eine Tücke des Schicksals nennen, daß die von den Regierungsparteien eingebrachte Große Anfrage zur Außenpolitik der eigenen Regierung zusammenfiel mit dem Bekanntwerden der Tatsache, daß der Bundesverteidigungsminister anläßlich seines Besuches in den Vereinigten Staaten 24 „Matadore" kaufte, die mit Atom-Köpfen versehen werden müssen, wenn sie wirksam eingesetzt werden sollen. Der Versuch, durch eine Große Anfrage die Niederlage

der Bundesregierung anläßlich der außenpolitischen Debatte im Januar zu verwischen, mißlang damit kläglich, denn es mußte zugegeben werden, daß mit diesem „Einkauf" wieder einmal ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung ein weiterer Schritt zur Erlangung der vom Herrn Bundeskanzler seit nunmehr fast acht Jahren angestrebten militärischen Macht getan worden war. Wie mächtig man sich schon wieder fühlt, beweist die Haltung des Herrn Bundesverteidigungsministers anläßlich des Empfanges zu Ehren des türkischen Staatspräsidenten auf Schloß Brühl, der zufällig auf den 8. Mai fiel. Er ließ 500 Mann Militär aufmarschieren und zum Großen Zapfenstreich blasen. Hat man oder will man vergessen, daß Deutschland am gleichen Tage vor dreizehn Jahren kapitulierte und damit der furchtbarste aller Kriege ein Ende fand? Jeder hatte damals nur den einen Wunsch, nie wieder aufzurüsten, was der heutige Verteidigungsminister damals mit den Worten ausdrückte: „Jedem müssen die Hände abfallen, der wieder ein Gewehr in die Hand nimmt". Was aber geschieht dann, wenn der Bundesminister S t r a u ß die Worte vom defensiven Charakter der Nato genau so vergißt, wie er dieses Wort von den Händen, die abfallen sollten, vergessen hat?

„Es entsteht eine Lücke in der Front des Westens, wenn die Bundeswehr keine ‚taktischen' Atomwaffen erhält", so argumentierten die Sprecher der Bundesregierung. — Dabei weiß jeder vernünftig denkende Mensch, daß in den Händen der beiden Großmächte so viel atomarer Sprengstoff liegt, daß die ganze Welt damit vernichtet werden kann und daß die modernen Kampfmittel in Minutenschnelle eingesetzt werden können. Und auch Matadore — es sind ferngelenkte Bomber — befinden sich in Ost und West und haben sichere Reichweiten bis zu 650 km. — Von Lücken zu sprechen, bedeutet daher nichts anderes als die bewußte Irreführung, und ich scheue mich nicht, zu sagen, daß hierauf der Erfolg der Bundesregierung in einem hohen Maß beruht. Man ist natürlich klug und trifft solche schwerwiegenden Entscheidungen nicht am Ende, sondern am Anfang einer Legislaturperiode und kalkuliert hierbei die Vergeßlichkeit des Menschen und damit auch des Staatsbürgers ein. Es verwundert heute nicht mehr, daß sich der Bundeskanzler auch in dieser Auseinandersetzung wieder auf das ihm am 15. September vergangenen Jahres gegebene Vertrauen beruft und erklärt, daß ihm damit auch der Auftrag zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr gegeben worden sei.

Wir wissen alle, wie falsch diese Behauptung ist, und es verletzt jeden christlich handelnden Menschen auf das tiefste, wenn mit der Wahrheit so bedenkenlos umgegangen wird. In diesen letzten Wochen aber zeigt es sich, daß man ein Volk doch auf die Dauer nicht so täuschen kann. Es ist eine echte Unruhe überall bemerkbar, und das Bemerkenswerteste ist, daß sich vor allem unter den Frauen — in der Angst vor den noch nicht vergessenen Opfern und Greueltaten des letzten Krieges — eine tiefe Bewegung abzeichnet. Wie könnten auch die Millionen Kreuze, die heute noch Vermißten, aber auch die Millionen Geschädigten so schnell vergessen werden? Werden wir nicht noch tagtäglich neu daran erinnert? Es klingt wie Hohn, wenn führende Staatsmänner immer wieder von Frieden reden und doch kein anderes Bestreben haben, als weiter und weiter aufzurüsten. Da wird immer wieder versucht, durch Verbreitung von Nachrichten, über deren Herkunft keine genauen Angaben gemacht werden, gewisse Stimmung zu erzeugen. So gingen in den letzten Wochen — anscheinend um den Widerstand gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu schwächen — Meldungen durch die Presse, daß in der DDR, in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei zahlreiche Abschußbasen sowjetischer Atomraketen vorhanden seien. Auf eine konkrete Frage des Pressedienstes der Sozialdemokra-

tischen Partei an den Herrn Bundesverteidigungsminister, warum er sich nicht genauer ausdrücke, wurde zwar keine direkte Antwort gegeben, jedoch wird jetzt aus München bekannt, daß nach einer Erklärung des Ministers seinem Ministerium keine Bestätigung zugegangen sei, wonach in der Zone, in Polen usw. sowjetische Atom-Basen errichtet seien.

Was steckt hinter solcher Stimmungsmache? Hat es in der Geschichte nicht schon oft ähnliche Vorfälle gegeben, an die wir nur mit Schaudern zurückdenken? Man hält die Menschen in steter Furcht und Angst, um sie davon überzeugt zu machen, daß sie wieder einmal für ihre Freiheit kämpfen müssen. Ich denke u. a. an die Ereignisse der Jahre 1938 und 1939.

Aber ist es nicht das in der Geschichte immer wiederkehrende Spiel mit dem Feuer?

Meine persönliche Entscheidung, wieder politisch tätig zu werden, traf ich unter dem gleichen Gewissensdrang wie meine Eltern nach 1918. Ich wollte mit verhindern helfen, daß es zu einem neuen Blutvergießen kommen könne und meinen Kindern das gleiche Schicksal beschieden werde wie uns selbst. Ist es da nicht unbegreiflich, daß wir dreizehn Jahre später schon wieder einen solchen Punkt erreicht haben!

Man führt die Diskussion und rüstet auf mit der Begründung, es gälte, die Freiheit zu schützen und die persönliche Sicherheit zu erreichen bzw. zu erhalten.

Kann man aber Freiheit und Sicherheit nur durch eigene und fremde atomare Waffen auf unserem Boden erreichen, dann bedeutet doch diese Verteidigung in jedem Konfliktfall — nicht nur im Konfliktfall zwischen der Bundesrepublik und einem oder mehreren anderen Staaten, sondern auch im Streitfall zwischen der USA und der UdSSR — für uns nichts anderes als die totale Vernichtung, die Ausrottung des größten Teils unseres Volkes. Wo bleibt aber dann noch der Sinn einer Verteidigung? Was soll denn dann überhaupt verteidigt werden?

Wie groß wird aber die Gefahr erst, wenn sich diese todbringenden Waffen in den Händen Vieler befinden? In Europa stehen sich auf kleinstem Raum starke Streitkräfte gegenüber, und wie leicht kann auch nur ein kleiner Grenzzwischenfall einen neuen totalen Krieg entfesseln! Die britischen Gewerkschaften und der Vorstand der Labour-Party haben in einer Erklärung zur Frage Europas unter dem 23. April 1958 zu diesen Fragen Stellung genommen. Sie erinnern daran, wie leicht eine Revolution in Ostdeutschland nach ungarischem Muster die gesamte Nato hineinziehen kann. — Die ganze Welt ist sich heute bewußt, daß das geteilte Deutschland den größten Gefahrenherd darstellt. Wer garantiert uns aber, daß es nicht wieder irgendeinen Wahnsinnigen gibt, der nur aus reiner Lust am Abenteuer und im Rausch der Macht das größte Chaos auslöst; und in je mehr Händen sich diese vernichtenden Waffen befinden, um so größer ist die Gefahr für uns alle.

Ist es da nicht die Pflicht eines jeden verantwortungsbewußten Staatsmannes und Politikers, sein Teil dazu beizutragen, daß die Spannungen herabgemindert und nicht vergrößert werden? Die Politik der Bundesregierung aber geht seit Jahren den umgekehrten Weg. — Wenn nun jetzt eine so große Welle der Unruhe durch unsere Bevölkerung geht, dann ist damit der Beweis erbracht, daß die Behauptung des Bundeskanzlers nicht zutreffend ist, wonach die Mehrheit der Bevölkerung am 15. September 1957 im Bewußtsein der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ihm und seiner Partei die Stimme gab. Daraus aber erwächst wiederum die Verpflichtung, das Volk in einer solch entscheidenden Schicksalsfrage selbst zu hören. Man sollte sich dann nicht hinter dem Grundgesetz verstecken, zumal man im Jahre 1950 ohne solche Bedenken Volksbefra-

gungen mit unterstützte, dazu noch in einer Frage, die nicht von so schicksalhafter Bedeutung war. Es handelt sich hierbei um die Volksbefragungen zu dem Problem der Europäischen Bundesstaaten und der Aufhebung unserer wirtschaftlichen und politischen Grenzen.

Wenn sich die konservative Regierung Japans in einem Aufruf an die Welt gegen die Herstellung von Atomwaffen wendet und sogar die Einstellung aller Atombombenversuche verlangt, so weil sie die furchtbaren Schäden der Atombomben, die auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, kennt und noch auf Jahre hinaus damit belastet ist. Zwar weiß man hier, daß neben den 200 000 Toten und Verstümmelten in den nächsten zehn Jahren noch etwa 70 000 Menschen an Strahlungsschäden erkranken werden. Welche Erbschäden aber in Zukunft die noch zur Welt kommenden Kinder tragen, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Die Wissenschaft warnt gerade in der Kenntnis dieser Tatsache der Erbschädigung durch Strahlen, und hierauf ist auch ihr mutiger Einsatz in Deutschland und in der ganzen Welt zurückzuführen.

Wir Frauen und Mütter kennen nur den einen sehnlichen Wunsch, gesunden Kindern das Leben zu schenken und sie in eine glückliche Zukunft hineinwachsen zu sehen. Wir wissen aber auch, daß die Stärke des Kommunismus in der sozialen Unterwühlung und geistigen Zersetzung liegt. Wenn wir daher Gesundheit, Freiheit und Sicherheit für unsere Kinder wollen, dann darf es nur eines geben: „Die vorhandenen Mittel aus Wissenschaft und Technik für das Wohl der Menschen einzusetzen!" Wir müssen uns geschlossen hinter Albert Schweitzer und die Wissenschaft stellen. Es gelten die Worte von Prof. Dr. Hagemann, den man inzwischen wegen seines mutigen Eintretens aus der CDU ausgeschlossen hat, der vor wenigen Tagen sagte:

„Die schlimmste Niederlage wäre heute das Schweigen." — Beteiligen wir uns daher an der Volksbefragung und sagen ein klares Nein zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr.

Kurt Hirsch

Von der Arbeitsniederlegung beim Bau des Mout-Tempels zum politischen Streik unserer Tage

Nichtswissende oder Nichtswissenwollende belieben, soziale Auseinandersetzungen so darzustellen, als ob diese eine böswillige Erfindung von Karl Marx wären. In Wirklichkeit ist es aber so, daß es schon hunderte Jahre vor Karl Marx und vor dem Bestehen der Gewerkschaften soziale Auseinandersetzungen gegeben hat, und daß die Auffassungen von Marx, daß „die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist", durchaus nichts an Gültigkeit eingebüßt hat.

„... daß man mit leerem Magen nicht arbeiten kann..."

Schon 1500 v. Chr. entstand in Ägypten das „Kornträgerlied". Der unbekannt gebliebene Bert Brecht der damaligen Zeit klagte über die Ungerechtigkeiten und Leiden, denen die Armen ausgesetzt waren:

„Garben und weißen Spelt
Tragen wir Tag für Tag.
Alle Speicher sind voll,
Alle Schiffe gefüllt.
Schon quillt Korn über Bord,
Aber man treibt uns und treibt.
Hungernd gehen wir gebückt:
Unsere Rücken aus Erz,
Unsere Herzen aus Erz,
Tragen wir Tag für Tag." (1.)

Im Museum von Kairo existiert ein Dokument, dessen entschlüsselte Schriftzeichen uns Aufschluß über einen Streik vor viertausend Jahren — also einundzwanzig Jahrhunderte vor Christus — geben. Damals erklärten die am Bau des Mout-Tempels beschäftigten Maurer, sie könnten um den Hungerlohn nicht mehr arbeiten. Das entzifferte Dokument erzählt uns, daß es die hungernden Frauen waren, die auf die Streikidee verfielen:

„Geht zu P s a r o u", sagten sie zu ihren Männern, „und bittet ihn, Euch für jeden bleibenden Tag noch 2 Brote zu geben. Sagt ihm, wenn er es ablehnt, daß Ihr die Arbeit niederlegt und den Bau des Tempels Mout nicht weiterführt."

Die Bauarbeiter befolgten nach einigem Zögern den Rat ihrer Frauen und begaben sich zu Psarou, dem Leiter der königlichen Bauarbeiten. Dieser vertröstete sie auf den Tag, an dem König P h a r a o den Bauplatz besichtigen würde, und meinte, sie mögen ihm ihr Anliegen vortragen. Doch dank des Zuredens der Frauen legten die Männer die Arbeit sogleich nieder, und nun berichtet uns die überlieferte Legende das folgende:

„Wer ist auf diese Wahnsinnsidee verfallen", rief Pharao, „die Arbeit niederzulegen am Tempel, der zu Ehren des Mout erbaut wird? Er soll sofort mit seinen Mitschuldigen gehenkt werden!" Angstvoll schwiegen die Arbeiter. „Zum letztenmal, ich will den Namen wissen, sonst lasse ich Euch dezimieren!" Da erhob sich ein ungewöhnlicher Lärm hinter dem Arbeitsplatz, und die Frauen erschienen vor dem Pharao. „Wir waren es, hoher Herr", riefen sie wie aus einem Mund zum großen Erstaunen Pharao's und aller Anwesenden. „Sei gütig und begreife, daß man mit leerem Magen nicht arbeiten kann, auch müssen unsere Kinder Hungers sterben. Gnade! Gebt uns Brot, Fisch, Öl und Gemüse!" Dann trat eine Totenstille ein, und nur die Wellen des Nils schlugen leise an. Der Herrscher erhob das Haupt und verkündete: „Diese Frauen haben Recht. Hungernde können keine Arbeit leisten, und die Kinder sollen nicht Hungers sterben müssen. Psarou soll augenblicklich die Forderungen der Streikenden befriedigen, und dann wird die Arbeit wieder aufgenommen." (Nr. 2.)

So endete der erste Streik der Weltgeschichte vor viertausend Jahren. Ein anderer geschichtlich nachgewiesener Streik trug sich 1180 v. Chr. ebenfalls in Ägypten zu. Zur Zeit der Eroberung Trojas waren ägyptische Arbeiter im ‚Tal der Könige' mit der Fertigstellung des Grabmals des ägyptischen Pharaonen Ramses III. beschäftigt. Als sie ihre Löhne nicht zur festgesetzten Zeit erhielten, weigerten sie sich, weiterzuarbeiten, und gaben hierfür die folgende Begründung an: „Wir haben keine Kleidung, keine Arzneien, keine Fische und kein Gemüse". Auch dieser Streik verlief erfolgreich, und die Arbeiter erhielten pünktlich ihre Entlohnung ausbezahlt.

D e r e r s t e G e n e r a l s t r e i k

In Europa traten die ersten Lohnkämpfe im Mittelalter auf. Ein Ausstand von sämtlichen Arbeitern eines Handwerkes ist aus dem Jahre 1329 überliefert und

urkundlich belegt. Damals legten in Breslau die Gürtler-Gesellen die Arbeit nieder. Im Jahre 1351 streikten in Speyer die ‚Weberknechte'.

Den ersten Konflikt wegen der Arbeitszeit lösten hingegen die Arbeiter von Augsburg im Jahre 1726 aus. Sie traten in den Streik, als man ihnen das Anrecht auf den ‚blauen Montag' entziehen wollte. 1792 kam es in den Seidenwebereien Wiens — in denen vor allem Frauen beschäftigt waren — ebenfalls zu einer Streikbewegung. Der erste Generalstreik, von dem wir Kenntnis haben, ereignete sich im Jahre 1744 in Lyon und endete mit Sieg der Arbeiterschaft. Sie erkämpfte eine Lohnerhöhung von 1 Sou pro Elle Seidengewebe. Nachdem aber die Seidenhändler die Regierung bestochen hatten, wurde diese Vereinbarung rückgängig gemacht.

Friedrich Wilhelm III. und der Streik

Das Wort Streik kommt aus dem englischen Wort „strike", und England kann auch als das Ursprungsland dieser Arbeiterkämpfe im modernen Sinne bezeichnet werden. Im Manchester-Zeitalter waren die Bedingungen für solche Aktionen am ehesten gegeben. Damals vegetierte, in düsteren Fabrikhallen und grauen Elendsvierteln zusammengedrängt, eine schlecht bezahlte und politisch machtlose Arbeiterschaft. So wurden viele englische Städte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Schauplätze blutiger Arbeiteraufstände. 1860 kam es in den Strumpffabriken von Nottingham zur Zerstörung der Strumpfmaschinen, da die Arbeiter in diesen Maschinen nicht ihre Helfer, sondern die Schuldigen an ihrem Elend sahen. Unter der Parole „Brot oder Blut" folgten auch in anderen Industrieorten Englands Unruhen und Streiks. Die Zahl der Aufständischen ging damals schon in die Zehntausende. Es erhoben sich nicht einzelne Betriebe oder Gewerbezweige, sondern die Arbeiter ganzer Städte.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begannen auch in den deutschen Zünften Streiks. So wurde z. B. im Jahre 1798 von den preußischen Gesellen an Friedrich Wilhelm III. ein Bittgesuch gerichtet, in dem man „Unseren allergnädigsten König und Herrn" bat, für die soziale Besserstellung der Gesellen zu sorgen. Mit der ihm eigenen Freundlichkeit antwortete der von großer Nächstenliebe getragene König: „Die Bittsteller sollen hierdurch ab- und zur Ruhe verwiesen werden ..."

„... Ihr könnt Heu und Stroh fressen..."

Kurz vor dem Erlöschen des Sozialistengesetzes fand sich auch in der „Samt- und Seidenstadt" Krefeld eine Gruppe von Männern, hauptsächlich Textilarbeiter, zusammen, um den politischen Kampf für die Menschenrechte und die Menschenwürde aufzunehmen. Zur damaligen Zeit war in Deutschland die Hausweberei noch in voller Blüte, und man stand erst am Beginn der Einführung der maschinellen Weberei. Die Hausweber und ihre Familienangehörigen mußten bis in die späten Nachtstunden am Webstuhl und am Spulrad schaffen, um ein kärgliches Dasein fristen zu können. Diesen Zustand wirtschaftlicher Not und politischer Rechtlosigkeit zu beseitigen, war das Anliegen Krefelder Arbeiter.

Nachdem im Jahre 1891 der Export von Samt nach Amerika durch die erhöhten Zolltarife fast unmöglich gemacht war, herrschte unter den Krefelder Webern besondere Not. Die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, um die Arbeiter und ihre Familien vor dem Verhungern zu schützen, eine „Suppenanstalt" einzurichten. Die Unzufriedenheit unter den notleidenden und politisch noch immer entrechteten Arbeitern war groß und wurde immer größer. Den Aufzeichnungen eines Chronisten der damaligen Zeit entnehmen wir den folgenden Bericht:

„Von einem Haufen fremder Taugenichtse begleitet und unter Vorantragung eines roten Tuchlappens zogen sie Vormittag in die Stadt ein ... Alle Bettler und Proletarier des Kreises Kempen fanden sich ein ... Unter den Webern waren genug Kreaturen, die dem Krefelder Redner nicht allein Gehör schenkten, sondern seine Hetzreden im Arbeiterstande weiter verbreiteten."

Die erste große Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und den Seidenbaronen fand im Jahre 1898 statt. Der materielle Erfolg dieses Kampfes war für die Arbeiter relativ gering, aber trotzdem erhielt die Gewerkschaft einen starken Auftrieb.

Im Jahre 1791 kam es zu einem Generalstreik aller Hamburger Handwerker, dem im gleichen Jahr die gleiche Aktion in Bremen folgte. Zwei Jahre später brach der Aufstand der schlesischen Weber aus. Der sozialistische Schriftsteller Kurt Eisner schrieb in seinem Buch „Das Ende des Reichs" hierüber:

„Im tiefsten Gefühl des Unmuts fragte ein Weber den Kaufmann, der ihn hart abgewiesen hatte, wovon er, sein Weib und seine Kinder leben sollten. Unbesonnen und unmenschlich genug, gibt ihm jener zur Antwort: ‚Ihr könnt Heu und Stroh fressen!' " (3).

Der politische Streik

Am 25. März 1958 war im „Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts" — einer Publikation der Unternehmerverbände — unter anderem zu lesen:

„Der politische Streik ist verfassungswidrig, weil nach Art. 20 des Grundgesetzes alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Sie wird vom Volk in Wahlen, Abstimmungen und durch die Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Nur die Parteien haben nach Art. 21 das Recht, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, und der Art. 38 erklärt die Bundesrepublik zu einer repräsentativen Demokratie, so daß also die Staatsgewalt allein von den vom Volke gewählten Abgeordneten ausgeübt werden kann."

Wenn es in gewissen Situationen ein Widerstandsrecht und eine sich daraus ergebende Widerstandspflicht gibt — wie dies zum Beispiel von Moraltheologen, Völkerrechtlern und militärischen Sachverständigen anerkannt wird — dann muß auch die Berechtigung des politischen Streiks, der immer als Akt der Not und Abwehr gewertet werden muß, anerkannt werden. Der kürzlich verstorbene Soziologe Alfred Weber schrieb hierüber:

„Für die Gewerkschaften gibt es das Widerstandsrecht zur Verteidigung der Demokratie im ganzen (zum Beispiel Kapp-Putsch) und für lebenswichtige Interessen im einzelnen. Die Demokratie wird gefährdet durch die Leute, die demokratische Rechte beseitigen, und nicht durch die, die sie verteidigen."

Das Funktionärorgan des DGB vertrat zu dieser äußerst wichtigen gewerkschaftspolitischen Frage den folgenden Standpunkt:

„Die Geschichte in Deutschland, besonders in den letzten Jahrzehnten, hat uns nur allzu eindringlich bewiesen, daß formal-demokratisch gewählte Parlamente und von ihnen getragene Regierungen — Papen und Hitler kamen so zur Macht — sich nicht immer als Garanten der demokratischen Volksrechte erweisen. Es ist auch nicht als Mittel der wahren Demokratie anzusehen, wenn die Wahlen von Großkapitalbesitzern finanziert werden und so das Parlament weitgehend nach dem Willen einer relativ kleinen Schicht Besitzender zusammengesetzt und ständig unter Druck gehalten wird.

Schon die Erwähnung dieser Ereignisse genügt, um zu zeigen, daß es politische Situationen gibt, wo es geradezu Pflicht der Gewerkschaften sein kann, nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerschaft, sondern des ganzen Volkes mit allen

ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — also auch des politischen Streiks — einzugreifen ...

Aber auch zur Durchsetzung der Erweiterung von Volksrechten, die auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zur Lebensnotwendigkeit für das Volk geworden sind, aber von einer rückständigen Parlamentsmehrheit stur verweigert wird, kann ein erfolgreicher politischer Streik sich als ein Segen für Volk und Staat auswirken. Auch dafür gibt es geschichtliche Beispiele (Streik um das Wahlrecht in England, Skandinavien, Belgien usw.)" (4).

In der Praxis der gewerkschaftlichen Kämpfe gibt es überhaupt keinen unpolitischen Streik, denn jeder Lohnkampf ist direkt oder indirekt auch politischer Natur. Das heißt, es streikt nicht die Belegschaft des Betriebes A, die mit dem Besitzer ihre Forderung aushandelt, sondern es stehen sich die beiden Interessengruppen — Gewerkschaften und Unternehmerverbände — gegenüber, die die Legitimation besitzen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu vertreten. Daß die diesbezüglichen Entscheidungen der Verbände — wir denken hier vor allem an die Unternehmervereinigungen —, die mit politischen Parteien und Regierungsstellen in Verbindung stehen, naturgemäß auch politischen Charakter tragen, bedarf keiner weiteren Kommentierung. Diese Feststellung ist aber auch gleichbedeutend damit, daß es keinen vollkommen unpolitischen Streik geben kann. Die arbeitsrechtliche Definition des Streiks lautet:

„Die gemeinsame planmäßige Arbeitsniederlegung durch eine Mehrzahl von Arbeitnehmern, um durch die aus der Arbeitseinstellung dem Arbeitgeber drohende Lahmlegung des Betriebes und Betriebsschädigung einen Druck zur Erreichung eines bestimmten Kampfzieles auszuüben. Nicht begriffswesentlich für den Streik ist, ob seitens der Streikenden die Arbeit unter ordnungsmäßiger fristgemäßer Kündigung der Arbeitsverhältnisse oder ohne solche, also fristlos, unter Bruch der Arbeitsverträge eingestellt wird" (5).

Wir wollen uns aber weniger mit dem wirtschaftspolitischen, sondern vielmehr mit dem eindeutig politischen Streik beschäftigen. Als klassisches Beispiel des politischen, im Interesse der Demokratie gelegenen Streiks in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung muß der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920 gewertet werden. Der damals von den sozialdemokratischen Ministern unterzeichnete Aufruf begann mit der Anrede: „Arbeiter, Genossen!" und endete mit folgenden Worten:

„Keine Hand darf sich mehr rühren, kein Proletarier der Militärdiktatur helfen, Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt Euch!"

Evelyn A n d e r s o n schrieb in ihrem Buch „Hammer oder Amboß" über diesen Streik unter anderem:

„Ein Regierungsaufruf zum Generalstreik ist nun an und für sich schon etwas eigenartiges. Der Appell mußte besonders merkwürdig anmuten, da er von einer Regierung kam, die immer vor Streiks gewarnt und dauernd mit Militär eingegriffen hatte, wenn es gegen unmittelbare Aktionen der Werktätigen ging. Die Initiative kam indessen nicht so sehr von der Regierung, als hauptsächlich von den Gewerkschaften. Die Leitung lag in den Händen des alten Gewerkschaftsführers Karl Legien, der den Generalstreik aus einem Kellerversteck in Berlin organisierte."

Ein weiterer politischer Generalstreik wurde am 24. Juni 1922 als Protest gegen die Ermordung R a t h e n a u s durchgeführt. Im Rahmen des Ruhrkampfes 1923 wurden mit Wissen und Willen der damaligen Reichsregierung verschiedene politische Teilstreiks von den Gewerkschaften organisiert.

Im November 1948 rief der damalige Gewerkschaftsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes die Arbeiter zu Demonstrationen gegen die schlechte wirtschaft-

liche Lage und die herrschenden Mißstände auf. Ein Jahr später wurden Streiks gegen die Demontagepolitik der Besatzungsmächte proklamiert. Weitere politische Arbeitsniederlegungen fanden im Mai 1952 zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Abänderungswünsche des damals im Bundestag beratenen Betriebsverfassungsgesetzes statt. Es sei in diesem Zusammenhang des weiteren an politische Streiks in Algerien, Tunesien, Ägypten und Zypern erinnert. Vielleicht ist es gut, sich bei dieser Gelegenheit auch daran zu erinnern, mit welcher Begeisterung in der Bundesrepublik die politische Streikbewegung im Juni 1953 in der DDR verzeichnet wurde. In den letzten Wochen fand mit Billigung aller österreichischen politischen Parteien, der Landes- und Bundesregierung in Tirol ein Generalstreik statt, der sich gegen ein von einem italienischen Gericht in Südtirol gefälltes Urteil richtete. Diese Liste der Streiks könnte noch durch Schulstreiks ergänzt werden, die sich zum Beispiel gegen die Versetzung eines Lehrers wenden und durchaus keinen wirtschaftlichen Charakter tragen und deren staatsrechtliche Legalität bisher von niemand bestritten wurde. Zeugt es nicht von einer erstaunlichen, an Primitivität grenzenden politischen Kurzsichtigkeit, wenn man zum Beispiel einen Streik in Tirol befürwortet, aber einen Proteststreik gegen die atomare Aufrüstung, also in einer wirklichen und entscheidenden Lebensfrage der Nation, ablehnt?

Über die Notwendigkeit und Richtigkeit des politischen Streiks vom juristischen Standpunkt aus schrieb Oberlandesgerichtspräsident Dr. S c h m i d t unter anderem:

„... Gibt es also im Grunde genommen keinen unpolitischen Streik, so hat sich doch in den letzten Jahren die Bestrebung gezeigt und in der Rechtsprechung auch zum Teil durchgesetzt, den Streik ausschließlich als ein konzessioniertes arbeitsrechtliches Verhandlungsmittel anzusehen und alles, was über den Rahmen eines einzelnen Arbeitskampfes hinausgeht, für illegal zu erklären ...

Auf keinen Fall kann ein Streik etwa deshalb rechtswidrig sein, weil er ein politisches Ziel hat ...

Den „politischen" Streik als verfassungswidrig zu erklären, hieße einseitig die Einflußnahme der Gewerkschaften auf Entscheidungen, die für Millionen Menschen von größter Bedeutung sind, beseitigen und dem Unternehmertum sowie den mit ihm verbundenen Interessengruppen ein derartiges Übergewicht geben, daß die arbeitenden Schichten völlig machtlos auf Gedeih und Verderb ihrem natürlichen Gegner ausgeliefert sind; das hieße aber auch, die deutsche Demokratie ein zweites Mal scheitern lassen ...

Es gilt, der gesamten Arbeitnehmerschaft und der Öffentlichkeit die Bedeutung der Haltung des uneingeschränkten Streikrechts — und das heißt auch das Recht zum ‚politischen' — für die Erhaltung der Demokratie klarzumachen" (6).

Im Laufe des „Europäischen Gesprächs" im Juli 1955 erklärte der Heidelberger Soziologe Prof. Weber, das Recht auf Generalstreik bestehe nicht nur bei einer Gefahr für die demokratische Ordnung, sondern auch dann, wenn der Arbeiterschaft von einer Parlamentsmajorität bereits erworbene Lebensrechte wieder weggenommen werden sollten. Der belgische Senator Smets erklärte, daß das Recht auf politische Streiks in Belgien gar nicht zur Diskussion stünde, sondern von allen Parteien anerkannt werde.

Im Jahre 1954 nahm Prof. Dr. Wolfgang A b e n d r o t h, ein bekannter Staatsrechtler, in einem Gewerkschaftsblatt zu dem Problem des politischen Streiks Stellung und kam hierbei zu dem Schluß, daß dieser „das einzige Mittel" sei, „mit dem die Arbeiter wirkungsvoll an die Öffentlichkeit appellieren und das Monopol der besitzenden Schichten an der Verfügung über die wichtigsten Werk-

zeuge zur Bildung der öffentlichen Meinung (Presse, Film usw.) ausgleichen können ..." (7).

In einer anderen Abhandlung setzte sich Prof. Abendroth mit dem Argument auseinander, daß zur politischen Willensbildung allein die Parteien berufen seien. Über die Verantwortung der Gewerkschaften für das politische Geschehen schreibt er:

„Diese Verantwortung umfaßt mehr als die einseitige Wahrnehmung der egoistischen Interessen einer ökonomischen Gruppe. Die Erfahrungen mit dem Dritten Reich sollten alle Demokraten lehren, daß diese doppelte Aufgabe der Sicherung der Demokratie und des Friedens alle Sozialschichten vor Katastrophen bewahren muß. Als im März 1920 im Kapp-Putsch die Demokratie angegriffen wurde, waren es die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, die damals das Volk vor dem Geschick bewahrt haben, dem es 1933 zum Opfer gefallen ist. In extremen Situationen kann es also durchaus notwendig sein, daß die Gewerkschaften auch mit dem Mittel des Generalstreiks ... die Vorbedingungen des friedlichen und demokratischen Lebens des Volkes retten..." (8).

Des weiteren sei noch Prof. Oswald v. Nell-Bräuning, SJ, zitiert, der in den 1949 erschienenen „Beiträgen zu einem Wörterbuch der Politik" schrieb, er bejahe sogar das „politische Druckmittel des Generalstreiks als ultima ratio in Fällen eines staatsrechtlichen Notstandes".

Lehren aus der Vergangenheit

Rückblickend wird man den Gewerkschaften niemals ernsthaft einen Vorwurf machen können, daß sie die Arbeiter und Angestellten zu politischen Streiks aufgerufen haben. Hingegen wird man es aber sehr wohl bedauern müssen, daß es die Gewerkschaften z. B. unterlassen haben, in den kritischen Tagen des Jahres 1933, als die Demokratie entmachtet wurde, ihre Mitglieder zum politischen Kampf und zum Streik aufzurufen. Das am 2. Mai 1933 erfolgte Verbot der Freien Gewerkschaften bedeutete nicht nur, daß Gewerkschaftshäuser von braunbehemdeten Rowdys besetzt und daß in Ehren ergraute Funktionäre verfolgt und mißhandelt wurden, sondern in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht war dieser nationalsozialistische Rechtsbruch gleichbedeutend mit der Entmündigung der deutschen Arbeiterschaft. Gegenüber allen anderen unzutreffenden Behauptungen muß rückblickend mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß sich die überwiegende Mehrheit der in der Industrie tätigen Arbeiterschaft trotz Wirtschaftskrise und drohender Erwerbslosigkeit als immun gegenüber den nationalsozialistischen Phrasen erwies und im wesentlichen durchaus kampfbereit war. In dem Vorwort zu dem dieser Tage erschienenen Buch „Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung" von Hans-Gerd Schumann wird daher mit Recht daran erinnert, daß bei den Betriebsrätewahlen im März 1933, also nach dem Reichstagsbrand und nach dem Ermächtigungsgesetz und angesichts des schon in voller Stärke einsetzenden braunen Terrors, die Nationalsozialisten nur 25 % der Betriebsräte auf sogenannten nationalen Listen für sich verbuchen konnten und daß bei diesen der Anteil der Angestellten verhältnismäßig hoch war. Des weiteren heißt es in dem Vorwort:

„Trotz des langfristigen Terrors und der inzwischen gelungenen Unterwerfung der Gewerkschaften und der Aufrichtung der DAF, trotz der Einführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, endeten die Betriebsvertrauensratswahlen des Jahres 1934 mit einem derartigen Debakel des Regimes, daß niemals versucht wurde, die Wahlergebnisse statistisch zusammenzufassen und zu publizieren. Auch das Ergebnis der Betriebsvertrauensratswahl des Jahres 1935

erschien dem Regime so wenig ermutigend, daß von nun an das Experiment derartiger Wahlen nicht mehr wiederholt wurde."

Es ist für unsere Betrachtung wesentlich, festzuhalten, daß die industrielle Arbeiterschaft trotz der nicht sehr glücklichen Politik jener Parteien, zu denen sie sich zugehörig fühlte, nach wie vor aktions- und kampfbereit war. Wie groß diese Kampfbereitschaft war, sei an folgendem Beispiel demonstriert: Die am 16. Dezember 1931 erfolgte Gründung der „Eisernen Front" — die als „Schutztruppe der Republik" gedacht war — umfaßte mit den Mitgliedern des Reichsbanners, der Freien Gewerkschaften und der republikanischen Sportverbände rund 10 Millionen Mitglieder (9). Zu ihnen hätten sich im Ernstfalle sowohl die Mitglieder der KPD als auch deren Hilfsorganisationen und viele Anhänger des Zentrums gesellt.

Wie konnte es geschehen?

Wie konnte es geschehen, daß die deutsche Arbeiterbewegung und mit ihr die Freien Gewerkschaften sich wehrlos von der braunen Welle überschwemmen ließen, um dann nur zu bald im Meer des schrankenlosen Terrors zu ertrinken? War es richtig, daß „die Führer der Gewerkschaften von der Aktion völlig überrascht" (10) — gemeint ist die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und das Verbot der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 — waren, wie dies der großmäulige Dr. Ley behauptete? War es zutreffend, wie es in einer „Geschichte der Gewerkschaften" heißt: „... daß die ‚Eiserne Front', die von den Gewerkschaften gemeinsam mit anderen demokratischen Organisationen und Parteien als Kampffront gegen die Truppen der NSDAP geschaffen worden war, nicht wirksam wurde?" (11).

Leider läßt sich die Richtigkeit dieser und ähnlicher Feststellungen nicht bestreiten, und es gab tatsächlich Leute, die sich der ebenso trügerischen wie selbstmörderischen Hoffnung hingaben, man werde sich schon irgendwie mit Hitler verständigen können und die Gewerkschaften mit dem dazugehörigen Funktionsapparat in das Dritte Reich hinüberretten. Wie stark diese und ähnliche Illusionen waren, sei an Hand einiger Beispiele dargelegt. Hans-Gerd Schumann berichtet in dem erwähnten Buch, daß z. B. am 30. Januar 1933, während die Nazis, vom Alkohol und vom Sieg betrunken, mit einem Fackelzug in den Straßen Berlins demonstrierten, „in Halle im Institut für Arbeitsrecht Franz Neumann über die Stellung der ‚Gewerkschaften im Verfassungssystem' sprach" (12). Während die Gegner Hitlers auf bürgerlich-demokratischer Seite ebenso wie die kampfbereite Arbeiterschaft mit der Proklamation des Generalstreiks rechneten, erließ der ADGB noch im Februar 1933, also nach der Machtübernahme Hitlers und nachdem die Berliner Arbeiterschaft am 28. Januar 1933 in einer „machtvollen Kundgebung gegen die SA-Provokationen aufmarschiert" war (13) den folgenden Aufruf:

„Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und ernste Besonnenheit erstes Gebot. Laßt Euch nicht zu voreiligen und darum zu schädlichen Einzelaktionen verleiten."

Noch am 12. Februar 1933 glaubte der damalige zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann, der Arbeiterschaft die folgende Versicherung geben zu können:

„Der neue Reichskanzler hat der organisierten Arbeiterschaft Kampf angesagt. Sie wird nicht ins Mauseloch kriechen, sondern den Kampf aufnehmen in der festen Zuversicht, ihn erfolgreich zu bestehen. Die deutsche Arbeiterschaft kann versichert sein, daß die sozialdemokratischen Führer in Not und Gefahr zu ihr

stehen werden. Sie rechnen aber auch damit, daß die Arbeiterschaft ihnen vertraut" (14).

Ebenfalls im Februar, und zwar am 21., als sich schon tausende Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung in „Schutzhaft" befanden, als in den SA-Kasernen Orgien der Bestialität gegenüber den dort Inhaftierten erfolgten, glaubte der erste Bundesvorsitzende des ADGB, L e i p a r t, „die jetzigen Machthaber" mit der folgenden Erklärung an Stelle eines aktiven Handelns „abschrecken" zu können:

„Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser angedrohte Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden vom deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Tod werden, dessen furchtbare Folgen die jetzigen Machthaber im voraus abschrecken müßten" (15).

L e g a l i t ä t g e g e n ü b e r e i n e r i l l e g a l e n R e g i e r u n g ?

Am 7. März 1933 wurde das Verbot des Reichsbanners und der „Eisernen Front" kampflos hingenommen, und noch immer glaubten viele der damals führenden Gewerkschaftsfunktionäre, die Organisation „durch einen Kurs der unbedingten Legalität und der politischen Neutralität retten zu können" (16). Von dieser nur schwer verständlichen Illusion und den Bestrebungen, sich gegenüber einer illegalen Regierung legal zu verhalten, ließ man sich auch nicht durch die Drohung des Reichsobmannes der NSBO, S c h u h m a n n, abbringen, der mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit erklärte: „Die Form der Gewerkschaften ist überaltert. Fort mit dem ausgetretenen marxistischen Weg" (17), und selbst die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, die teilweise schon am 21. März durch SA, SS und NSBO erfolgte, änderte nichts an dem Irrglauben, „daß es eine Möglichkeit der friedlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geben müsse" (18). Am 17. März erklärte sich die Christliche Gewerkschaft „für unpolitisch" und sprach gemeinsam mit Vertretern der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft bei G o e b b e l s vor, um mit ihm „über die Teilnahme ihrer Anhänger am neuen Staate zu verhandeln" (19).

Wenige Tage später, und zwar am 21. März, hielt es Leipart für richtig, ein Schreiben an Hitler zu richten, in dem es u. a. hieß:

„Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein" (20).

Am 19. April wurde vom ADGB in einem Aufruf der „1. Mai als gesetzlicher Feiertag der nationalen Arbeit" begrüßt, und man empfahl der Arbeiterschaft die Beteiligung an diesem nationalsozialistischen Propagandazirkus. In der Proklamation hieß es u. a.:

„Der Bundesausschuß des ADGB begrüßt den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat, sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen."

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen!

Selbstverständlich kann und darf es bei einer solchen rückschauenden Betrachtung nicht darum gehen, die damaligen führenden Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung persönlich anzugreifen und ein Vierteljahrhundert später mit Vorwürfen zu überhäufen, gegen die sie sich in den meisten Fällen gar nicht mehr zur Wehr setzen können. Aber es muß sehr wohl darum gehen, aus den ebenso furchtbaren wie verhängnisvollen Fehlern der Vergangenheit — und mögen diese in noch so gutem Glauben begangen worden sein — aus der kampflosen Kapitulation die notwendigen Folgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Es wäre doch banal und primitiv, wenn wir uns etwa damit begnügen würden, über die Nationalsozialisten moralisch entrüstet zu sein, weil sie das, was sie in Tausenden von Reden und Aufsätzen für den Fall ihrer Machtergreifung ankündigten, dann auch konsequent durchgeführt haben: die Zerschlagung und Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung und der Demokratie. Wir müssen vielmehr den sehr unpopulären Mut aufbringen, die Ursachen, daß es zu dieser nationalsozialistischen Barbarei kommen konnte, zu untersuchen, um die notwendigen Folgerungen daraus ziehen zu können. In diesem Zusammenhang muß immer wieder daran erinnert werden, daß Hitler und die Seinen die Macht nur deshalb ergreifen konnten, weil diese von den Demokraten zu wenig festgehalten wurde, und weil die letzteren nicht bereit waren, sie mit allen Mitteln zu verteidigen. Die blutigen Wege der SA und der SS waren nicht zuletzt mit den Illusionen der falschen politischen Sicherheit und dem Ruhebedürfnis mancher Republikaner gepflastert. Man wollte es nicht glauben und wahrhaben, wie schnell die Fundamente der machtvollen und prächtigen Gewerkschaftshäuser vom braunen Schmutzwasser unterspült werden konnten, wenn nicht vor diesen Bauten eine aktive und kampfbereite Arbeiterschaft stand und man zögerte, in einer Zeit, wo es alles zu wagen galt und nichts mehr zu verlieren war, diese zum Kampfe aufzurufen.

Die Lehren der Vergangenheit zeigen, daß der politische Streik in bestimmten Situationen nicht nur juristisch, moralisch und staatspolitisch gerechtfertigt ist, sondern daß die Gewerkschaften als demokratische Organisation geradezu die staatsbürgerliche Pflicht haben, immer dann zum Streik aufzurufen, wenn es um den Schutz der demokratischen Ordnung und wenn es um Sein oder Nichtsein der Nation geht.

Quellenhinweise:

1. J. Kurth, „Geschichte der Gewerkschaften", Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover u. Frankfurt 1957. — 2. „Internat. Arbeitsmitteilungen" IV—35, Frankfurt a. M. 1951. — 3. Kurt Eisner, „Das Ende des Reichs", Berlin 1907. — 4. „Die Quelle", Funktionär-Organ des DGB, vom März 1954. — 5. Landesarbeitsgerichtdirektor i. R. Dr. Gros in der „Stuttgarter Zeitung" vom 6. April 1954. — 6. „Gewerkschaftliche Monatshefte", Januar 1954. — 7. „Der Gewerkschafter", Juni 1954. — 8. „Welt der Arbeit" vom 11. April 1958. — 9. H. Duderstadt, „Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz". Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1933. — 10. „Frankfurter Zeitung" vom 3. Mai 1933. — 11. J. Kurth, „Geschichte der Gewerkschaften", Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover u. Frankfurt. — 12. Hans-Gerd Schumann, „Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung", Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover u. Frankfurt 1958. — 13. Friedrich Stampfer im „Vorwärts" vom 29. Januar 1933. — Wie unter 8. — 15. „Vossische Zeitung" vom 23. Februar 1933. — 16. Wie unter 11. — 17. Schuhmann, „Auf dem Ruhrkongreß der NSBO", Dezember 1932. — 18., 19., 20. Wie unter 11.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Verrat an der Einheit

Die Erregung über den „Fall Wenger" ist noch immer nicht abgeklungen. Das zeigt, wie unfaßbar für viele die Gedanken sind, die der Leitartikler des „Rheinischen Merkur" vor den Delegierten der Badischen CDU geäußert hat. Eingeweihten sind diese Gedankengänge wohl vertraut. Sie waren in ähnlicher Form im „Rheinischen Merkur" und in anderen katholischen Blättern zu finden, und wer in den Kreisen katholischer Akademiker und Geistlicher verkehrt, der ist ihnen auch in persönlichen Gesprächen begegnet. Eine Überraschung bleibt immerhin die Offenheit Wengers und die Reaktion des Auditoriums, vor welchem er gesprochen hat.

Die katholische Westideologie reicht weit zurück; sie hat im Laufe der Zeit zu den verschiedensten politischen Konzeptionen geführt. Schon in den Tagen des Rheinbundes und Napoleons spielte sie ihre Rolle, sie hat 1848 im Führungskampf zwischen Österreich und Preußen eine Lösung erschwert und den Schlag der Reaktion erleichtert. Bismarck überspielte die katholischen Föderalisten am Rhein und jenseits der Mainlinie, und die Masse der deutschen Katholiken wurde zwar nicht durch den Kulturkampf, aber durch den Macht- und Wirtschaftsaufstieg des zweiten Kaiserreiches politisch absorbiert. Nach der Novemberrevolution von 1918 stiegen die Chancen dieser entschiedenen Föderalisten. Die Mainlinie tauchte wieder auf, und im Rheinland gaben führende katholische Kreise, die sich Konrad Adenauer zum Führer ausersehen hatten, die Parole aus: „Los von Preußen". Aber das Reichsgefüge überdauerte den Sturz der Monarchie, und die beiden katholischen Parteien, Zentrum und Bayerische Volkspartei, wuchsen — ähnlich wie die SPD — in die Regierungsverantwortung und damit in Preußen-Deutschland hinein. Die eiserne Klammer des Dritten Reiches ließ vollends keinen Raum für separatistische Bestrebungen.

Aber nach dem Zusammenbruch von 1945 zeigte es sich, daß die Ideen des „Heiligen Reiches" und des konfessionellen Limes, der längst keinen kulturellen Limes mehr darstellte, noch sehr lebendig waren. Diesmal blieb es nicht bei einem kurzen separatistischen Zwischenspiel. Adenauers Person und Politik wurden zum Kristallisationskern einer Bewegung, welche in der entschiedenen Anlehnung an den „Karolingischen" Westen die Rettung aus der Not und die Verwirklichung alter abendländischer Träume sah. Die Abneigung und das Fremdheitsgefühl, welche von jeher in weiten katholischen Kreisen des Westens und Südens gegen das „heidnische" Berlin und gegen „Ostelbien" bestanden, erleichterten die von dem katholischen Regierungschef betriebene Integration der drei Besatzungszonen miteinander und mit den westlichen Nachbarstaaten. Die Zerschlagung des alten preußischen Machtkerns, der Verlust der Gebiete östlich von Oder und Neiße, die Beherrschung Mitteldeutschlands durch die SED und die Isolierung der alten Reichshauptstadt wurden von den Abendländern nicht als nationaler Substanzverlust, sondern als Rückkehr des nationalen Schwergewichts in die alten Kulturlandschaften empfunden, die Jahrhunderte lang den Kern des „Heiligen Reiches" gebildet hatten. Konfessionelle Gesichtspunkte und der geistige Hochmut, mit dem man schon immer auf das ostelbische Kolonialgebiet herabgeblickt hatte, begegneten sich mit den Bestrebungen der „christlichen" Siegermächte, denen eine Spaltung und Schwächung des germanischen Machtblocks hoch willkommen waren.

Der nationale Auflösungprozeß, der sich seit 1945 nicht nur politisch, sondern auch bewußtseinsmäßig und gefühlsmäßig vollzieht, wird bis heute verdeckt

durch eine Ideologie, in der sich Verlockung und Drohung eng verbanden: durch den Glauben an ein kommendes „christliches" Europa und durch die Angst vor der „Weltgefahr" des Bolschewismus. Allen Deutschen, für die 1945 oder schon 1933 eine Welt zusammengebrochen war, insbesondere für die deutsche Jugend, erschien die Gestaltung eines christlich-abendländischen Bundesstaates als rettendes Idol und als Ersatz für jenen Patroismus, der im Dritten Reich so schmählich mißbraucht worden war. Ein Aufgehen Westdeutschlands in einer europäischen Föderation versprach Überbrückung alter Gegensätze mit den Westmächten, Wohlfahrt und Sicherheit für alle Zukunft und einen dauerhaften Schutz gegen den „bolschewistischen Osten", der bereits jenseits der Elbe begann und als Schreckgespenst die Angstträume der Bundesbürger beherrschte.

Die Erfolge der Abendländer wurden mit einem unermeßlich hohen Preis bezahlt: mit dem Verzicht auf die nationale Souveränität und auf die nationale Einheit. Westdeutschland wurde von einer Machtgruppe in Pflicht genommen, welche die Bundesrepublik nicht nur als politisches und wirtschaftliches Einzugsgebiet, sondern auch als Militärkolonie und Rekrutendepot gegen die östliche Weltmacht betrachtet. Die Ostgrenze dieses Europa, das man in Straßburg und Brüssel so geschäftig errichten half, schnitt quer durch deutsches Land und Volk, und je mehr „europäische" Einrichtungen entstanden, desto höher wuchs die Mauer zum anderen Deutschland, das zum Glacis der Sowjets geworden war. Während aber die Regierung der Bundesrepublik immer mehr eigene Rechte und Interessen in dieses imaginäre Europa und in den sehr realen Militärblock der Nato investierte, blieben die neuen Einrichtungen für die übrigen Partner nur Mittel zur Durchsetzung ihrer sehr egoistischen nationalen Ziele. Diese Mächte dachten nicht daran, ihre nationalen Interessen den gemeinsamen Aufgaben zu opfern oder sie auch nur zu schmälern. Eine Legende, die für die Weltfremdheit deutschen Denkens zeugt, will wissen, daß das Zeitalter der Nationalstaaten endgültig vorüber sei. Welch verhängnisvoller Irrtum! Wir haben seit dem zweiten Weltkrieg geradezu eine Hochflut des Nationalismus zu verzeichnen, die sich nicht nur in den zahlreichen jungen Ländern in Südamerika, Asien und Nordafrika manifestiert, sondern nicht minder bei den alten Großmächten. Ihre Kolonial- und Interventionspolitik ist eindeutig machtegoistisch orientiert, und die wohlklingenden Reden ihrer Staatsmänner verhüllen nur schlecht die Vorherrschaft der Staatsräson.

Eine Ausnahme machen nur die Bundesrepublik und kleine christlich-bürgerliche Kreise der westlichen Länder. Sie bilden die Kulisse eines europäischen Schauspiels, das seit 10 Jahren in Straßburg und Brüssel und anderswo gespielt wird und uns glauben machen soll, daß ein neues abendländisches Großreich im Werden sei. Auf dem schwankenden Boden dieser Phantasmagorie versuchte Adenauer seinen Saarstaat zu errichten, sie soll die Grundlage werden für die Eingliederung Rumpfdeutschlands in einen übernationalen Bundesstaat. Hier aber ist der Punkt, wo sich die Geister unerbittlich scheiden. Wir besitzen zahlreiche zwischenstaatliche Institutionen, von der UN bis zur Montan- und Atom-Union. Ihre Mitglieder sind unabhängige Staaten, die freiwillig, widerruflich und paritätisch Teile ihrer Souveränität für gemeinsame Interessen abtreten. Der Bonner Politik blieb es vorbehalten, einen Volkstorso mit ungleichen Rechten in eine Gemeinschaft einzubringen, in der auch die letzten Reste unserer staatlichen Eigenständigkeit schmelzen werden.

Man tröstet sich vielfach bei dem Gedanken, daß die deutsche Spaltung ein vorübergehender Zustand sein werde. Gewiß, es gibt Völker mit so starker nationaler Haltekraft, wie Polen, Italien, Irland, die auch unter jahrhundertelanger Teilung und Fremdherrschaft nie vergessen haben, daß sie zusammengehören.

Bei uns ist dies anders. Das deutsche Volk ist den Weg zum Nationalstaat niemals zu Ende gegangen. Es hat auf diesem Weg einen Volksteil nach dem andern aus seiner Gemeinschaft entlassen müssen, die Schweizer, die Niederländer, die Österreicher, und es ist eben dabei, auch die Deutschen in Ostelbien zu verlieren. Das kann sehr schnell gehen. Noch 1848 berieten und beschlossen die Österreicher und Sudetendeutschen mit den Vertretern der anderen deutschen Volksgebiete gemeinsam im Frankfurter Parlament. 18 Jahre später schossen sie aufeinander und schlossen sich in zwei Staatsblöcken voneinander ab. Die späteren Versuche, die Spaltung zu überwinden, sind an wachsender Entfremdung, am europäischen Veto und an Hitlers Gewaltakten gescheitert. Kann jemand im Ernst glauben, daß in 20, 30 oder 40 Jahren — diesen Zeitraum hat Adenauer im Bundestag genannt — die europäischen Mächte einer Wiedervereinigung noch zustimmen würden, die das Mächtegleichgewicht erheblich stören müßte, ganz davon zu schweigen, daß bis dahin die psychologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unüberbrückbare Schranken geschaffen haben werden.

Wer angesichts dieser Sachlage die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilgebiete nicht für dringlich hält, dem kann der gute Glaube schwerlich zugesprochen werden. Wer gar der Eingliederung der Teilgebiete in rivalisierende Staats- und Machtblocks das Wort redet und eine spätere Zusammenführung der beiden Blöcke als ferne Vision an den Himmel malt, der fördert eindeutig und planmäßig die völlige und endgültige nationale Spaltung. Die Abendländer machen geltend, daß ihnen die persönliche und politische Freiheit im westlich-demokratischen Sinne höher stehe als die nationale Einheit, und daß sie die Werte ihres Glaubens am besten in einer „christlichen Völkergemeinschaft" aufgehoben wüßten. Diese Leute verschweigen, daß es „christliche" Staaten von höchst undemokratischer Verfassung und höchst beengter persönlicher Freiheit gibt, und daß sich andererseits in durchaus „unchristlichen" Ländern das kirchliche Leben lebendiger zeigt als in Staaten, in denen der Materialismus zwar nicht als Doktrin verkündet, aber als Wirklichkeit gelebt wird.

Seit Jahren hört der Bundesbürger aus Bonn die Versicherung, daß man um die Wiederherstellung der „Einheit in Freiheit" ständig bemüht sei. Er findet das ganz in der Ordnung, weil das Ulbricht-Regime den westlichen Vorstellungen von Freiheit durchaus widerspricht. Aber er wartet seit Jahren vergebens darauf, daß seine Regierung eine Konzeption für diese Wiedervereinigung in Freiheit entwickelt. Als von den Sowjets noch freie Wahlen zu haben waren, forderte Bonn für ein wiedervereinigtes Deutschland freie Hand, sich der Nato anzuschließen, und verbaute damit planmäßig den Weg zur Verständigung. Oder sollte man in der Koblenzer Straße so naiv gewesen sein, mit der Annahme einer Formel zu rechnen, wie sie ein Sieger verkünden kann, nicht aber ein Besiegter gegenüber einer Weltmacht? Nachdem dann Chruschtschow die Deutschen auf den Weg direkter Verständigung verwiesen hatte, entdeckte man in Bonn, daß für die 17 Millionen die demokratischen Freiheiten wichtiger seien als die Wiedervereinigung und daß das eine nur mit dem anderen zu erkaufen sei. Dieses neueste Bonner Projekt verspricht also die gleiche Wirkung wie alle bisherigen Schritte, nämlich Versperrung des Weges zur Einheit.

Die Regierung der DDR hat der Bundesregierung eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten vorgeschlagen. Es handelt sich um einen Vorschlag, nicht mehr und nicht weniger, und ob er ernst gemeint ist, können erst Verhandlungen zeigen. Das Bonner Echo war ein verächtliches Nein: Man führt keine Gespräche mit den Machthabern der „Zone". Die regierungstreue Presse aber verkündete einmütig, daß eine solche Konföderation eine Verewigung des „status quo" der Spaltung bedeuten würde. Um so befremdlicher ist es, daß man seit

Jahren die Konföderation — mit den Westmächten mit großem Eifer betreibt! Herrn Wenger blieb es vorbehalten, zur Sicherheit noch zwei weitere Konföderationen vorzuschlagen: die eine zwischen der „Zone" und Polen und die andere zwischen den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Auf diese Weise solle die Entstehung einer neuen „strategischen Unitarisierung" des einstigen Bismarckreiches wirksam verhindert werden. Unitarisierung? Soweit wir wissen, ist Westdeutschland eine föderative Republik und damit strukturell für eine erweiterte föderative Gestaltung wohl geeignet. Strategie? Ein wiedervereinigtes Deutschland, das sich freiwillig eine Beschränkung der Rüstungen im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auferlegt, wird keine militärische Bedrohung bilden und keine nationalistische Expansion betreiben können. Die Abendländer sind es freilich gewohnt, das Maß der Sicherheit in Divisionen und Raketenbasen zu berechnen und ihr Abendland in den Dienst einer Politik der Stärke zu stellen. „Strategische Unitarisierung" betreibt man in der WEU und im Natohauptquartier. Sie sollte in einem wiedervereinigten Deutschland keine Stätte finden.

Es hat immer Leute gegeben, die an der staatlichen und nationalen Wirklichkeit vorbeilebten und sich sektiererischen Bestrebungen hingaben. Eine gesunde Gemeinschaft kann es sich leisten, solche Gruppen zu dulden und zu schützen, also Toleranz auch gegen die Feinde der Gemeinschaft zu üben. Wo aber ein nationales Gefüge durch seelische Krise und äußere Gewalt zerstört oder schwer angeschlagen ist, da können solche Tendenzen zu tödlichen Spaltpilzen werden, welche die Substanz des Volkes endgültig verzehren. Wenn aber gar die Sektierer an den Schaltstellen der Macht sitzen, wenn sie sich der Bundesgenossenschaft mächtiger Staaten und großer Kirchen erfreuen, dann ist ein Volk vor die Frage seiner Existenz gestellt. Da wird Toleranz zum nationalen Selbstmord, Schweigen zu unverzeihlicher Feigheit, da heißt es für die Patrioten, zusammenzustehen und den Anschlag auf ihr Volk und seine edelsten Werte abzuwehren. Auch Völker sind Gedanken Gottes, auf Völkern, nicht auf Individuen haben die Kirchen ihren stolzen Bau errichtet, und niemals hat man Völkern zugemutet, sich auf dem Altar einer christlichen Ideologie als Schlachtopfer darzubringen. Die Existenz nationaler Staaten bildet auch das Fundament aller übernationaler Gemeinschaften, denen der sittliche Wille der Mitgliedsvölker ihre Kraft verleiht, niemals aber eine ungeformte Masse von „Weltbürgern".

Um die deutsche Einheit wiederherzustellen, gibt es mehr als einen Weg, und wir verlangen von den Verantwortlichen, daß sie unablässig bemüht sind, die Gangbarkeit dieser Wege zu erforschen. Dazu gehören Ideen und Pläne, Verhandlungen und Fühlungnahme mit allen denen, die als Gegner oder Partner wichtig sind. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Opfer zu bringen, Opfer des Hochmuts, der Eigenliebe, des Vorurteils, der materiellen Bequemlichkeiten. Dazu gehört schließlich die Bereitschaft zu Risiken, denn ein hohes Ziel rechtfertigt einen hohen Einsatz. Das größte Risiko, ein wahrscheinlich tödliches Risiko wäre es jedenfalls, den bequemen und einträglichen Weg der Spaltung weiterzugehen. Er führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zur physischen Vernichtung des Volkes, das ein drittes Mal den Weg der Gewalt geführt wird, auf dem die nuklearen Katastrophen lauern. Es ist bestürzend, zu sehen, mit welcher Selbstverständlichkeit die Abendländer das Gleichgewicht des Schreckens und der atomaren Massenausrottung erörtern; mit welcher Souveränität sie Gebiete verteilen oder beanspruchen, die in den Händen oder im vorläufigen Machtbereich einer Weltmacht liegen; mit welcher Verachtung sie Entwürfe beiseite schieben, die der Entspannung und der Wiedervereinigung, freilich nicht dem „Abendland" dienen. Die Bonner Politik der vergangenen Jahre wäre völlig anders

verlaufen, wenn die Verantwortlichen stets aus dem Bewußtsein gehandelt hätten, daß es die wichtigste Aufgabe unseres Staatsprovisoriums ist, in einer größeren nationalen Gemeinschaft aufzugehen.

Die Abendländer verwirren die Fragestellung ständig dadurch, daß sie vor dem angeblich immer noch drohenden „preußischen Militarismus" warnen. Aber es geht ja längst nicht mehr um das Preußen Bismarcks, das kleindeutsche Reich. Mit dem Sturz des Hohenzollernreiches gerieten auch seine Grenzen ins Wanken, und 1945 brach die Bismarcksche Staatsschöpfung unwiderruflich zusammen. Ja, unwiderruflich! Heute geht es nicht um eine Staatskonstruktion, die in der Zeit entstand und verging, sondern es geht um das Volk, das viele Krisen und Wandlungen und auch die beiden schrecklichen Kriege überlebte und sich vom tiefsten Sturz seiner Geschichte wieder aufgerichtet hat. Es geht um das Volk, das heute auf engerem Raum, aber mit alter Lebenskraft sich regt, das, in seinem Glauben oft enttäuscht, auch heute wieder gläubig zu seiner Führung aufblickt und von ihr Lösungen erwartet. Eine Lösung kann nicht dadurch erreicht werden, daß man sich in die Tracht der Ordensritter hüllt und gen Osten reitet, denn der Glaube an die unlösliche Einheit von Kreuz und Schwert ist längst erschüttert. Es kann noch weniger dadurch geschehen, daß man die Ketzer und Heiden jenseits der Elbe im vaterländischen Hauptbuch einfach abschreibt und die deutsche Geschichte um ein Jahrtausend zurückdatiert bis in die Tage O t t o s des Großen. Damals war Deutschland wahrhaft das Herz des christlichen Abendlandes, und im Osten ging eben das Kreuz über christlichen Fürstentümern auf. Heute warten diese Völker auf die Schaffung eines echten Europa, das nicht an der Elbe endet und nicht mit dem Fluch der Fremdherrschaft und Erbfeindschaft belastet ist. Diese Völker, durch harte Erfahrungen geschult, halten nichts von leeren Verkündigungen und Versprechungen, hinter denen sich schlechtes Gewissen oder kriegerische Planung verbergen.

Immer dann, wenn der Glaube an die Einheit und an den Willen der Regierung zur Einheit zu erlahmen drohte, vernahmen wir feierliche Versicherungen aus deutschem und westlichem Munde. Der 17. Juni bot willkommene Anlässe zu festlichen Reden. Wir hören kaum noch hin, weil wir wissen, daß sich das „Unteilbare Deutschland" nicht mit schönen Reden wieder herstellen läßt. Auf Taten kommt es an. Wir sollten in Zukunft hüben und drüben jede Entscheidung unserer Regierungen und Parlamente unnachsichtlich danach beurteilen, ob sie der gemeinsamen Sache nützen oder schaden. Beschlüsse wie die atomare Aufrüstung müssen wir schon darum schärfstens verurteilen, weil sie die deutsche Spaltung unwiderruflich machen. Wir sollten gerade jene Verantwortlichen aufs Korn nehmen, die nach der Parole zu handeln scheinen: „Immer davon reden, nichts dafür tun". Es genügt nicht, Dementis in die Welt zu setzen, wenn sich ein regierungsnaher Publizist einmal die Freiheit nimmt, aus seinem abendländischen Herzen keine Mördergrube zu machen. Man widerlegt unbequeme Bekenntnisse nicht durch Parteiausschluß, sondern durch eine Politik der vollendeten gesamtdeutschen Tatsachen. Leider haben die vollendeten Tatsachen der Bonner Politik vor allem den Interessen der Spaltung gedient. Jene Patrioten, die sich getäuscht haben oder die getäuscht wurden wie Thomas D e h l e r, werden immer zahlreicher, sie stellen immer drängender die Frage: Was habt Ihr für das gesamte Deutschland getan? — Die Antwort aus Bonn ist Schweigen oder ein Dementi.

Hitler hat im Sommer 1944 vor den Gauleitern das schreckliche Wort gesprochen: Falls das deutsche Volk in dieser Prüfung versagen sollte, dann habe es seinen Untergang verdient. Hitler hat Millionen mit sich in den Abgrund gerissen. Aber jene, die es überlebten, sind unverdrossen ans Werk gegangen, sie haben die Städte wieder aufgebaut, die Wirtschaft in Gang gebracht und große

Werte der Kultur gerettet. Aber das gemeinsame deutsche Vaterland konnten sie nicht mit ihrer Hände Arbeit wiederherstellen. Noch ist es tragisch gespalten, durch fremde und eigene Schuld. Sollen wir das Zerstörungswerk, das unser schlimmster Feind, Hitler, begann und die Feinde von gestern weiterführten, mit eigenen, ruchlosen Händen vollenden helfen? Das wäre ein schlimmeres Verbrechen als Hoch- und Landesverrat, es wäre Verrat an unserem Volk, das unser aller Mutter ist. Vielleicht werden wir hart darum kämpfen müssen, daß dieser Verrat nicht geschieht. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo wieder die Patrioten in die Gefängnisse wandern werden, weil sie die Treue zum Volk höher stellen als künstliche Staatsprovisorien hüben und drüben. Es darf nicht geschehen„ daß der Fluch des Zerstörers Deutschlands in Erfüllung geht. Wir müssen uns die Hände reichen über alle weltanschaulichen und sozialen Hindernisse hinweg, weil doch hüben und drüben Deutsche wohnen, die zueinander wollen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Einheit der Deutschen an Ideologien scheitert, ob rot oder schwarz, denn das deutsche Volk ist älter als alle Ideologien, die uns zerrissen haben.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß einmal auf dem Grab eines großen Abendländers die Inschrift zu lesen sein wird: ALTER DESTRUCTOR GERMANIAE: Der zweite Zerstörer Deutschlands.

Dr. Hildegard Brücher, MdL

Betrachtungen zu einem Besuch bei der Nato

Ende April besuchte eine Gruppe von Professoren und Dozenten der Münchner Hochschule für Politische Wissenschaften auf Einladung der Nato Paris, um durch Besichtigungen und in zahlreichen Vorträgen über die Aufgaben und Ziele der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft unterrichtet zu werden.

Bei der offiziellen Begrüßung sagte der Direktor der Informationsabteilung, Mr. Joseph B. Phillipps, daß gerade in Deutschland Zweck und Ziel des westlichen Verteidigungsbündnisses nicht in der notwendigen Weise bekannt seien und verstanden würden. Er versicherte uns, daß keine Propagandareden gehalten würden, sondern lediglich versucht würde, uns die Dinge so zu zeigen, „wie sie nun einmal sind". Er hoffe, daß unsere Gruppe nach ihrer Heimkehr an der Bildung eines gerechten Urteils über die Nato mitwirken würde.

Nun scheint es mir ausgeschlossen, sich auf Grund eines zweitägigen Besuches ein endgültiges und „gerechtes" Urteil über die Nato bilden zu können. Dennoch möchte ich versuchen, ein paar Eindrücke wiederzugeben und Überlegungen anzustellen, die gewiß noch nicht voll ausgereift sind, wohl aber einer besseren Kenntnis und konkreteren Vorstellung entspringen, als es dem täglichen Zeitungsleser möglich ist.

Wir waren Gäste im Palais Chaillot, dem Sitz des politischen Rates der Nato, im sogenannten Shape (dem Alliierten Hauptquartier) und in Fontainebleau, dem Hauptquartier des „Abschnitts Mitte". Das Programm war auf die Minute eingeteilt und eine einigermaßen befriedigende Diskussion über auftauchende

Fragen leider kaum möglich. Die Vorträge wurden von militärischen und zivilen Fachleuten gehalten, die ausnahmslos viel von ihrem Spezialmetier verstanden, leider aber wenig Neigung verspürten (oder verspüren durften), unseren Frage- und Wissensdurst zu stillen. Ersatzweise gab es viele Cocktail-Parties mit freundlichen Gastgebern. So blieb uns schließlich nichts anderes übrig, als entweder das Gesagte zu akzeptieren oder zu versuchen, uns das Gehörte selbst zu interpretieren.

Für mich persönlich haben sich etwa folgende Diskussionsthemen ergeben:

Die Nato ist ein militärisches Verteidigungsbündnis mit politischen Konsequenzen, d. h. die militärischen Erfordernisse diktieren und prägen (und zwar zunehmend mit der militärischen Stärkung der Nato) die Politik. Nicht umgekehrt — und das ist die erste wenig tröstliche Erkenntnis in bezug auf unser weltpolitisches Pulverfaß und für die in Deutschland liegenden Zündschnüre. Vielleicht können die Militärs stolz auf dieses „Schwert und Schild" des Westens sein — den Politikern wünschte man ein leichteres Marschgepäck. Aber über das absolute Primat des Militärs macht man sich im Palais Chaillot offensichtlich nicht so viele Gedanken, und die angestrebte gemeinsame Politik der Nato-Staaten gegenüber Rußland erschöpft sich (wie auch Kopenhagen wieder erwiesen hat) — analog der ihrer militärischen „Vorgesetzten" — in der gemeinsamen Defensive.

Nun zur Verteidigungskonzeption selber, jenem uns deutsche Besucher etwas an Nibelungentreue erinnernde „Schwert und Schild". Diese Konzeption entstammt dem strategischen Studium der Weltkarte, der Überlegung, was militärisch zu geschehen hat, in welchem Umfang, und wo, um Amerika zu schützen und einem Angriff durch eine möglichst wirksame „Vergeltung" zu begegnen. Dabei sollen die Verteidigungslinien so weit als möglich nach Osten, also an den Ostblock, herangeschoben werden. So kam es, daß amerikanische Militärs (nicht Politiker) die Einbeziehung Westdeutschlands für erforderlich hielten und daß deutsche Politiker (nicht Militärs, die gab es damals noch nicht, und sie galten in der christ-demokratischen Gesellschaftsordnung als unerwünscht) dieses Angebot ohne langes Zögern annahmen. Konnte man damals schon absehen, welche politischen Folgen dieser Schritt für das geteilte Deutschland haben würde? Wenn ja, wird die CDU/CSU-Regierung die volle Verantwortung dafür treffen, was in den nächsten Jahrzehnten geschieht bzw. nicht geschieht.

Muß man also einmal die Nato als militärisches Ganzes sehen, so kann es trotzdem nicht verwehrt sein, sie speziell auf den Schutz und die Verteidigung Westdeutschlands hin zu beurteilen. Denn das in Deutschland wirkungsvollste Argument zugunsten der Nato-Politik ist es ja, daß nur ein waffen- bzw. atomwaffen-starrendes Westdeutschland uns vor einem plötzlichen Überfall schützen kann. Ich muß zugeben, daß mich dieses Argument als Laie stets beeindruckt hat. Seit Paris bin ich aber von seiner Gültigkeit nicht mehr völlig überzeugt; denn müßten nicht die gleichen Überlegungen einer besonderen militärischen Gefährdung auch für alle anderen Rußland zunächst liegenden Staaten gelten? Müßten nicht gerade all diese Staaten Schutz bei der Nato und in seiner atomaren Bewaffnung suchen? Beim genauen Studium besonders schraffierter und gefärbter Landkarten, die wir im Shape zu sehen bekamen, ist mir aufgefallen, daß gerade die „Ost"-Staaten des Westens nicht zur Nato gehören oder zumindest eine atomare Ausrüstung ablehnen. Müßten sich nicht gerade Schweden, Finnland, Österreich und die Schweiz mit ihren offenen Grenzen gegenüber dem russischer Satellitenblock mindestens ebenso bedroht fühlen? Weshalb tun sie es nicht, und weshalb lehnt z. B. Dänemark atomare Abschußrampen im eigenen Land ab? Diese Staaten gehen doch wohl von der Überlegung aus, daß ihr Bei-

tritt zur Nato wohl dem Westen insgesamt nützt, nicht aber in allen Fällen ihren eigenen Notwendigkeiten entspricht.

Und so müßte wohl auch Westdeutschland fragen, ob dieses Bündnis seiner eigenen Sicherheit auf die Dauer zuträglich ist. Im Kriegsfall wird nämlich nicht Westdeutschland verteidigt, sondern der Westen verteidigt sich von Deutschland aus und in Deutschland, was ein wesentlicher Unterschied ist. Im Bündnisfall (und die letzten Nato-Manöver sprechen auch dafür) wird Westdeutschland von der ersten Minute an zum Schlachtfeld, und man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß ihm die Rolle eines „Himmelfahrtskommandos" zugedacht ist.

Man wendet dagegen ein, daß es im Kriegsfall sowieso um uns geschehen sei — nun, streiten wir nicht darum, ob nicht Schweden, Finnland, Dänemark und die Schweiz hoffen, im Kriegsfall von direkten Atomangriffen eher verschont zu bleiben als ein mit Abschußrampen und Flugplätzen gepflastertes Deutschland — und fragen wir uns, was uns die Zugehörigkeit zur Nato im Frieden nützt, und zwar vor allem hinsichtlich der weltpolitischen Spannungen, für die die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ja nur ein anschaulicher Testfall ist.

Die politischen Auswirkungen dieses militärisch gewiß stärker werdenden Bündnissystems müssen, ob man will oder nicht, zu einer zunehmenden Erstarrung und Verhärtung des politischen Denkens in Ost und West führen. Das Ausmaß der Versteinerung der Blöcke ist mir nie so recht zum Bewußtsein gekommen wie in der Atmosphäre und Denkweise der Pariser Nato-Stellen. Man wagt es nicht, zu Ende zu denken, wie jemals das Hinaufschaukeln der militärischen „Drohungen", „Vergeltungen", „Abschreckungen" ein Ende finden soll. Es bedürfte wohl Staatsmänner vom Schlage Churchills, um diesen unheilvollen Teufelskreis zu unterbrechen. Bisher und wahrscheinlich bis auf weiteres wird das militärische Maginot-Denken immer auch das politische Maginot-Denken nach sich ziehen müssen und jede weltpolitische Entspannung unmöglich machen.

Wird es in dieser Atmosphäre jemals zu einer friedlichen Wiedervereinigung kommen können? Nach Paris muß ich sagen: Nein! Denn erst, wenn man die Unbeirrbarkeit des Nato-Kurses und das Funktionieren dieser riesigen, technisch bereits anonym gewordenen Apparatur einmal für ein paar Tage miterlebt hat, dann wird einem klar, daß Westdeutschland in diesen Block hineingeschweißt ist, sowohl wegen seiner geographischen Bedeutung für den Westen, als auch wegen seines militärisch-materiellen Beitrags. Und ich möchte beinahe annehmen, daß sich von seiten des Ostens die Sache ganz ähnlich ansehen wird. Eine Wiedervereinigung würde also für die Partner beider Bündnissysteme so viele militärische Nachteile mit sich bringen, daß kein einziger ernstlich daran interessiert sein kann und darf. Ein amerikanischer Offizier fragte mich im Privatgespräch, ob ich ernstlich glaube, daß selbst wenn Amerika und Rußland auf ihren Partner West- resp. Ostdeutschland verzichteten, diese Teilstaaten politisch genügend Kraft aufbringen würden, um nach Jahren des „Krückengehens" bei ihren jeweiligen Schutzblöcken wieder auf eigenen gesamtdeutschen Füßen zu stehen?

Auch über diese Konsequenzen aus dem Nato-Bündnis scheint sich meiner Ansicht nach die deutsche Öffentlichkeit in zunehmender Weise klar werden zu müssen. Im Grunde sagen Menschen wie der Chefredakteur Wenger vom „Rheinischen Merkur" nur die bittere Wahrheit, wenn sie aussprechen, daß Westdeutschland auf die Wiedervereinigung verzichten müsse. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann der CDU-Führung der Zeitpunkt günstig erscheint, der deutschen Öffentlichkeit diese harte Wirklichkeit nicht länger zu verschweigen.

Ich habe mich bemüht, herauszufinden, welche Planungen im Rahmen der Nato zum Schutz der Zivilbevölkerung vorgesehen sind. Dies sei, so mußte ich erfahren, ausschließlich Sache der Landesverteidigung, was so viel heißt, daß die „Schwert- und Schild"-Konzeption erdacht ist, ungeachtet des Schicksals von Frauen und Kindern. Man muß annehmen, daß ganze Landstriche vor der totalen Vernichtung nicht geschützt werden können, und gerade in diesem Zusammenhang berührte mich die in beinahe jedem Vortrag wiederkehrende Phrase: „Wir lieben den Frieden — aber mehr noch lieben wir die Freiheit" besonders unangenehm. Was mag das für eine Freiheit sein, die auf solch unmenschliche Weise erkauft werden soll, und wer wird sie „genießen"?

Auch über die Versorgungshilfe für strahleninfizierte Soldaten war wenig Konkretes zu erfahren: „eingraben" und „ablegen" verseuchter Kleidung scheint nicht gerade ausreichend zu sein, um Hunderttausenden von Menschen, die mehr oder weniger durch tödliche Strahlungen bedroht sind, ausreichend zu helfen.

Diese und andere Fragen zeigten, daß für den Ernstfall die „Vergeltungsmaschinerie" mit äußerster Präzision arbeiten wird und daß dabei alle anderen Fragen und Probleme sekundär sind. So kommt einem das Ganze schließlich vor wie ein Schild- und Schwertbürgerstreich.

Paul Schallück

Terror der Phantasielosigkeit

Am 2. April 1958 stellte sich in München das „Komitee gegen Atomrüstung" der Presse vor. Zum vorläufigen Sprecher des Komitees war der Schriftsteller Hans Werner Richter gewählt worden. Er wies vor der Presse darauf hin, daß das Komitee mittellos und auf Unterstützungen angewiesen sei. Am Tage darauf erschien in der „Süddeutschen Zeitung" der Bericht „Alarmruf gegen die Atomgefahr", mit der Unterzeile „Spenden erbeten". Am gleichen Tage wurde Richter darauf hingewiesen, daß Spendenaufrufe genehmigungspflichtig seien. Unverzüglich reichte er beim Bayerischen Innenminister einen Antrag ein. Zu Spendenhilfen rief er nicht mehr auf. Am 17. April beauftragte der Staatsanwalt das Münchener Polizeipräsidium, die Verantwortlichen für den Spendenaufruf zu ermitteln. Am 24. April erwirkte die Kriminalpolizei beim zuständigen Ermittlungsrichter Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse. Am 27. April wurde der eingegangene Betrag des Spendenkontos sichergestellt. Am 29. April legte Innenminister Bezold (FDP) Richters Gesuch dem Bayerischen Kabinett vor. Das Kabinett lehnte den Antrag ab (CDU). Innenminister Bezold begründete die Ablehnung damit, das „Komitee gegen Atomrüstung" sei kein eingetragener Verein und „keine Organisation zu karitativen oder gemeinnützigen Zwecken". Am 30. April, morgens gegen 8 Uhr, erschienen in Richters Wohnung zwei Kriminalbeamte; vier Beamte warteten draußen in ihrem Wagen. Sie waren angewiesen, „sämtliche Habseligkeiten" zu durchsuchen, alles zu beschlagnahmen, was mit dem Komitee zu tun habe. Als sie auch die Privatpost zu durchsuchen begannen, protestierte Richter und wollte mit seinem Anwalt sprechen. Die Beamten rissen ihm den Telefonhörer aus der Hand und machten ihn darauf aufmerksam, daß er, solange Kriminalpolizei im Hause sei, mit niemandem telefonieren dürfe. Zur gleichen Zeit wurden das Büro des Komitees und die Buchhandlung

Ludwig, wo Listen zu Spendeneintragungen auslagen, in Abwesenheit des Besitzers durchsucht. Alle Listen und Zahlungsunterlagen wurden beschlagnahmt.

Das Spendengesetz, auf das sich der Innenminister berief, stammt aus dem Jahre 1934. Es war von den Nationalsozialisten zu dem Zwecke erlassen worden, um den Katholiken Spendenaufrufe und Sammlungstätigkeit unmöglich zu machen. Das Gesetz wurde bislang nicht aufgehoben; es hat also seine Gültigkeit. Es bleibt allerdings ein kurioses Geheimnis, warum der Innenminister dem bestehenden Gesetz allein nicht traute, sondern sich auch noch, was den Gepflogenheiten widerspricht, der Zustimmung des Kabinetts versicherte. Wenn die juristische Untersuchung ergibt, daß sich die Kriminalbeamten in Richters Wohnung korrekt verhalten haben, daß sie alle Vorschriften, die ein sehr detailliertes Gesetz vorsieht, beachteten, daß sie dem Durchsuchten verbieten konnten, seinen Anwalt anzurufen, dann — aber auch erst dann — dürfte die juristische Seite dieser Angelegenheit unanfechtbar sein.

Es fragt sich jedoch, ob der „Fall Richter" nur eine juristische Seite hat, ob wir dem Bayerischen Ministerpräsidenten Seidel glauben sollen, der beteuerte, es habe sich um „keine politische, sondern um eine rein juristische Maßnahme" gehandelt, „da mußte der Staatsanwalt eingreifen, das war seine Pflicht." Ohne Zweifel konnte er eingreifen. Aber es widerspricht durchaus der Rechtsgepflogenheit, bei Delikten solcher Art und Größenordnung unverzüglich und rigoros zum Äußersten zu greifen.

Hans Werner Richter ist kein Krimineller, kein Kommunist; man kann ihm weder Hoch- noch Landes- noch sonst einen Verrat nachsagen. Und die Gründung eines „Komitees gegen Atomrüstung" ist hierzulande vorerst noch kein strafwürdiges Vergehen. Warum hat man den Sprecher des Komitees nicht vorgeladen und ihn auf die Ungesetzlichkeit des Spendenaufrufs hingewiesen? Warum hat man nicht Aufschlüsse verlangt, bevor man zum härtesten Mittel griff? Warum mußte man nach polizeistaatlicher Manier ein Holzhammer-Verfahren wählen? Warum mußte man den Schriftsteller Hans Werner Richter behandeln wie einen Kriminellen?

Mit schikanösen Mitteln

Man kommt nicht umhin, die „juristische Maßnahme" ein schikanöses Mittel mit politischen Motiven zu nennen. Der Ungesetzlichkeit hätte man mit normalen juristischen Mitteln beikommen können; der Bewegung gegen die atomare Ausrüstung indessen nicht. Und sie allein wollte man treffen. Denn diese Bewegung ist den Regierenden in Bonn ein Dorn im Auge, ein Ärgernis für ihr christ-demokratisches Gewissen. Sie wissen, daß diese Bewegung nicht das Gezeter einiger „Asphaltliteraten" ist, wie man kritische Schriftsteller schon wieder zu beschipfen pflegt, sondern die Erregung von Geistigen aller Berufe und von 80 % der Bevölkerung dazu. Die Kriminalpolizei in München hat rund 2000 DM Spendengelder beschlagnahmt. Vor allem aber hat sie die Spendenlisten an sich gerissen, vermutlich um herauszufinden, ob sich nicht ein Kommunist darin entdecken ließe, so daß man die ganze Richtung als eine kommunistisch gesteuerte hätte diffamieren können. Solche Manipulationen, die bis zum Rufmord gehen, gehören zu den Alltäglichkeiten unseres bundesrepublikanischen Alltags. Es ist weder skurril noch abwegig, von einer ersten Polizeiaktion gegen die Gegner der atomaren Bewaffnung zu sprechen. Wir müssen das Datum des 30. April 1958 im Gedächtnis bewahren als den Tag, an dem zum ersten Male nach 1945 in aller Öffentlichkeit eine juristische Aktion der offiziellen Politik dienstbar gemacht wurde.

Dem „Komitee gegen Atomrüstung" wurde die Erlaubnis für eine Spendensammlung versagt. Unsere Regierung aber setzt 2 Mill. DM ein für ihre Gegenaktion „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt". Woher hat die Regierung diese 2 Mill. Mark? Sind das Gelder, die wir alle, die Steuerzahler, haben opfern müssen? Ist die Regierung berechtigt, Steuergelder zu solchen propagandistischen Aktionen auszugeben? Wenn es sich nicht um Steuergelder handelt, wer hat dann der Regierung diese erkleckliche Summe gespendet? Gibt es keinen mutigen Staatsanwalt, der die Regierung danach fragt, der den Sprecher des Komitees „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" vorlädt und ihn um Aufschluß bittet? Wir erwarten nicht, daß sich ein Staatsanwalt findet, der einen Richter um Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse ersucht, daß Kriminalbeamte morgens gegen acht Uhr in die Wohnung des Sprechers eindringen, um „sämtliche Habseligkeiten" zu durchsuchen, daß einer der Beamten dem Sprecher untersagt, seinen Anwalt anzurufen, indem er ihm den Telefonhörer aus der Hand reißt. Aber wir erwarten, daß man mit „rein juristischen Maßnahmen" die Quellen der 2 Mill. DM untersucht.

Die Menschheit ist tötbar

Nach meiner Auffassung ist Schreiben, Dichten so etwas wie Namengebung, den unbenannten Dingen einen Namen geben, z. B. dem „Fall Richter" den Namen Politischer Skandal, dem Befehl, der eine Atombombe auslöst, den Namen Mord, und dem Beschluß, ein kleines Land wie die Bundesrepublik mit Atomwaffen auszurüsten, den Namen Selbstmord! Dichter und Schriftsteller früherer Zeiten durften wohlklingendere Namen ersinnen. Aber die Welt hat sich gewandelt. Um das Ausmaß der Wandlung deutlich zu machen, möchte ich einen kleinen Vergleich anführen.

Als Galileo Galilei um 1600 durch eines der ersten Fernrohre blickte, entdeckte er eine Welt, die den meisten Menschen weder faßbar noch vorstellbar war. Bis dahin glaubten die Menschen des Abendlandes, die Erde sei der Mittelpunkt der Welt. Das war ein Glaubenssatz, die Heilige Schrift bewies ihn, es gab keinen anderen Beweis. Dann aber kam jemand und sagte: Ich schaue durchs Fernrohr und weiß, daß sich die Erde bewegt, daß sie nicht der Mittelpunkt der Welt ist. Philosophen und Theologen weigerten sich, dieser Erkenntnis zu folgen, sie weigerten sich sogar, durchs Fernrohr zu schauen, sie sagten: Wir finden die Wahrheit in der Schrift, die Bibel beweist uns, daß Galilei ein Phantast ist. Aber ihr Denkgebäude brach zusammen, weil es überholt war.

Wir befinden uns in einer ähnlichen Situation. Der Galilei unserer Tage, wir können ihn Einstein nennen oder Niels Bohr, Planck oder Heisenberg, sagt nicht: Und sie bewegt sich doch, er sagt: Die Menschheit ist tötbar. Wir müssen begreifen lernen, daß die Menschheit, die Gattung Mensch, getötet werden kann, nicht etwa von einer Pest, oder von der gläubig erwarteten Apokalypse, sondern vom Menschen selbst, durch das, was sein Scharfsinn, sein Erfindergeist geschaffen haben. Der Mensch kann die Apokalypse herbeirufen, er kann die gesamte Menschheit töten.

Es scheint mir erforderlich, ein wenig über die Wirkung der Atombomben zu sprechen, wenn wir diese Erkenntnis begreifen wollen. Taktische Atomwaffen, von denen heute so viel gesprochen wird, sind in ihrer Wirkung nichts anderes als die A-Bomben, die über Hiroshima und Nagasaki gezündet wurden, sie sind sogar gefährlicher, weil man sie mit Kanonen abschießen kann. Von solchen Atombomben und -geschossen existieren bereits mehr als 40 000 Stück, und mit solchen Geschossen soll die Bundeswehr ausgerüstet werden. Ich brauche die Einzelheiten der Zerstörungen nicht aufzuzählen. Wir wissen, daß es in Hiro-

shima 240 000 Tote gab, durch eine Bombe, daß noch heute Menschen an den radioaktiven Verseuchungen sterben, daß noch heute Fehl- und Mißgeburten auf die Auswirkungen der Bombe zurückzuführen sind, daß niemand sagen kann, ob in 50 oder erst in 100 Jahren die biologischen Folgen den Nachfolgenden mit Schrecken sichtbar werden.

Die neue aber, die H-Bombe, ist tausendmal so wirkungsvoll. Eine H-Bombe pulverisiert bei ihrer Explosion im Umkreis von 15 km sämtliche Gebäude; im Umkreis von 80 km werden ungeschützte Personen tödliche Verbrennungen erleiden; bei normalen Witterungsverhältnissen wird die Gegend in einem Umkreis von 240 km radioaktiv verseucht. Eine H-Bombe auf das Ruhrgebiet abgeworfen, kostet Millionen Menschen das Leben. Mit 6 raffiniert gesetzten H-Bomben kann die gesamte Bundesrepublik vernichtet werden. Die Strategen der Stabsübung „Schwarzer Löwe" 1957 rechneten damit, daß im Kriegsfalle auf Mitteleuropa rund 100 H-Bomben abgeworfen würden. — Ich könnte noch viele Einzelheiten vorbringen, die alle nicht der Phantasie eines Schriftstellers, sondern den Berechnungen von Wissenschaftlern entstammen. Aber diese wenigen Tatsachen reichen aus, um die Behauptung zu stützen, daß die Menschheit tötbar ist.

Galilei hatte gesagt: Und sie bewegt sich doch. Damit war die Grundlage der damaligen Weltanschauung und auch der politischen Macht erschüttert. Galileis Entdeckung forderte von den Menschen, daß sie ihre Denkmethode überprüften, daß sie umdenken lernten. Genau das wird von uns verlangt, angesichts der Erkenntnis, daß die Menschheit tötbar ist, um ein Millionenfaches dringlicher. Wir sehen keine andere Möglichkeit mehr. Die Politiker hatten nicht umdenken gelernt, sie richteten sich nicht nach den Erkenntnissen der Naturwissenschaftler, sie nahmen nicht zur Kenntnis, daß die Menschheit schon mit der ersten Atombombe tötbar war; sie sagten: Wie die Welt beschaffen ist, bestimmt die Politik. Also ließen sie die erste Bombe explodieren und hatten damit den Selbstmord der Menschheit bereits begonnen. Wir müssen umdenken lernen.

Es geht um die Einsicht, daß mit den technischen Möglichkeiten die Welt unter den bisherigen Vorstellungen nicht erhalten werden kann, daß die bisherige Denkart von Macht und Herrschaft, von Feind, Auseinandersetzung, von Stärke, Verteidigung, Strategie, Diplomatie, Souveränität, Nationalität und Abschreckung endgültig veraltet, lebensgefährlich ist. Diese Vorstellungen sind Fußgängern vergleichbar, die es an Geschwindigkeit mit einem Düsenjäger aufnehmen wollen.

Phantasie

Was wir vor allem brauchen ist: Vorstellungskraft, Phantasie, damit wir uns vorstellen können, daß der Atomkrieg als Mittel zur Auseinandersetzung der Völker unbrauchbar, wahnsinnig, undenkbar geworden ist. Das bisherige politische und militärische Denken ist dem Wissen und Können der Menschen nicht mehr angemessen. Die Rezepte der Regierenden, zumal der Regierenden in Bonn, sind noch immer die des vorigen Jahrhunderts, die dem Fahrrad, nicht aber der Langstreckenraketen angemessen sind, dem Vorderlader, nicht aber der Wasserstoffbombe. Sie sind keine Bösewichte, keine Unmenschen, die uns alle vernichten möchten. Sie wollen allen Ernstes die kriegerische Auseinandersetzung mit dem Osten vermeiden — aber, daß sie die Möglichkeit einkalkulieren, daß sie noch immer von „kriegerischen Auseinandersetzungen" statt von Selbstmord sprechen, das beweist, daß ihre Vorstellung veraltet, ihre Phantasie eingeschrumpft ist. Sie wollen Wohlstand, Frieden, Freiheit für unser Volk und die Welt; man kann sie nicht des bösen Willens bezichtigen — wohl aber der politischen und moralischen Phantasielosigkeit.

Ihre Phantasie setzt schon gegenüber den Versuchsexplosionen mit Atombomben aus. Immer öfter ziehen auch am deutschen Himmel Wolken auf, die stundenlang radioaktive Strahlen herabschicken. Wolken aus Ost und West. Winzige Wassertröpfchen haben tödlich-radioaktiven Staub aufgenommen, der jahrelang die Erde umkreist. Aber unsere Regierenden können es sich nicht vorstellen. Mit Atemluft und Nahrung nimmt der Mensch Tag für Tag Spuren radioaktiver Stoffe in sich auf. Wirken größere Strahlenmengen über längere Zeit ein, dann ist eine Katastrophe unausbleiblich, auch wenn niemals Bomben kriegerisch gezündet wurden. Aber unsere Regierenden können es sich nicht vorstellen. Die eigentlichen Gefahren bestehen nicht einmal im bereits bekannten Strahlenkrebs; obgleich sich schon jetzt ausrechnen läßt, daß die Zahl krebsartiger Erkrankungen des Knochenmarks — besonders bei Kindern — im Laufe der nächsten Jahre zunimmt, ebenso die Zahl der erbkranken Idioten, der verkrüppelten Kinder. Die Britische Atom-Energie-Kommission hat errechnet, daß die Bikini-Versuche 50 000 Krebsfälle hervorrufen werden. Unendlich viel tückischer sind die Folgen, die sich in den kommenden Jahrzehnten zeigen werden. Und darüber können keine Untersuchungen angestellt werden. Ein einziger Eßlöffel radioaktiven Strotiums 90, gleichmäßig über die Erde verteilt, ergibt für jeden Menschen eine Strahlendosis, die das Dreifache der heute als zulässig angesehenen Menge ausmacht. Aber unsere Regierenden können es sich nicht vorstellen. Oder wollen sie nicht? Linus P a u l i n g, amerikanischer Chemie-Professor und Nobelpreisträger, hat auf Grund jahrelanger Tierversuche festgestellt, daß schon heute jede Atomversuchsexplosion den frühzeitigen Tod oder die lebenslange geistige Umnachtung von 15 000 Kindern verursacht. Die englische Regierung hat bekanntgegeben, daß es gegen die Atomwaffen absolut keinen Schutz gibt. Aber unsere Regierenden und Militärs können es sich nicht vorstellen, ihre Phantasie ist verknöchert.

Weil ihre Phantasie nicht mitgekommen ist, können sie angesichts dieser Tatsachen noch immer von Prestige, Verteidigungsbereitschaft sprechen, von sauberen und taktischen Atomwaffen, von Stärke, Vergeltung, Abschreckung. Weil ihre Phantasie überholt ist, konnten sie die Mahnung der 18 Göttinger Professoren, die dem Bundeskanzler die versteinerte Phantasie aufzuknacken versuchten, mit der linken Hand beiseite schieben und sagen: Ihr habt keine Ahnung von Politik. Darum sind bislang alle Warnungen fruchtlos geblieben; darum können sie sich beleidigt fühlen, wenn man ihnen sagt, daß ihr Gewissen mit der Kraft einer neuen Phantasie geschärft werden muß. Sie spielen noch immer das Spiel des Entweder — Oder: entweder Kapitulation vor dem Kommunismus, oder Atomaufrüstung; entweder tot oder Sklave. Und sie können sich nicht vorstellen, daß es keine Alternative mehr gibt. Sie sprechen von Sicherheit und verstehen nicht, daß es für uns keine andere Sicherheit gibt als die Umkehr, das in die Tat umgesetzte Nein zu den atomaren Waffen.

Weil ihre Phantasie verknöchert ist, haben sie keine Vorstellung von dem Ausmaß der Erregung, die seit dem Bundestagsbeschluß in unserm Volk unübersehbar ist. Weil sie keine Vorstellung haben, konnten sie — auf welchem Wege auch immer — die Erlaubnis eines Richters einholen, um die Wohnung des Schriftstellers Hans Werner Richter zu durchsuchen und die Spendenlisten zu beschlagnahmen, und hoffen, damit eine Erregung zu ersticken, vor der sie unsäglich Angst haben.

Sie sagen: Wir können uns doch nicht von unseren Freunden jenseits des Ozeans verteidigen lassen, und verstehen nicht, wie entsetzlich albern sich diese Nibelungentreue ausnimmt vor den 6 H-Bomben, die ganz Westdeutschland von der Landkarte verschwinden lassen. Sie gebrauchen das Wort „Atomkopf". Welch

niedliche Bezeichnung für ein Mittel zum Selbstmord! Und sie können oder wollen sich nicht vorstellen, daß die Menschheit mit diesen Köpfen tötbar ist. Sie haben sich einen Sprachgebrauch zurechtgelegt, der allenfalls zur Vernichtung von Ungeziefer brauchbar wäre. Ihr Sprachgebrauch und dementsprechend ihr Handeln werden von einem reaktionären, geistlosen Schema des Gewaltdenkens diktiert. Sie verstehen nicht, daß die phantasieloseste, gefährlichste Phrase heute so lautet: Man muß den Krieg vorbereiten, wenn man den Frieden will.

Sie kaufen Selbstmordinstrumente ein, von denen sie wissen, daß sie sie im Ernstfall nicht anwenden können. Weil ihre Phantasie diesem Tatbestand nicht zu folgen vermag, erfinden sie sich Zuckerübergüsse, die verteufelt nach Lüge schmecken, und sie sprechen, wie es Bundeskanzler A d e n a u e r getan hat, von einer „weiterentwickelten Artillerie". Wir wissen jetzt, wie wir den geradezu wahnsinnigen Satz unseres Verteidigungsministers verstehen müssen: „Das Echo auf den ersten feindlichen Gewehrschuß wird eine nukleare und thermonukleare Explosion sein." Wenn eine einzige Nation bewußt auf die Anwendung, auf die Anschaffung der Selbstmordinstrumente verzichtet, so erleichtert sie damit anderen einen gleichen Verzicht. Darum verlangen wir von unserer Regierung, daß sie auf Atomwaffen verzichtet!

Bevor das westdeutsche Parlament seinen Segen gab, atomare Selbstmordinstrumente in die Bundeswehr einzuführen, hatte der Verteidigungsminister bereits mit den Lieferanten verhandelt. Welch eine entsetzliche Verachtung des Parlaments, der Demokratie und des Volkes dazu! Wir haben Grund, den Verteidigungsminister für einen ehrenwerten Mann zu halten, aber auch die Verpflichtung, den großen Worten dieses Mannes zu mißtrauen.

Man hat der Bewegung „Kampf dem Atomtod" mehrfach vorgeworfen, sie schaffe ein Klima der Demagogie, sie wolle Panik hervorrufen. Sind wir es, die den Menschen Angst machen? Sind es nicht vielmehr die Regierenden und Militärs, die uns mit ihrer politischen und moralischen Phantasiearmut eine schreckliche Angst einjagen? Sind sie es nicht, die hinter dem Haussuchungsbefehl in München stehen, die damit Panik heraufbeschwören, so daß wir alle fürchten, eines Tages auch eine Haussuchung über uns ergehen lassen zu müssen, auch tatenlos zusehen müssen, wenn man uns den Telefonhörer aus der Hand reißt, so wir unsern Anwalt zu Hilfe rufen wollen?

V o x p o p u l i, V o x R i n d v i e h

Warum wundern sich die Regierenden, daß das Volk aufbegehrt? Im Augenblick scheint es, daß sich das Volk, immer als Masse beschimpft, einsichtiger, phantasievoller verhält als die Regierenden. Sie selbst haben oft darüber geklagt, unser Volk tue sich schwer mit der Demokratie. Und nun, da sich das Volk, weil es anscheinend die Demokratie zu begreifen beginnt, um Politik kümmert, da es bereit ist, die Demokratie von sich aus zu verwirklichen, nun sagen sie: Das ist unsere Sache, ihr habt uns mit eurer Wahl die Vollmacht gegeben. Stimmt das? Haben die Wähler der gegenwärtigen Regierung mit ihrer Wahl die Vollmacht zur atomaren Aufrüstung gegeben?

Die Bundesregierung hat im Petersberger Abkommen 1949 hoch und heilig abgestritten, daß es wieder eine Aufrüstung geben wird. Am 10. Mai 1957 hat der Verteidigungsminister vor dem Bundestag erklärt:

„Ich darf sagen: Es gilt hier in aller Deutlichkeit herauszustellen, daß die Frage der Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen — wobei sowieso nur amerikanische Produktion in Betracht käme — überhaupt nicht zur Debatte steht."

Bundeskanzler Adenauer sagte am gleichen Tage vor dem Bundestag:

„Noch ein Wort zu der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Wenn man das hört, sollte man glauben, morgen oder übermorgen werde unsere ganze Bundeswehr mit Atomwaffen bis dorthinaus bewaffnet. Keine Silbe ist von einer solchen Vorstellung richtig. Die Frage ist überhaupt noch nicht spruchreif. Sie hat sich noch gar nicht gestellt. Ich wiederhole und sage das auch der deutschen Öffentlichkeit: Die Frage, ob wir Atomwaffen bekommen werden oder ob wir sie nicht bekommen werden, ist noch gar nicht spruchreif."

Im Sonderdienst der CDU „Außenpolitik im Wahlkampf — Ein außen- und wehrpolitischer Leitfaden für den Gebrauch im Bundestagswahlkampf 1957" steht zu lesen:

„Die Bundesregierung beabsichtigt keine Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Das ist in der Regierungserklärung vom 10. Mai 1957 im Bundestag deutlich gesagt worden . . . England stellt seine Armee von der herkömmlichen auf Atombewaffnung um. Die Bundeswehr dagegen wird ohne Atomwaffen aufgerüstet. Daher muß sie genügend groß sein, um auch ohne diese einen starken Schutz zu bieten ... Die SPD behauptet: Die CDU bereitet systematisch die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen vor. Das trifft keineswegs zu. Im Gegenteil sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer am 10. Mai 1957 vor dem Bundestag: ‚Ich möchte sagen, daß die Bundesregierung keine atomaren Waffen gefordert hat, daß sie entschlossen ist, an der Erklärung festzuhalten, die sie seinerzeit auf der Londoner Konferenz im Oktober 1954 abgegeben hat' ... Auf der Londoner Konferenz hat die Bundesregierung Verzicht auf die sogenannten ABC-Waffen geleistet, atomare, biologische und chemische Waffen. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wird also nicht von der CDU angestrebt."

Mit solchen Parolen wurde der Wahlkampf 1957 der Regierungspartei geführt. Und nun wundert sich die Regierung, daß das Volk aufbegehrt und sagt: Das war ein Betrug, ihr wolltet unsere Stimme für die atomare Ausrüstung. Jetzt wundert sich die Regierung, daß mit einer Volksbefragung geklärt werden soll, ob die Wähler mit dieser Ausbeutung ihrer Stimmen einverstanden sind. Eine Volksbefragung würde unsere schwache Demokratie stärken, das Volk nämlich endlich beteiligen an den Dingen, die sein Leben betreffen. Aber die Regierenden beginnen, die allmählich anlaufende Demokratie zu untergraben, sie zu verleugnen. Sie torpedieren die Volksbefragung, sie sagen: Das ist gegen das Grundgesetz. Eine Volksbefragung kann nicht den Staat, die Demokratie gefährden — vielleicht jedoch die gegenwärtige Regierung — und das sind zwei verschiedene Dinge. Die Regierenden in Bonn sollen sich nicht einbilden, sie allein schon seien Staat oder Demokratie. Sie sind beauftragt vom Volke, und sie haben Rechenschaft abzulegen und das Volk zu hören, nicht nur durch die Muschel der Wahlurne. Sollte eines Tages eine andere Partei die Regierung bilden, dann werden wir zu ihr genau so zu sprechen haben. Das Verhalten der gegenwärtigen Regierung entspricht der Verballhornung eines ernsten Satzes, der dann so lautet: Vox populi, vox Rindvieh.

Volksbefragung

Dr. Heinemann (SPD) sagte in der Sitzung des Bundestages am 25. 4. 1958, in der die SPD einen Gesetzentwurf zur Volksbefragung über die atomare Bewaffnung Westdeutschlands einbrachte:

„Aber nun noch etwas zur Praxis. Es gibt ja eine außerparlamentarische Praxis von Volksbefragung. Sie ist nicht groß, aber sie ist eindeutig, sehr eindeutig. Im Juli 1950 wurden Volksbefragungen in der Bundesrepublik zum Thema:

Eintritt in den Europarat oder nicht? veranstaltet. Durchgeführt wurde die Volksbefragung in Breisach am 9. Juli 1950, in Castrop-Rauxel am 16. Juli 1950 ... Der CDU-Sprecher, Bürgermeister Hilke von Castrop-Rauxel, sagte u. a.: ‚Wenn die Regierungen und die Politiker zögern, dann müssen sie durch das Volk zur Tat aufgerufen werden.' Aber noch interessanter mag sein, daß sich ein Mitglied Ihrer CDU-Fraktion auch an diesem Propagandakampf in Castrop-Rauxel beteiligte. Es war der damalige Ministerpräsident und jetzige Abgeordnete Karl Arnold. Karl Arnold sagte in Castrop-Rauxel: ‚Die Bevölkerung dieser Stadt ist aufgerufen, am morgigen Tag eine überaus ernste und bedeutende Entscheidung zu treffen ... Durch euer Ja sollt ihr daran mitwirken, daß die Organisation Europas, die so verheißungsvoll eingeleitet worden ist, beschleunigt vorwärts getrieben wird. Das Ja von Castrop-Rauxel ist das Ja der Ruhr, ist das Ja des Werkvolkes.' Der Sprecher des deutschen Gewerkschaftsbundes — nebenbei bemerkt: Das Vorstandsmitglied Rosenberg — wies damals darauf hin, daß je und dann auch ein Druck auf die Vertreter des politischen Lebens ausgeübt werden müsse, nämlich endlich das Richtige zu tun. Er sagte: ‚Deshalb sind wir heute hier, und wir wollen Sie auf die Möglichkeit hinweisen, die Stimme des Volkes, des einzelnen Menschen klar und eindeutig zur Geltung zu bringen.'

Meine Damen und Herren, damas kam kein Mensch auf den Gedanken, diesen Vorgang in Castrop-Rauxel von Aufsichts wegen zu stören. Eine kommunale Frage war das ja nicht, worüber in Castrop-Rauxel abgestimmt wurde. Es gab damals keinen Bundesminister des Inneren, der da erklärte, der Vorgang sei verfassungswidrig und man werde mit allen Mitteln dagegen einschreiten."

Bundesinnenminister Schröder antwortete Dr. Heinemann, es habe sich in Castrop-Rauxel um eine mehr oder weniger sportsmäßige Veranstaltung gehandelt.

Dürfen diejenigen, die einmal so sprechen und einmal so, die einmal so handeln und einmal so, die gegen die Europabefragung nichts einzuwenden hatten, sich aber mit allen Mitteln gegen die Atombefragung wenden, die gegen das Münchener Komitee eine Haussuchung ansetzten, selbst aber 2 Millionen Mark für den eigenen „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" verbrauchen, dürfen diejenigen noch länger die Geschicke unseres Volkes lenken? Die Regierenden werden umdenken, oder von der Regierungsbank verschwinden müssen. Phantasiearme Menschen dürfen heute keine Politik mehr machen.

Minister Dr. h. c. Arno Hennig

Kulturpolitik?

Gibt es schon Kulturpolitik? Zu dieser seltsam und paradox klingenden Fragestellung besteht hinreichender Grund, wenn man den Begriff Kulturpolitik gewissenhaft erwägt. Kulturpolitik gibt es dann, wenn man, wie Wilhelm Wundt, unter Kultur die Summe der Lebenstechniken der Völker und unter Politik, mit Karl Schmitt, ein Freund-Feind-Verhältnis versteht, in dem eine Menschengruppe die andere übermächtigt und ihr ihren Willen aufzwingt.

Eingestanden oder nicht: Diese Begriffsbestimmungen standen nicht nur zu Zeiten in hohen Ehren, sie sind auch heute noch weithin gängige Münze, die in der Praxis des öffentlichen Lebens als Zahlungsmittel gilt. Wer sich ihrer bedient,

wird die Frage, ob es schon Kulturpolitik gibt, entweder lächerlich oder befremdlich finden.

Versteht man aber unter Kultur, etwa in Anlehnung an Schillers „Briefe über ästhetische Erziehung", einen lebendigen Vorgang der Umgestaltung der dinglichen und geistigen Umwelt des Menschen und seiner selbst in der Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft, verwirft man das Jahrtausende lang als das Wesen der Politik angesehene Freund-Feind-Verhältnis und bekennt man sich dazu, daß die Politik nicht Herrschaft über Menschen sei, sondern Dienst am Menschen und an der gerechtesten, fruchtbarsten und vernünftigsten Form des Zusammenlebens der Menschen — dann muß man bezweifeln, ob es schon Kulturpolitik gibt, es sei denn in schwachen Ansätzen.

Es wird Kulturpolitik als wirkungsstarke Kraft erst geben, wenn die Politik als Dienst am Menschen sich immer und überall den ethischen Normen unterwirft, ohne die der Mensch die Welt und sich selbst nicht zur Würde des Daseins hinaufläutern kann. Dann ist das, was wir heute Politik nennen, nur ein angewandter Spezialfall der Kulturkräfte, und die Kulturpolitik ist Wirklichkeit geworden.

All unser heutiges Bemühen, das wir als Kulturpolitik bezeichnen, steht im Dienste dieses Zieles oder sollte es tun.

Diese Kulturpolitik in bescheiden eingeschränktem Sinne setzt voraus, daß der Mensch bildsam sei und daß ein Leitbild besteht oder wenigstens möglich sei, das von einer relativ großen Mehrzahl der Menschen anerkannt wird.

Dieses Bild vom Menschen hat sich im Laufe der überschaubaren Geschichte sichtbar gewandelt. In den Dialogen P l a t o n s ist deutlich zu sehen, wie damals die griechischen Menschen ihre geistige Existenz um das Gewissen erweitern. Mit dem Christentum wird der unabdingbare Wert jeder Menschenseele erkannt. Seit der Aufklärung macht der Intellekt eine erstaunliche Entwicklung durch. Seit dem 18. Jahrhundert umreißt der philosophische Materialismus ein mechanistisches Bild vom Menschen, das wohl am deutlichsten zutage tritt in dem berühmten Satz von H e l m h o l t z : Die Physiologie, also die Lehre vom Leben, ist die Zurückführung der Gesetze des Lebens auf die Gesetze der Physik und der Chemie. Das biologische Menschenbild, das im Menschen das vollkommenste Säugetier, das schönste oder auch entartetste aller Raubtiere sehen wollte, entstand aus dem gleichen Streben nach Verneinung von Geist und Seele, dessen Anfänge freilich ein rundes Jahrtausend zurückliegen.

Durch die Katastrophen zweier Weltkriege, durch Diktaturen, die auf Rasse und Gewalt gegründet waren, durch technische Triumphe im Dienste der Zerstörung ist ein Erschrecken durch die Menschenwelt gegangen und eine gewisse Besinnung eingetreten auf die vergessene Dreiheit des Menschen aus Geist, Seele und Leib. Die verantwortungsvolle Entscheidungsfreiheit des Menschen zwischen Richtig und Falsch, zwischen Schön und Häßlich, zwischen Gut und Böse ist als das eigentliche Wesensmerkmal des Menschen wiedergefunden.

Die Quellkräfte der geistigen Existenz des Menschen sind der Spieltrieb des Kindes, aus dem Gestaltungsvermögen und Kunst hervorgehen; die Neugier des Kindes, aus der Forschung und Wissenschaft entstehen; Furcht und Ehrfurcht, aus denen Vertrauen, Weltgefühl, Religiosität erwachsen.

Es ist die vornehmste, ewig neue Aufgabe aller öffentlichen Erziehung, den jungen Menschen, in enger Zusammenarbeit mit den natürlichen Erziehern, diese Werte und Kräfte zu erschließen, sie zum Gebrauch zu ermutigen und ihr Leben an diesen Leitbildern emporzuläutern.

Die Sorge, daß darüber die realen, die physischen Grundlagen des Daseins zu kurz kommen könnten, ist schwach begründet: Das natürliche Vorteilsstreben

des Einzelnen, das vordringliche Interesse der Gesellschaft am hinreichenden, ja reichlichen Sozialprodukt wird sich immer die gebührende Beachtung erzwingen. Es ist sehr bezeichnend für das Gewicht utilitaristischer Gesichtspunkte, daß vermeintliche Bildungsvorzüge vielfach in handfesten Gehaltsansprüchen geltend gemacht werden und daß sich unter allen offenen Fragen unseres Schullebens die Förderung des technischen Nachwuchses so rasch, so gründlich und so widerspruchslos durchgesetzt hat.

Das mechanistische Bild vom Menschen ist zwar mit dem philosophischen Materialismus verblichen. Doch sind noch immer die Bildungsziele des didaktischen Materialisums in Geltung. Die Schuljugend, ihre Eltern, die stoffplanbesessenen Lehrer und Schulaufsichtsbeamten wissen ein Lied zu singen von der Überschätzung des Gedächtnisballastes, von formellem Abhaspeln altgewohnter pädagogischer Vorschriften, von der Unterbewertung der Charaktereigenschaften zugunsten des Erlern- und Abfragbaren.

Wie könnte es auch anders sein? Die Wirklichkeit der Schule wird immer die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Nur in dem Maße, in dem diese sich veredelt, wird sich auch die Schule und die Erziehung veredeln. Es ist vielleicht die tiefste Wurzel der pädagogischen Krise unserer Tage, daß auf fast allen Lebensgebieten der praktische Materialismus triumphiert, und alle Erörterungen, auch die im pädagogischen Bereich, sich um Fragen der Quantität bewegen.

Der heilsame Weg aus großen Krisen führt nicht durch die Überschätzung materiellen Wohlstandes und äußerer Lebensbequemlichkeiten. Er duldet nicht die Herabwürdigung des Menschen zum Leistungsroboter. Als das alte Preußen 1806 zusammenbrach, waren Staatsmänner wie Stein und Hardenberg weise genug, den Fichte, Schleiermacher, Niebuhr sofort den Weg freizugeben für die Wiedergeburt des Geisteslebens. Das Deutschland nach 1945 berauschte sich am Wirtschaftswunder und erkannte erst spät, mit schlechtem Gewissen und unter ungerechten Beschuldigungen, was es dem Geistesleben schuldig geblieben war.

Jeder Weg nach oben muß zuerst ein Weg nach innen sein. Novalis hat es kurz vor Preußens Niederbruch ausgesprochen: Jedem Schritt zur Beherrschung der äußeren Natur müssen drei Schritte der ethischen Vertiefung nach innen vorausgehen, sonst wird aus dem äußeren Fortschritt zuletzt nur grenzenloses Unheil. Diese weise Erkenntnis sollten sich alle Künstler, Forscher, Pädagogen, Politiker vor Augen halten, wenn sie sich an kulturpolitische Fragen heranwagen. Das ist der Geist, der lebendig macht und dem Buchstaben der vielen Gesetze und Resolutionen lebendigen Odem einhaucht.

Wir haben heute sehr viel Zivilisation bis ins letzte Haus hinein. Die Industriestaaten sind seit einem Jahrzehnt in der Lage, die ganze Welt mit allen Gebrauchsgütern zu versorgen. Daneben leben 1700 Millionen Menschen tief unter dem Existenzminimum, weil sich die Lebensmittelquote pro Kopf der Weltbevölkerung katastrophenschwanger vermindert hat. Ob dieser Zustand zur Hungerrevolte der halben Menschheit führt, hängt wesentlich ab von der Fähigkeit des zivilisierten Teiles der Menschheit, wieder Kultur zu entwickeln, nicht nur von den geistigen Werten der Vergangenheit zu leben, sondern der Welt das geistige Antlitz der Menschenwürde zu schenken. Dazu ist Voraussetzung die Bereitschaft zu Wandlung und Opfer. Wird das Abendland, das sich mit Vorliebe christlich nennt, die sittliche Kraft aufbringen? Das mitmenschliche Verhalten im eigenen Volk wäre ein gutes Übungsfeld. Aber wer denkt schon daran, wenn er, womöglich auf Wahlplakaten, von Kulturpolitik spricht! Kulturpolitik besteht darin, dem Geiste zur Verwirklichung zu helfen.

Pastor Adolf Schmidt

Wann kommt die Antwort der Synode?

Die Frage

„Bevor die 2. Gesamtdeutsche Synode zu ihrer dritten ordentlichen Tagung vom 26. bis 30. April zusammentrat, war die breite Öffentlichkeit im Osten und Westen Deutschlands bereits an dem Verlauf der Synode in einem Maße interessiert, wie es von keiner anderen Synode oder anderen gesamtkirchlichen Tagung gesagt werden kann." So schreibt der Schweizer Evangelische Pressedienst in einem Bericht über die Berliner Synode. Dieses Interesse fand seinen Niederschlag in den etwa 5000 Eingaben, die an die Synode aus beiden Teilen Deutschlands gerichtet wurden. Wenn man das Gewicht dieser Eingaben auch verschieden beurteilen muß, so hat es eine solche Dokumentation der Anteilnahme wohl noch nicht gegeben. Aber weit über sie hinaus waren in West und Ost die Menschen, und zwar nicht nur die bewußten Glieder der Kirche, bewegt von der drängenden Frage, ob denn die Synode zu einem eindeutigen, klaren und hilfreichen Wort finden würde.

Die Substantiierung dieser Frage trat der Synode entgegen in der Anfrage der Kirchlichen Bruderschaften der Evangelischen Kirche in Deutschland. In dieser Anfrage an die Synode verschaffte sich der Aufbruch freier Kreise innerhalb der evangelischen Kirche Ausdruck und Gehör. Es ist das Verdienst der Bruderschaften, daß der Ernst und das Gewicht der anstehenden Entscheidung in einem Maße zur Geltung gekommen ist, wie es bisher noch nicht der Fall war. Es war der Synode nicht möglich, daran vorüberzugehen, und es wird auch künftig nicht möglich sein. Das liegt an der Gewalt der Sache, die da vertreten und vorgetragen wird.

Frühere Entscheidungen

Es war nicht das erstemal, daß die Fragen der Massenvernichtungsmittel im kirchlichen Raum zur Debatte standen, und es waren auch vorher schon bemerkenswerte Worte gesprochen worden. Schon die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Juni 1956 stellte fest, daß das Evangelium verwehrt, „mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können".

Die Erklärung der Dekane der theologischen Fakultäten in der DDR, der sich die evangelischen Bischöfe in der DDR, unter ihnen auch Bischof Dibelius, anschlossen und die auch von einer ganzen Reihe westdeutscher Kirchenleitungen übernommen wurde, sagt: In den Massenvernichtungsmitteln „werden Gottesgaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur, mißbraucht. In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten. In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert".

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates erklärte im August 1957 in New Haven: „Es gibt gewisse sittliche Grundsätze mit Relevanz für den gesamten Fragenkomplex des Atomkrieges, die wir nachdrücklich betonen möchten. Das Zentralkomitee bekräftigt seine 1950 in Toronto ausgesprochene Überzeugung, daß, wo die modernen Kriegsmethoden (Atomwaffen, bakteriologische Waffen und totale Zerbombung) angewandt werden, Gewalt und Zerstörung ein so furchtbares Maß annehmen, daß dadurch auch die letzten Grundlagen allen Rechtes und aller Kultur in Gefahr geraten. Die Verurteilung solcher Methoden

stützt sich auf die Tatsachenerkenntnis, daß der totale Krieg — d. h. der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind — mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist". Zugleich wurde zur Einstellung der Atomexperimente aufgerufen.

Im Dezember 1957 war von der Synode der Evangelischen Kirche der Union zu hören: „Die Synode verwirft alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden." Die Synode „warnt nicht nur vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen. Sie warnt jeden einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und an den Menschen schuldig zu werden".

Das alles sind Worte, denen die Eindeutigkeit und Klarheit nicht mangelt, die aber dennoch merkwürdigerweise nicht durchschlugen.

Die Anfrage der Bruderschaften

Die Eingabe der Kirchlichen Bruderschaften an die diesjährige Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland nimmt die früheren Worte auf und macht sie in einer besonderen Weise verbindlich. Sie stellt erneut die Frage: „Wie haben wir Christen uns gegenüber der Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie gegenüber ihrer politischen Einplanung zu verhalten?" und gibt mit einem Satz von Gollwitzer ihrerseits die Antwort: „Hier ist ein vorbehaltsloses Nein geboten, weil spätestens mit den neuen Vernichtungswaffen der Krieg endgültig so bestialisch geworden ist, daß eine Teilnahme an ihm mit dem Willen Gottes unmöglich vereinbart werden kann". Die neuen Waffen „erlauben keine Unterscheidung mehr zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern", mit ihrer Hilfe ist keine Rechtswahrung mehr möglich, ihre Folgen machen ein „Miteinanderleben im Frieden als dem Ziel des Krieges" unmöglich, sie machen einen „allenfalls unter dem Gesichtspunkt der äußersten Staatsnotwehr erlaubten Verteidigungskrieg illusorisch", sie „treffen im Unterschied zu allen bisherigen die gänzlich Unbeteiligten ebenso wie die kommenden Generationen aller Kreatur, und zwar nicht erst in ihrer Anwendung, sondern schon in der Erprobung". In zehn Sätzen „zur Unterweisung der Gewissen" stellen die Kirchlichen Bruderschaften die Synode vor die Entscheidung. Die bedeutsamsten sind die letzten vier Sätze: „Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen kann. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges unter allen Umständen zu versagen. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens".

Für den Fall, daß die Synode meint, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, wird sie gefragt, wie sie aus Gründen der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft die Bruderschaften widerlegen kann. (Der volle Wortlaut wurde im Aprilheft dieser Zeitschrift abgedruckt.)

Die Diskussion vor der Synode
setzte gleich sehr lebhaft ein. Viele brachten spontan ihre Zustimmung zum Ausdruck, andere ergingen sich in scharfer und oft auch gehässiger Kritik. Von den letzteren sei Probst Asmussen besonders erwähnt, dessen seltsame, theologisch unhaltbare Äußerungen von interessierter — nicht kirchlicher! — Seite eifrig propagiert wurden. Von dem Vorwurf der Irrlehre bis hin zu der Diffamierung, man besorge mit der Eingabe die Geschäfte der Sowjets, reicht die Skala der aufgeregten und empörten Anwürfe gegen die Bruderschaften. Der Rheinische Merkur kann in dem aus letzter kirchlicher und menschlicher Verantwortung erwachsenen Dokument nur den „Gipfel der Verantwortungslosigkeit" sehen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Westfalen-Lippe spricht von der „Atomlüge".

Es fehlt auch nicht an dem Versuch, Stimmung für massive Vergeltung zu machen. In der „Evangelischen Verantwortung", dem Blatt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, läßt sich Dr. Oldag in folgender Weise aus: „Diese Welle schwerer Störungen des gemeindlichen Friedens kann nur aufgehalten werden, wenn die Unterzeichner unverzüglich und öffentlich und in aller Form ihre Unterschrift — mindestens bezüglich der Thesen 8 bis 10 — zurückziehen und eine Vergebung seitens der verletzten Gemeindeglieder anstreben. Andernfalls muß es, so vor allem bei Pastoren, zu Auseinandersetzungen bis hin zum Lehrzuchtverfahren kommen. Auch ist es fraglich, ob ein Presbyter, der sich eines solchen Verdammungsurteiles gegen seine Gemeindeglieder mitschuldig gemacht hat, noch im Amte tragbar ist."

Die Synode

Sie begann mit Demonstrationen. Ostzonale Delegationen bestürmten die Synode. Einer ihrer Sprecher konnte ihre Sache der Synode vortragen, ein gewiß ungewöhnlicher Vorgang. Wie auch die Synode alle jene 5000 Eingaben prüfte und bearbeitete und durch ihre Berichterstatter wissen ließ, „daß sie sich durch den hohen Ernst und das Verantwortungsgefühl vieler Bittschriften aus dem Osten und Westen in eine letzte Entscheidung gerufen sah" (Schweiz. E. P. D.). Die Atmosphäre der Synode war offenbar erfüllt von einem großen Ernst der Auseinandersetzung und bestimmt durch das Bemühen, aufeinander zu hören. Das läßt hoffen.

Aus dem Rechenschaftsbericht, den der Ratsvorsitzende, Bischof Dibelius, der Synode gab, verdienen einige Sätze festgehalten zu werden. „Unsere Freunde in den Bruderschaften dürfen dessen gewiß sein, daß wir es ihnen nachempfinden, wie sehr sie sich in ihrem Gewissen bedrängt fühlen, denn es ist ja niemand unter uns, den die Frage, um die es sich jetzt handelt, nicht ebenfalls seit Monaten umtriebe" ... „Ich scheue mich nicht, auszusprechen: wenn ich 50 Jahre jünger wäre und würde zu einem der modernen Massenvernichtungsmittel kommandiert, dann würde ich zu meinem Militärpfarrer gehen — denn der wäre dazu da! — und würde zu ihm sagen: ‚Hilf mir weg von diesem Kommando! Ich kann es nicht!..." „Daß es im Zeitalter der Atomwaffen einen gerechten Krieg nicht mehr geben kann, brauche ich nicht erst zu sagen. Der Krieg mit Atomwaffen ist Massenmord an fremden Völkern und am eigenen Volk..." „Es ist eine eitle Hoffnung, daß Nationen, die Atomwaffen besitzen, diese Waffen nicht benutzen werden, wenn es zum Kriege kommt" ... „Weil wir die Atomwaffen verwerfen, müssen wir den Krieg verwerfen. Was noch vor wenigen Jahrzehnten als sinnlose Utopie erschienen ist, ist heute eine unerläßliche Forderung geworden. Und an der Kirche ist es, diese Forderung unüberhörbar laut in die Welt hinauszurufen: Krieg darf nicht mehr sein! ... Aus dem Krieg ist sinnlose Zerstörung geworden."

Ein 57köpfiger Ausschuß der Synode beriet dann zwei Tage lang in heftiger Auseinandersetzung über die Entscheidung der Synode hinsichtlich der Massenvernichtungsmittel. Er legte der Synode ein Wort zum Beschluß vor, daß die Synode bei vier Stimmenthaltungen billigte. Dem ging eine Diskussion im Plenum der Synode voraus. In ihr kamen noch einmal die verschiedenen Stimmen zu Wort, u. a. auf der einen Seite Bischof Bender (Baden), Prof. Künneth und Dr. Gerstenmaier, auf der anderen Seite Prof. Vogel (Berlin), Dr. Niemöller und Dr. Heinemann. „Die Vorfrage nach der christlichen Verantwortung vor jeder politischen Zweckmäßigkeitsfrage war das eigentliche Zentrum der Auseinandersetzung" (Heinemann). Bemerkenswert Künneth: „Selbst diese schrecklichen Mittel können in den Dienst der Nächstenliebe (!) treten." Nach dem Bericht der „Welt" rief diese Formulierung allgemeines Zischen hervor. Die Sprecher der Zone, so berichtet die „Welt" weiter, lehnten alle die Atombewaffnung ab. Bemerkenswert auch Gerstenmaiers Haltung, daß der radikale Pazifismus in unserer Kirche nicht länger als Schwärmertum gebrandmarkt werden dürfe, sondern eine echte Heimat in der Kirche gewinnen müsse. Daneben hält er allerdings auch die gegenteilige Meinung christlich für vertretbar.

Der Beschluß

Das Ergebnis der Synode, soweit es seinen Niederschlag in der verabschiedeten Erklärung findet, ist sehr unbefriedigend, gemessen an der Erwartung eines eindeutigen Wortes. Zwar heißt es: „In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom Ökumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefaßt wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott. Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung, nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der konventionellen Waffen, führen kann. Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen. Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden." Aber es kommt doch nicht zum befreienden Durchbruch nach vorne, zu klarer, konkreter Weisung für das Heute. Die bedrängten Gewissen werden nicht unterwiesen, die schlafenden nicht aufgerüttelt. Die Christen werden nicht zu dem ihrem Glauben entsprechenden Handeln aufgerufen. Die Antwort bleibt aus! Es kommt lediglich zur Feststellung der Gespaltenheit: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereitstellung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann."

Die Synode hat sich mit dieser Feststellung begnügt. Es kam nicht zu einer Abstimmung über die von den Bruderschaften gemachte Eingabe, die eine Kampfabstimmung hätte sein müssen. Wäre es dazu gekommen — so wird von Synodalen, von Beobachtern und seriösen Zeitungen berichtet — hätte sich eine klare Mehrheit in dieser Richtung ergeben. Das Wort des „Spiegel" von der „protestantischen Minderheitengruppe der Atomrebellen" stimmt also nicht, jedenfalls nicht mehr. Das ist ein Fortschritt.

Hinsichtlich des Wortes der Synode bleibt es aber leider vorerst bei dem, was Hans Zehrer am 26. April in der „Welt" schrieb: „Nur die offiziellen Repräsen-

tanten der Kirchen zeigen jene theologisch gut fundierte Gelassenheit, die ihnen wohlansteht, deren Verlautbarungen aber den Suchenden und Fragenden wie Wasser durch die Finger rinnen."

Immerhin kann allerdings auch dieses gesagt werden, daß das Anliegen der Bruderschaften von der Synode nicht abgewiesen, sondern ernstgenommen wurde. Den erfolgten Diffamierungen und den erstrebten Vergeltungsmaßregeln ist auf jeden Fall der Boden gänzlich entzogen worden. Trotzdem können sich die Bruderschaften mit dem Ergebnis der Synode nicht zufrieden geben. Eine Antwort auf ihre Anfrage ist nicht erfolgt: weder hat sich die Synode das Bekenntnis der Bruderschaften zueigen gemacht, noch hat sie es nach Schrift, Bekenntnis und Vernunft widerlegen können und widerlegt.

Bleibt das beschlossene Wort der Weisheit der Synode letzter Schluß, so bedeutet es nicht weniger als eine Bakerotterklärung. Aber kann sie denn dabei stehenbleiben? Muß sie nicht nun doch noch die letzten Schritte tun, die sie zu der Antwort führen, die sie sich selbst, der Kirche und aller Welt schuldig ist? Muß sie, wenn sie schon in aller Eindeutigkeit den Krieg mit Massenvernichtungsmitteln verneint, nicht auch seine Vorbereitung ablehnen? Die Synode sagt in ihrem Wort nicht, daß die verschiedenen Auffassungen in der Kirche möglich sind, was Gerstenmaiers Ziel war, sondern sie stellt nur fest, daß sie vorhanden sind. Auch das ist ein Fortschritt. Muß sie aber nicht aus diesem Dilemma herauskommen? Kann sie sich auf die Dauer dieses „Hier stehe ich, ich kann auch anders" leisten, wenn sie nicht alle Glaubwürdigkeit einbüßen will? Es ergibt sich aus dem Wort der Synode der unausweichliche Zwang zu weiteren Bemühungen um die eindeutige Antwort. Wobei zu bedenken ist, daß die Zeit drängt. Es ist hier wohl das Bodelschwingh-Wort in Erinnerung zu rufen: „Nicht so langsam, sie sterben sonst darüber!"

Die Kirchlichen Bruderschaften werden ihre ganze Leidenschaft und alle ihre Kräfte daran setzen müssen, ihren Beitrag zu der fälligen Antwort zu leisten. Sie werden dafür sorgen müssen, daß die Bemühungen um die rechte Antwort auf allen kirchlichen Ebenen, in den Gemeinden, Presbyterien, Kreissynoden, Landessynoden, in den verschiedenen Gruppen und Verbänden nicht aufhört. Sie werden sich notfalls nicht scheuen dürfen, ihrerseits das notwendige Wort im Namen der Kirche stellvertretend zu sagen, wenn es denn die offiziellen Gremien nicht finden sollten. Denn es kann kein Christ die Antwort schuldig bleiben auf die im Grunde ganz einfache Frage: Was gilt für den Christen mehr, der schlichte Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes oder die Erwägungen des politischen Kalküls, der vermeintlichen Zweckmäßigkeit und der Leidensscheu. Kann die Kirche ihr Erstgeburtsrecht verkaufen für ein Linsengericht?

Die Militärseelsorge

Es bleibt noch übrig, ein Wort zum Militärseelsorgevertrag zu sagen, der von der Synode des vergangenen Jahres abgeschlossen wurde. Findet die Kirche die rechte Antwort, so muß sie dem Staat in aller Loyalität und Deutlichkeit sagen, daß diese Antwort auch maßgebend ist für die Militärseelsorge. Das würde begreiflicherweise praktisch die Militärseelsorge gemäß dem Militärseelsorgevertrag unmöglich machen. Aber das ist nicht die einzige Verlegenheit hinsichtlich dieses Vertrages. Gerade dieser Vertrag hat ja das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR auf das schwerste belastet, so daß eine ganze Anzahl Pfarrer aus der DDR, und zwar nicht nur die sogenannten „fortschrittlichen Pfarrer", die Synode gebeten haben, den Militärseelsorgevertrag zu kündigen, und Generalsuperintendent Jacob (Cottbus) im Namen der Landeskirchen der DDR auf

der Synode erklärte, daß sie die Verantwortung für eine Militärseelsorge nicht länger mittragen könnten, auf die sie keinen Einfluß haben. Nach dem bekannten Bundestagsbeschluß über die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik, für den er kein Verständnis habe, stehe man einer neuen Lage gegenüber. Die Synode hat darum die Revision des Vertrages eingeleitet, indem sie beschloß, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland möge einen Ausschuß beauftragen, „den Militärseelsorgevertrag zu überprüfen, insbesondere auch hinsichtlich seiner Überleitung in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten Landeskirchen, und dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen." Es ist zu hoffen, daß mit diesem Beschluß der Vertrag in das „Stadium der Liquidation" (Kloppenburg) eintritt, um damit Raum zu geben für eine echte Regelung der Seelsorge an Soldaten.

Prof. D. Hans-Joachim Iwand

Osterbesuch bei der russisch-orthodoxen Christenheit

I

4. April 1958. Seit gestern sind wir in Kiew. Es herrscht ein wildes Schneetreiben vom Schwarzen Meer her, aber unsere russischen Gastgeber ließen es sich nicht nehmen, sogar unter Anführung des Erzbischofs von Kiew, uns nachts auf dem Flugplatz feierlich einzuholen. Wir sahen unter den Geistlichen manche alten Bekannten wieder. Wir besuchten auch wieder die berühmte Lavra, die Wladimirkathedrale, wo wir einem Gedächtnisgottesdienst für den Heiligen Makarius beiwohnten, einem von den Tataren erschlagenen Bischof, dessen Sarg in dieser Kirche steht. Am Schluß des Gottesdienstes sprach unser Delegationsleiter D. Wilm aus Westfalen zu den sehr vielen, sehr bewegten Menschen. Es fragt uns auf deutsch eine Frau, wo sie wohl ein lutherisches Abendmahl nehmen könne. Wir wissen darauf natürlich keine Antwort. Abendessen beim ehrwürdigen Metropoliten Johannes. Wir kennen ihn schon von unserer vorigen Reise. Es ist wieder schön und freundschaftlich in seinem Hause und an seinem, trotz der Fastenzeit so reich besetzten Tisch. Nonnen bedienen uns. Ebenso treffen wir den freundlichen und tüchtigen Staatskirchenvertreter wieder. Es ist gut, wenn bereits ein persönliches Band besteht. Das große Ereignis des diesmaligen Besuches aber war heute, am Morgen des deutschen Karfreitags. Wir haben die Sophienkirche besucht. Damals war sie geschlossen und wurde restauriert. Ich werde den Moment nicht vergessen, als ich durch das Portal dieser Kirche eintrete. Der ganze Raum ist beherrscht von dem Bilde der Maria mit dem Christuskind. Es ist ein großes Mosaik, in die schräge Kuppel an der gegenüberliegenden Wand eingebaut. Es gibt Eindrücke von Schönheit, die vollkommen sind. Das Erlebnis dieser Kirche ist ein solcher. Der ganze Raum wird von dem Marienbild beherrscht. In der Mittelkuppel der Christus Pantokrator, daneben die Evangelisten. An den Wänden alte Reliefs, die heute unter Übermalungen und Putz freigelegt werden. Ausgezeichnete Re-

staurationsarbeit. Diese Kirche wirkt nicht russisch, sie ist noch geprägt von Byzanz. Kiew ist die Wiege der russischen Christenheit, aber auch die Brücke nach dem Athos und der alten Kirche. Die Stadt war völlig zerstört. Die berühmte „Täuferstraße" trägt nach dem Neubau wieder den Namen Chrestiany. Schade, daß es von der Sophienkathedrale keine Bilder gibt. Aber der Eindruck dieser vollendeten Schönheit ist unverlöschlich. Vor fünf Tagen standen wir vor den Ikonen in der Sergiuskathedrale in Zagorsk. Was für ein Unterschied, was für eine Bewegung in der Geschichte der russischen Frömmigkeit von hier nach dort. Wir wissen viel zu wenig von dem allen.

Abends. Wir sind über Minsk nach Riga am Nachmittag geflogen. Mit unseren russischen Begleitern, dem Archimandrit Leonid und dem Propst Pawel. Wieder großer Empfang auf dem Flugplatz. Dann gleich ins Hotel, denn wir müssen um 19 Uhr in der „alten Gertrudskirche" sein, wo die Gemeinde aus uns wartet. Erzbischof Turs wird uns abholen. Wir wohnen im neuerbauten „Hotel Riga", auf der Theaterstraße. Früher stand hier das Hotel de Rome. Wir kommen ein wenig zu spät in die Kirche, sie ist so voll von Menschen, daß alle Gänge und Seitenräume, auch der weite Raum vor dem Altar, dicht gefüllt sind von Gläubigen. Die meisten müssen stehen. Aber wir haben nicht erwartet, was geschieht. Erzbischof Turs hat diesen Gottesdienst als Gedächtnisfeier für den verstorbenen Präses Held aus dem Rheinland, unseren vorigen Delegationsführer, ausgestaltet. Der vorzügliche, reich besetzte Kirchenchor — es ist der Chor der Kirche — singt deutsche Choräle: „Jesu, meine Freude" und „Wenn ich einmal soll scheiden". Wir empfangen alle das Heilige Abendmahl, das Probst Irbe, der Sohn des ersten lettischen Erzbischofs nach 1918, austeilt. Unsere russischen Freunde erleben mit uns in tiefer Ergriffenheit eine lutherische Abendmahlsfeier. Sie wissen noch so wenig von uns wie wir von ihnen. Wir alle leben in unseren Vorstellungen ein Menschenalter zurück. Das ist heutzutage gefährliche Unkenntnis. Wir müssen uns ständig korrigieren lassen von der Wirklichkeit. Nach dem Gottesdienst, es ist schon 22 Uhr, sind wir Gäste der orthodoxen Kirche in Riga. Leider ist der besonders freundliche, tüchtige, auch bei den lutherischen Gemeinden sehr beliebte russisch-orthodoxe Erzbischof krank. Seine Vertreter sind liebenswürdige Gastgeber. Der Tisch bricht von den Speisen. Sie sind allesamt von den Nonnen des Klosters aufs köstlichste zubereitet. Unsere Gespräche gehen lebhaft und offen über alle möglichen kirchlichen und politischen Fragen. Es hilft uns, daß noch manch einer der lettischen Geistlichen deutsch spricht. Wir haben den Eindruck, daß hier in den letzten drei Jahren, seitdem wir es nicht mehr gesehen haben, vieles besser geworden ist. (Dieser Eindruck wird sich in den kommenden Tagen bestätigen.) Unter uns ist unser Freund, der Erzbischof Kiwit aus Talinn (Reval). Er ist eigens dazu aus Estland herübergekommen. Woran liegt es nur, daß man hier miteinander so schnell Freund wird? Auch die Mitglieder unserer Delegation, die zum erstenmal hier oben sind, machen dieselbe Erfahrung. Diese drei Wochen verwandeln uns alle. Wir sind mit den verschiedensten Vorstellungen hergekommen, aber wir werden immer einiger in unserer Beurteilung. Jedenfalls, das eine ist ganz sicher: Gestellt, wie man uns im Westen glauben machen will, ist das kirchliche Leben hier nicht. Das Leben ist freilich durch Revolution und Krieg in vielem schwerer als bei uns, aber dafür ist es religiös echter, inniger, tiefer. Es ist nicht „Sitte", es ist Wirklichkeit.

5. April. Heute ist für uns Westler — die östlichen Christen sind noch eine Woche zurück — „stiller Sonnabend". Das russische Ostern liegt sieben Tage später. Morgens fahren wir hinaus auf die Friedhöfe im „Kaiserwald". Dann sehen wir die eindrucksvolle Industrieausstellung mit ausschließlich lettischen

Produkten, Zeichen wirtschaftlichen Aufstieges bis hin zum Ruderboot und schön gefärbten Textilien; später Empfang beim Oberbürgermeister — der Titel lautet dort anders —, wir stoßen an auf das Wiederaufblühen dieser alten Seestadt am Baltischen Meer und wissen, daß das kein leerer Trinkspruch sein wird. Die Aufnahme ist freundschaftlich und ohne Ressentiment. Der Oberbürgermeister spricht über den eventuellen Wiederaufbau der Petrikirche, deren Turm einmal dem Stadtbild Rigas von der Düne her sein Gepräge gab. Abends sind wir Gäste in der orthodoxen Kathedrale. Sie ist dicht gefüllt. Die Besucher haben kleine Frühlingssträuße mit Lichtern in den Händen, es ist die Lesung vom Einzug Jesu nach Jerusalem, die gefeiert wird. Wir stehen vor der Bilderwand mit unseren Blumen und Lichtern in den Händen, und bald sind wir ganz gefangen vom Zauber dieser Palmsonntagsliturgie. Ein lettischer orthodoxer Geistlicher liest uns zu Ehren das Evangelium lettisch und deutsch. Wieder spricht D. Wilm zu den Gläubigen. Neben ihm steht der lettische Generalvikar, der ihn übersetzt. Wir kennen ihn schon und haben ihn sehr lieb. Nach dem Gottesdienst ist Empfang im Hause von Bischof Turs. Unsere orthodoxen Freunde begleiten uns. Hier wird bereits „Ostern" gefeiert, jedenfalls was den reich besetzten Tisch angeht. Zwei Pfarrfrauen, eine ist die Gattin des ersten Domgeistlichen, die andere ist die Pfarrfrau aus Dibulti (Dubbeln), haben alles aufs beste zubereitet. Der Erzbischof ist unverheiratet. Wir sind eine Gesellschaft von 25 Personen, russisch-orthodoxe, lettisch-orthodoxe, lettisch-lutherische Christen. So erleben wir in diesen Tagen die östliche Oekumene in Riga. Über uns steht der Eine Herr und seine weltbewegende und welterneuernde Auferstehung. Wir kommen ziemlich spät heim. Der Ostertag ist schon angebrochen.

6. April. Der heutige Tag war sehr anstrengend. Unsere Delegation sollte in acht Kirchen sprechen, aber die Reformierte Kirche in Riga kam noch hinzu. Um 6 Uhr morgens — es ist kaum hell, und hoher Schnee liegt noch am Rande der Straßen, die Düna, die wir auf einer neuen, prächtigen Brücke überqueren, ist noch gefroren — sollen wir in der St.-Martinskirche sein. Wir fragten uns, ob wohl Menschen dort sein werden. Aber die Gemeinden sind alle rechtzeitig informiert, und selbst zu dieser Stunde ist die große Kirche am Rande der Stadt unten und auf beiden Emporen bis auf den letzten Platz besetzt. Junge Mädchen empfangen uns und überreichen uns schönste Rosen. Die beiden Geistlichen geleiteten uns zum Altar. So wird es in allen Kirchen gehalten. Der lutherische Erzbischof Turs, der uns begleitet, hat unsere Gemeindebesuche ausgezeichnet organisiert. Jeweils einer von uns hält eine kurze Ansprache, die anderen sprechen einen Bibelvers als Begrüßung. Alles wird ins Lettische übersetzt. Um 6.30 Uhr geht es weiter in die mächtige „Neue Gertrudskirche", dann heraus zur Lutherkirche am entgegengesetzten Stadtrande. Um 8.30 Uhr machen wir eine kurze Pause, um 10 Uhr Fortsetzung. Ich fahre allein in die „Reformierte Kirche", wo ich früher zuweilen predigte. Hier wirkte einmal der mit mir befreundete Pastor Lic. Abramowski. Was ist in diesen letzten zwanzig Jahren alles geschehen! Aber das Gebäude ist unverändert. Es gibt noch Gemeindeglieder, die sich an die alte Zeit erinnern, als diese Kirche noch eine rein deutsche Gemeinde hatte. Jetzt wirkt hier Pfarrer Dr. Freys. In der Sakristei begrüßte mich ein junger Mann, der Theologie treibt und einmal Pfarrer werden wird.

Um 12 Uhr treffen wir uns im Dom wieder, wo Präses D. Wilm in deutscher Sprache die Predigt hält. Pfarrer Freys übersetzt. Der mächtige alte Dom ist bis vorn hin besetzt, es mögen 5000 Menschen anwesend sein. Unsere Ansprachen und Predigten halten wir frei, ohne Konzept. Man muß hier frei

sprechen, der Augenblick ist bewegend, in dem wir uns, Letten, Russen, Deutsche, nach soviel Leid und Schuld im Lichte von Ostern begegnen. Dem müssen wir Ausdruck verleihen.

Unsere russischen Freunde beeindruckt die berühmte, wohlerhaltene Orgel des Domes. Einige unter ihnen hören Orgelmusik zum erstenmal. Unser Dolmetscher Wadim sagte nur: Herrlich! Wadim ist nicht christlich erzogen. Aber er erlebt es alles mit Ehrfurcht und Verständnis. Nach dem Mittagessen geht es in eiliger Fahrt nach Jelgava, dem alten Mitau, der ehemaligen Hauptstadt Kurlands. Jelgava wurde in den Kampfhandlungen des letzten Krieges völlig zerstört. Ich spreche mit den Pfarrersleuten, die Pfarrfrau stammt selbst aus Jelgava und hat die schrecklichsten Zeiten hier miterlebt. Sie ist noch jung, sehr ernst, und man sieht ihr an, wie schwer das Leben hier war und noch ist. Alles steht noch im Aufbau, jedermann muß hart arbeiten. Die Gemeindearbeit ist aber nicht umsonst gewesen. Hut ab vor diesen Pastoren und ihren Frauen. Die St.-Annenkirche, in der wir um 16 Uhr Gottesdienst halten, ist 1955 fertiggestellt und faßt 2000 Menschen. Freilich, dann kann kaum jemand sitzen.

Wir sind der erste Besuch von „draußen" in Jelgava — seit dem Kriegsende. Die Kirche ist überfüllt. Alles ist bewegt von der großen Freude, die aus aller Augen leuchtet. Hinterher Empfang im Gemeindehaus. Reiches Essen, Ostereier und Osterkuchen, Pascha! Wir sitzen in drangvoller Enge, jeder will dabei sein. Jeder mit jedem reden. Wir sprechen von der schweren Zeit, die hinter uns allen liegt, und vermögen im Glück des Augenblicks kaum daran zu zweifeln, daß es jetzt besser werden muß. Als wir abends nach Hause kommen, sitzen wir noch lange mit Erzbischof Kiwit zusammen, der uns heute nacht verläßt, um nach Talinn zurüzufahren.

Es leben schätzungsweise noch etwa 2 Millionen Lutheraner in diesem Raum, auch in Litauen und vor allem in Karelien wohnen Christen lutherischen Bekenntnisses. Wer etwas mit der Geschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts Bescheid weiß, wird mit Erstaunen feststellen, wie grundlegend sich das Verhältnis der Orthodoxen zu den Lutheranern gewandelt hat. Liegt das an dem gemeinsam durchlittenen Leid? Liegt es daran, daß aus den kirchlichen Beziehungen die störenden politischen Momente verschwunden sind? Liegt es daran, daß auf beiden Seiten eine neue Generation hervortritt? Ich weiß es nicht und wage nicht, den Tatbestand auf seine echten Gründe zu analysieren. Aber der Tatbestand als solcher ist unleugbar und wird uns von Erzbischof Kiwit bestätigt. Beim Gottesdienst im Dom heute mittag hat unser Achimandrit das Vaterunser in der Schlußliturgie gebetet. Im lutherischen Gottesdienst ein hoher orthodoxer Geistlicher! Bei unserem Archimandrit ist das keine leere Geste, bei ihm ist nichts Geste oder Pose. Bei ihm ist alles echt. Er wußte, was er damit tat.

7. April. Heute flogen wir nach Leningrad. Wir mußten schon wieder packen. Es fiel uns schwer, aus Riga zu scheiden. Aber vorher gab es noch eine Überraschung. Unser Archimandrit hatte sich eine besondere Freude für uns ausgedacht: Wir werden noch einmal an den Strand fahren, und zwar nach Dibulti, dem alten Dubbeln! Dort sind wir vor drei Jahren im Sommer gewesen und haben das Pfarrhaus von Lorbergers besucht. In schneller Fahrt sind wir draußen. Die Ostsee ist weit hinaus gefroren. Vogel und ich gehen einige hundert Meter aufs Eis. Als wir zurückfahren wollen, kommt plötzlich der Pfarrer, mit ihm Erzbischof Turs und sein Begleiter. Wir müssen uns noch die große, saubere Kirche ansehen, auf den Turm steigen und zum Frühstück ins Pfarrhaus kommen. Dort haben sie vor einer halben Stunde gehört, daß wir angekommen sind. Gleichwohl ist der Tisch reich gedeckt. Frau Lorbergers,

diese lebenstüchtige, prachtvolle Pfarrfrau, eine echte Bestätigung des lutherischen Pfarrhauses hier oben am Ostseestrand, hat heute Namenstag. Wir stoßen mit Sekt an auf Glück für Haus und Gemeinde. Ich frage Frau Lorbergers nach ihren Ziegen. Sie sieht mich etwas erstaunt an. Vor drei Jahren gab es Ziegenkäse, und sie sagte damals: Unsere Ziegen haben in den letzten Jahren uns und unseren Kindern das Leben gerettet. Jetzt sagte sie: Ziegen? Die haben wir nicht mehr. Es geht uns viel besser. Die Gemeinde von Dibulti erfordert viel Arbeit. Die Gottesdienste sind reich besucht, die Gemeinde hält treu zusammen. Durch den Besuch im Pfarrhaus ist es spät geworden. In einem kleinen Wettrennen jagen unsere Fahrer vom Strande zurück. Im Hotel müssen wir eiligst unsere Sachen zusammenholen, um rechtzeitig zum Flugplatz zu kommen, wo sich alle noch einmal versammelt haben, die Vertreter der russisch-orthodoxen, der lettisch-orthodoxen und der lettisch-lutherischen Kirche. Wir nehmen Abschied mit vielen guten und dankbaren Reden. Um 16 Uhr steigen wir ins Flugzeug, winken unseren Freunden einen letzten Gruß zu und sind in weniger als zwei Stunden in Leningrad. Wir fliegen über den noch fest gefrorenen, riesigen Peipus-See. Er liegt unter uns als eine große, ebene, leuchtende Fläche. Kleinere Flüsse ziehen sich wie schwarze Würmer durch die weiße Flur der umgebenden Wälder. Könnte man doch wieder einmal in solcher Landschaft leben! Wir kennen nur noch die durch den Menschen gestaltete und umgestaltete Natur. Die Atombombe ist der letzte Punkt in dieser Selbstentfremdung. Ehe wir nach Leningrad hereinfliegen, leuchtet die Ostsee am Rande auf, und wir sehen die Vorstädte Leningrads, die von der Abendsonne beleuchteten Kuppeln des Observatoriums zeigen uns, wo wir sind. Wir erfahren später, daß hier die Frontlinie verlief und bis zu diesen Höhenzügen die „Faschisten", wie unsere russischen Freunde sagen, vorgerückt waren.

Am Flugplatz begrüßen uns liebe Bekannte, geistliche Würdenträger und Dozenten der Akademie, darunter Professor P a r i j s k i j, der uns in Deutschland schon zweimal besucht hat. Jetzt beginnt für uns erst eigentlich die russische Osterwoche. Wir werden Ostern „zweimal" erleben, wir werden diese Mitte des Christentums von ihren zwei Seiten her betrachten und erfahren. Wir werden das Christentum in seiner eigenen, im Abendlande so lange vergessenen und ausgeschalteten Dialektik, neu zu Gesicht bekommen. Gewiß, wir kennen einiges davon bereits, durch die griechische Kirche, durch die bedeutende Wirksamkeit der nach 1918 in den Westen eingeströmten Emigranten. Aber ich habe gleichwohl immer den Eindruck gehabt, man müsse nach Rußland selbst gehen, man müsse es dort sehen und erfahren. Dort allein ist das „Volk" dabei, ohne welches der Akt des orthodoxen Gottesdienstes ein Abstraktum bleibt. Die erste Woche in Moskau hat uns eine Bestätigung dafür gegeben, zumal die Gottesdienste in Zagorsk. Aber jetzt geht es direkt auf Ostern zu. Man merkt es unseren Begleitern und Gastgebern an, wie sie ganz und gar von dem bevorstehenden Fest und den vorbereitenden Morgen- und Abendgottesdiensten in Anspruch genommen sind. Um so dankbarer sind wir, daß Metropolit N i k o l a i unseren Wunsch, das Osterfest bei ihnen zu verleben, aufnahm und wir in dieser Zeit unter ihnen sein dürfen. Wahrscheinlich wird man ohne Übertreibung sagen dürfen: Erst wer das russische Osterfest erlebt, versteht die russische Christenheit. Wir sind theologisch und gottesdienstlich stärker um das Kreuz, um die Schuld und deren Überwindung im Kreuz konzentriert, sie sind ganz auf die Auferstehung bezogen, auch auf deren kosmische Bedeutung. Kreuz und Auferstehung — das ist lebendige, christliche Dialektik. Sie hat allzulange geruht. Wird sie jetzt neu ins Spiel kommen? Werden wir endlich die bedeut-

same Rolle der „östlichen Christenheit" begreifen lernen? Werden uns die lutherischen Kirchen, die im Osten verblieben sind, dabei Mittler sein?

Ich habe mir die Dokumente „Östliches Christentum", die der eben verstorbene Hans Ehrenberg in Verbindung mit dem russischen Religionsphilosophen N. von Bubnoff herausgegeben hat, als Lektüre mitgenommen. Es ist die beste Sammlung russisch-orthodoxer Texte, die ich in deutscher Sprache kenne. Die ersten zwei Bände sind nach 1918 erschienen. Wie wach war damals der Geist unseres Volkes! Wie gegenwärtig mutet das Nachwort Ehrenbergs uns heute an: „Das Verhältnis der Konfessionen zu drei kann dem zu zwei nicht mehr gleichen; es muß ein grundverschieden anderes werden. Das Verhängnis der Kirchenspaltung wird lebbar, wenn es nicht mehr unter dem Gesichtspunkt von Recht und Unrecht, beziehungsweise Schuld und Unschuld, sondern unter dem von Schicksal und Verantwortung und dementsprechend im Lichte des Gebotes unseres Schöpfers gesehen und erlitten wird. Das Christentum wird nur dann Anspruch erheben dürfen, daß die Verheißung des Glaubens und der Liebe ihm gelte, wenn es zwischen seinen getrennten Kirchen Liebeserfahrungen sammeln wird." „Es ist immer, wenn das Leben stockt und nicht weiter will, der dritte Mensch, der als ‚Mittler' die Berufung erhält, die Drohung des Todes, die an das Leben herantritt, abzuwenden." Als ich in irgendeiner Nacht diese Sätze las, war es mir, als ob ich auf einmal wüßte, warum wir hier sind!

Wir haben wenig Zeit in Leningrad, uns im Hotel einzurichten. Wir sollen heute abend noch im Alexander-Newski-Kloster von dem Metropoliten Elipheri empfangen werden. Dort habe ich vor drei Jahren eine Vorlesung gehalten über die Entwicklung des Protestantismus seit 1914. Denn seither sind ja alle gegenseitigen Beziehungen unter uns abgerissen. Erst so kann man das Erstaunliche, das Wunderbare dieser Reisen voll ermessen. Es sind lauter Entdeckungen. Damals war der unvergeßliche Gregor Metropolit von Leningrad. Er ist inzwischen hochbetagt gestorben. Aber sein letztes Lebenswerk, der Aufbau der bedeutenden Geistlichen Akademie, ist ein unverwelkliches Zeichen seiner unermüdlichen Energie und seiner theologischen Begabung. Wir werden sie morgen besuchen. (Fortsetzung folgt.)

Rudolf Pikola

Reden war Sünde — Schweigen wird Mord

Wenn die christlichen Kirchen von sich behaupten, den Willen ihres Stifters vollziehen zu helfen, so wird sich der bewußte Gläubige wie der außenstehende Betrachter fragen müssen, ob sie den Auftrag, der ihnen dies befiehlt, wirklich ausführen. Dieser Auftrag ist sowohl hinsichtlich seiner Formulierung wie seiner Unausweichlichkeit von zwingender Schlichtheit: Der Mensch soll Gott lieben und er soll seinen Mitmenschen lieben! Unter dieses zweite Gebot (das, wie Christus sagt, dem ersten gleich ist) fällt sogar die liebende Hinneigung

zum Feind. Zitierungen der bekannten Worte, die sich darauf beziehen, sind wohl überflüssig. Sie brauchen auch nicht ausgelegt zu werden, denn sie sind von der Überzeugungskraft unmißverständlicher Einfachheit und Größe.

Freilich, man gibt vor, sie müßten ausgelegt werden — und die im Sinne Christi eigentlich ja ganz und gar unchristliche Wissenschaft von seiner Lehre, die Theologie und Moraltheologie, tut dies nach Kräften. Ihre Sophismen stellen den Versuch dar, ja und nein zu gleicher Zeit — das berühmte Jein — zu sagen: theoretisches Ja zu Christi Auftrag („Wir lieben unsere Nächsten und auch unsere Feinde"), praktisches Nein dazu („Unter gewissen Umständen lieben wir unsere Feinde, bzw. diejenigen, die unsere Regierung dazu erklärt, so wenig, daß wir sie töten, verstümmeln, aushungern, verseuchen"). So kann man sich als Nachfolger Christi bezeichnen und doch wie ein Steinzeitmensch handeln. Dies ist die Schizophrenie des christlichen Abendlandes.

Es kann hier nicht der endlose Streit aufgenommen werden, ob nach der (reinen) Lehre Christi ein „gerechter Krieg", ja sogar persönliche Notwehr erlaubt seien — man versteht entweder Christus (auch ein Buddhist oder Atheist kann verstehen, was er meinte, was er war!), oder man drückt sich darum herum! Letzteres mag wohl im jeweiligen Dilemma politischer Zwangssituationen immer wieder zum Durchlawieren verhelfen, aber es ist so wenig wahrhaft christlich, daß es als der weiter und weiter um sich greifende Krebs an der christlichen Substanz angesehen werden muß. Die zunehmende Unglaubwürdigkeit, die dem Christentum und den Kirchen im Denken vieler ernsthafter Menschen anhaften, leitet sich zu einem großen Teil davon her.

Für denjenigen, der den Wesensgehalt der christlichen Lehre innerlich erfaßt, der Wesensgestalt Christi begegnet ist (sei diese Begegnung nun im Glauben oder im Erkennen erfolgt), kann die Frage nach der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit eines Krieges bzw. der Mitwirkung an ihm gar keine Frage sein: sie ist durch das uneingeschränkte Gebot der Menschenliebe bereits entschieden. Alle Reden, die daran deuteln, Klauseln und Einschränkungen bringen, sind Ausreden, realpolitisch sehr brauchbar, aber alles andere als christlich. Da aber gerade diese Klauseln und Einschränkungen in den politischen Bereich hereinragen, ja, um seinetwillen gemacht sind, so ist es zwangsläufig, daß eine zunächst religiöse Frage — oder eigentlich die Institution, deren Wesenskern sie sein sollte, also die Kirche — politisch gesehen werden muß, soweit bei dem im besten Sinne „totalen" Anspruch, den Christi Lehre stellt, eine Trennung in „Bereiche" überhaupt möglich ist.

Wenn überhaupt jemand, so müssen doch die Kirchen davon ausgehen, daß Christi Gebot nicht das Wort irgendeines, wenn auch noch so großen Mannes ist, sondern das Wort Gottes. Es ist unverständlich, ja, ein „Ärgernis" im ursprünglichen Sinne, wie die Kirchen durch ihre Ermahnungen zur „Pflichterfüllung" im Kriege seit Jahrhunderten schon dem Gebot ihres Gründers nicht nur selbst zuwiderhandeln, sondern geradezu befehlen, dies zu tun. Am widernatürlichsten ist diese Ehe zwischen Kirche und Mars wohl im verflossenen Krieg gewesen, der von einem Regime geführt wurde, das doch alles andere als christlich war, wenn auch ein Professor für Kirchengeschichte seinerzeit schrieb: „Die wichtigste Voraussetzung ... ist die Erkenntnis grundlegender Verwandtschaften zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus", und ein Dogmatik-Professor: „Die starke Betonung der Autorität in der neuen Staatsführung ist dem Katholiken so wenig wesensfremd, daß sie vielmehr das in der natürlichen Ebene gegebene Gegenstück zur kirchlichen Autorität auf übernatürlichem Gebiete ist."

Noch ehe Hitler seinen Krieg begann, der über Millionen und Abermillionen von Menschen Tod und Unglück brachte, stand im „Vademecum für den katholischen Soldaten" (mit dem Imprimatur des Bischöflichen Ordinariats Münster vom 8.11.38) zu lesen:

„Der Führer verkörpert die Einheit des Volkes und Reiches. Er ist der oberste Träger der staatlichen Gewalt. Ihm als solchem zu gehorchen, ist der christliche Deutsche auch ohne Eid im Gewissen gebunden. Ist dem deutschen Soldaten solche Treue seinem Führer und obersten Befehlshaber zu geloben schon leicht gemacht, weil er in ihm das Vorbild wahrhaft soldatischen Wesens und Treue erkennt, . . . dann wird der christliche Soldat erst recht sein Gelöbnis in Ernst und Freudigkeit des Herzens sprechen können, weil ihn sein Glaube lehrt, in der Person des Herrschers über die rein menschlichen Fähigkeiten und Leistungen hinaus die ihm von Gott verliehene Herrlichkeit und Ehre zu erkennen und anzuerkennen... Für den Christen, der in seinen Glauben hineingenommen hat, daß die Staatsgewalt ihren Auftrag von Gott empfing, ist ein Schwanken auch in solch entscheidender Stunde nicht möglich, für den christlichen Soldaten, der sich durch einen heiligen Eid vor Gott zur Treue verpflichtet hat, erst recht nicht. Er wird den Krieg von der sittlichen Seite sehen als ein Ringen zwischen Recht und Unrecht und für sich selbst als eine Probe der Bewährung seines Mannestums..."

Als dann der so leichtfertig entfachte, ja planmäßig vorbereitete Krieg (den der christliche Soldat also von der sittlichen Seite ansehen sollte) bereits entbrannt war, da konnte der Gläubige im „Katholischen Militär-Gebet- und Gesangbuch", das vom Feldbischof für die Wehrmacht zusammengestellt und mit kirchlicher Erlaubnis im Jahre 1940 herausgegeben worden war, lesen — ohne sich hoffentlich an Papst Leo XIII. zu erinnern, der gesagt hatte: „Die Wehrpflicht ist ein Attentat auf die Selbstbestimmung der sittlichen Persönlichkeit" —: „Wehrpflicht ist Ehrpflicht. Was Deutschland groß gemacht hat, ist nicht zuletzt dem Soldatenstande zu danken. Er ist eine Schule der Tapferkeit, die Geburtsstätte großer Helden, ein Schauplatz der Ehre und des Ruhmes! . . . Halte dich an die Parole: ‚Mit Gott für Führer, Volk und Vaterland!' "

Mit Gott, mit dem Gott der Liebe also, für den Führer, der von seinen christlichen Soldaten das christliche Polen und das christliche Frankreich hatte zusammenschlagen lassen, und von seinen christlichen Soldaten beschützt im eigenen Lande ungestört seine Konzentrationslager aufbaute, die als Schauplatz eines zweiten, noch infameren Krieges weitere Armeen von Menschen entrechteten, quälten, mordeten. Halte dich an die Parole: Mit Gott...!

Aber auch für die poetischen Gemüter war gesorgt, denen in brauchbarem Infantilismus der Krieg immer noch ein Mittelding zwischen Kreuzzugsinbrunst und Langemarck-Legende war, denn im selben Büchlein fand man das erhebende und herzinnige Marienlied: „Wir grüßen dich im Schlachtgesang, / vom Tode rings bedroht, / mit Trommelschlag und Schwerterklang / und Fahnen blutig rot. / O segne uns im Streite, / Maria, unsre Königin, / Du Hochgebenedeite, / Maria, unsre Königin! /— Du thronest in des Sieges Glanz, / erbitt uns Sieg im Streit! / Im Leben einen Lorbeerkranz, / im Tod die Seligkeit! / Im Donner der Kanonen, / Maria unsre Königin / erbitt uns Siegeskronen...!"

Dann kam der Angriffskrieg gegen Rußland. Keine Frage nach Recht oder Unrecht dieses Überfalls! Gesellte sich doch jetzt zur traditionellen bürgerlich-kirchlichen Kriegsglorifizierung noch ein ganz spezielles Anliegen: der Wunsch, den Kommunismus als antipodische Idee vernichtet zu sehen. So sagte denn der katholische Feldbischof Franziskus Justus (welch treffender Name!)

am 29. Juli 1941 in einem Hirtenwort an die katholischen Wehrmachtsangehörigen:

„Kameraden! Wer will es bezweifeln, daß wir Deutsche nunmehr das ‚Herzvolk Europas' geworden sind, und zwar in einem Sinne, der weit über geographische und geopolitische Erwägungen hinausgreift? Wie schon oft in der Geschichte, ist Deutschland in der Gegenwart zum Retter und Vorkämpfer Europas geworden ... Viele europäische Staaten ... wissen es, daß der Krieg gegen Rußland ein europäischer Kreuzzug ist. Die Völker Europas müßten ihre Geschichte verleugnen und ihre Zukunft verneinen, wollten sie nicht von Herzen jene Entscheidung herbeisehnen, die den Bolschewismus für alle Zeiten aus der Geschichte vertilgt. So ist es keine Übertreibung, wenn ich sage, daß ihr im Osten gleich den deutschen Ordensrittern ... eine Aufgabe zu erfüllen habt, die von einmaliger Bedeutung ist ... Dieses starke und verpflichtende Erlebnis eures Einsatzes im Osten wird euch zu Bewußtsein bringen, wie unsagbar groß das Glück ist, daß wir Deutsche sein dürfen ... "

„Vertilgen" also! Man vertilgt eine Idee dadurch, daß man die Menschen vertilgt, die sie tragen! Was ja auch in Strömen von Blut versucht wurde. Ein Unternehmen, dessen Erfolg vom Herrn Feldbischof „von Herzen" herbeigesehnt wurde. Der „Einsatz im Osten" aber, dieses Inferno von Blut und Tod, Schmerz und Vernichtung, ist ein „verpflichtendes Erlebnis"! Wofür eigentlich verpflichtend? O großes Glück, ein Deutscher zu sein, der dem Führer helfen darf ... !

Dann kommt am 10. Dezember 1941 eine Denkschrift der deutschen Bischöfe, in der es heißt:

„ ... Wir begleiten unsere Soldaten mit unseren Gebeten und gedenken in dankbarer Liebe der Toten, die ihr Leben für ihr Volk hingaben. Wir haben immer wieder und noch im Hirtenbrief des Sommers unsere Gläubigen zu treuer Pflichterfüllung, zu tapferem Ausharren, opferbereitem Arbeiten und Kämpfen im Dienste unseres Volkes in schwerster Kriegszeit eindringlichst aufgerufen. Mit Genugtuung verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus ... "

Mit Genugtuung! Zu Bergen häuften sich die Toten, zerfetzt, verstümmelt, ausgeblutet, stinkend. Mit Genugtuung! Kann hier der Bestgesinnte noch eine Linie von Christus zum Episkopat der Kirche erkennen, ohne den Gekreuzigten abermals und viel grausamer gekreuzigt zu sehen?

Im Weihnachtshirtenwort des katholischen Feldbischofs von 1942 heißt es dann:

„ ... Das Bewußtsein, daß der Heiland in erschütternder Not und primitivster Einfachheit zu uns gekommen ist, stählt den Willen und läßt uns die Härte des eigenen Daseins leichter ertragen. Die Anstrengungen, aus denen der Sieg erwächst, werden von uns viel Kraft und Hingabe verlangen. Unser Führer und Oberster Befehlshaber steht uns hier als leuchtendes Vorbild vor Augen ... In unerschütterlichem Vertrauen auf ihn werden wir das Ziel erreichen, um das gekämpft wird. Es ist das Höchste und Edelste, was es geben kann: Heimat, Freiheit, Vaterland und Lebensraum für das Volk. Niemand weiß, wie lange es noch dauern wird, bis wir als deutsches Volk das Tor erreichen, hinter dem eine schmerzlose Zeit liegt. Sicher ist nur, daß bis dahin noch viele Prüfungen kommen, die nur bestanden werden können, wenn Front und Heimat ebenso tapfer bleiben im Kämpfen, Arbeiten, Ertragen und Ausharren wie bisher ... "

Der Heiland und der Führer — die zwei großen Vorbilder zum Durchhalten im heiligen Krieg! Auf einen gläubigen Katholiken konnte diese für ihn doch wahrhaft blasphemische Parallele nur erschütternd gewirkt haben: der absolute

Verrat an Christus! Um aber jetzt nur von der politischen Wirkung zu reden: die nationalistisch-militärische Propaganda des Regimes hätte nicht wirksamer von kirchlicher Seite her unterstützt werden können als durch solche Worte, die eine gefährliche Mischung von primitivem Idealismus und pathetischer Sentimentalität darstellen — ein Jargon, der ja heute noch keineswegs ausgestorben ist und bei jeder Kriegergedenkfeier erneut angewandt wird, auch von Geistlichen.

Inzwischen haben wir ein neu-altes Militär bekommen und auch wieder eine Militärseelsorge. Die Vertreter eines Gottes, der gesagt hat: „Du sollst nicht töten!" und „Liebet eure Feinde!" gehen also zu den Soldaten, die auf Befehl töten werden, und sagen ihnen keineswegs, was ihr Gott ihnen aufträgt, sondern:

„Zum erstenmal habe ich Gelegenheit, zu Offizieren und Soldaten der Bundeswehr vom Altare aus zu sprechen und mit ihnen das Opfer des Altares zu feiern. Es liegt kein Widerspruch darin, daß Männer, die im Wehrdienst stehen, die Frohbotschaft Christi, des Friedenskönigs, hören. Im Gegenteil: gerade der lebendige Glaube an Christus und sein Wort und die treue Christusgefolgschaft in der Selbstbildung, Selbstüberwindung und im Opfer sind die besten Garantien dafür, daß auch Soldaten, die Waffen tragen, sich als Friedensschützer wissen... Das muß all denen gesagt werden, die nicht nur am Wehrdienst, sondern auch an der Seelsorge in der Bundeswehr glauben Anstoß und Ärgernis nehmen zu müssen..."

Argumente überflüssig, weggetreten! Wahrscheinlich war ja auch der Bombenabwurf auf Hiroshima nichts Unchristliches, denn es hatte sich doch ein evangelischer Geistlicher gefunden, der dem Flugzeug mit der apokalyptischen Vernichtungslast seinen Segen mitgab!

In der oben zitierten Ansprache vom 3. Adventssonntag 1956 brachte indes der katholische Militärbischof Kardinal W e n d e l „noch eine andere Überlegung: Das Dienen steht heute ebenso wie das Gehorchen nicht hoch im Kurs. Heute will man lieber herrschen... Allein das ändert nichts an der Tatsache, daß Dienen und Gehorchen hohe sittliche Werte, ja christliche Tugenden sind... Christus hat uns durch seinen selbstlosen, dienenden Gehorsam erlöst. Er ist gehorsam geworden bis zum Tode..."

Liegt hier nicht, wenn auch nicht ausgesprochen, die Schlußfolgerung geradezu in der Luft: „Und so sollt auch ihr gehorsam sein bis zum Tode!" (dem eigenen und dem von Millionen anderer!). Warum zitiert der Herr Militärbischof nicht auch das Wort, das da sagt, man müsse Gott (der gesagt hat: „Du sollst nicht töten!") mehr gehorchen als den Menschen (die sagen: „Tötet, tötet, tötet!")? Etwa deshalb, weil er dann zugeben müßte, daß „Dienen und Gehorchen" ja durchaus keine absoluten Tugenden sind, sondern zur Sünde werden, wenn sie Böses vollziehen helfen?

Die Sophistik der halben Wahrheiten, der Klauseln und Ausreden geht weiter: „Sind die Männer zu tadeln, die bereit sind und sich auch bereit machen, die höchsten Güter ihres Volkes im Notfall zu schützen und zu verteidigen... Gewiß, es gibt ein fünftes Gebot: Du sollst nicht töten. Aber... usw. — Gibt es ferner nicht ein Gebot der Liebe, das den Feind nicht ausschließen darf, das aber..."

Hat denn niemand von den anwesenden Soldaten gespürt, wie hier einer steht und das mahnende, fordernde, schreiende Gewissen — sein eigenes und das seiner Zuhörer — zu betäuben sucht, zu verfälschen, zu ersticken? Du sollst — aber! Wenn ein Adolf Hitler so spricht, dessen Religion der Glaube an das brutale Naturrecht des Stärkeren ist — schlecht und recht, hier ist wenigstens

noch ein logischer Zusammenhang zwischen Prämisse und Konsequenz. Aber ein Vertreter Christi —?!

Und nun stehen wir vor dem letzten Schritt auf diesem grauenvollen Wege der Unmenschlichkeit (und auch Unchristlichkeit): wir machen uns bereit, das größte Verbrechen der deutschen, der abendländischen Geschichte überhaupt mit auszuführen, „wenn die Stunde es gebietet". Was aber tut die Kirche Christi: sie schweigt! Sie kann vielleicht den größten Mord aller Zeiten gar nicht verhindern — aber sie befiehlt ihren Gläubigen nicht einmal ein entschiedenes Nein, wenn sie aufgefordert werden, an ihm mitzuwirken! Ganz abgesehen davon, daß es in unserem Parlament ausgerechnet die Volksvertreter, die sich „christlich" nennen, waren, die mit verbissenem Eifer um die Vernichtungswaffen kämpften.

Wohl hat Papst Pius XII. gesagt: „Was uns betrifft, so werden wir nicht müde in dem Bemühen ..., daß der Atomkrieg mittels internationaler Übereinkünfte geächtet und ferngehalten werden kann", aber das sagen die Politiker alle genauso. Und der Christ ist doch als einzelner mit seinem Gotte und dessen Geboten konfrontiert, und seine Kirche müßte ihm auch als einzelnem sagen, was er nach der unmißverständlichen Weisung des Gottes, an dessen Realität er glaubt, zu tun hat.

Aber seine Kirche schweigt! Sie schweigt angesichts der drohenden Bereitschaft zum Massenmord! Oder sie sagt höchstens einige beschwörende Worte (damit das Prinzip gewahrt bleibt), räumt „aber" dann doch ein, daß gegebenenfalls das Gegenteil des Prinzips getan werden darf und muß! Als ob das christliche Gebot, als ob Ethik und Humanität nicht unteilbar wären!

Dieses Schweigen ist die unverzeihlichste Sünde, die die Kirche in ihrer zweitausendjährigen Geschichte zu begehen sich anschickt!

Dr. Arno Klönne

Die Jugend meint es ernst

Als die Mehrheit des Deutschen Bundestags sich für die Beteiligung am atomaren Wettrüsten und für die Errichtung von Abschußbasen für Kernwaffen auf deutschem Gebiet entschied, da traf sie eine Entscheidung auch „für" die junge Generation. Daß dieser Beschluß tatsächlich aber gegen die junge Generation gerichtet ist, ist von eben dieser Generation an vielen Plätzen in aller Deutlichkeit gesagt und begründet worden. Die Atombewaffnung wäre ein Unternehmen, das in seinen sofortigen Folgen sicherlich weniger auffällig in Erscheinung tritt, als etwa die Wiederbewaffnung Deutschlands dies tat, das aber auf längere Sicht — und das heißt: in der Perspektive der persönlichen und politischen Zukunft zumal der jetzt noch jungen Leute — die deutsche und internationale Politik weit mehr und mit einem ungleich höheren Grad

von Unwiderruflichkeit ins Negative wendet als die Remilitarisierung konventioneller Art. Wer Gelegenheit hatte, in den vergangenen Wochen Meinungsäußerungen junger Leute vielerorts in allen Schichten und Gruppierungen kennenzulernen, für den kann kein Zweifel daran sein, daß die Haltung jener Jugendlichen, die als Mitglieder der „Jungen Union" die Politik der Parteiführung auch in diesem Punkte (oft in weniger fundierter als lauter Weise) unterstützen zu müssen glauben, der Einstellung der überwiegenden Mehrheit der organisierten wie der nichtorganisierten Jugend entgegengesetzt ist. Unablässig kommen aus Jugendversammlungen, Jugendverbänden, Jugendringen und aus dem Kreis junger Arbeitnehmer in den Betrieben Erklärungen und Demonstrationen gegen eine Politik, die die internationale Spannung an einem entscheidenden Punkt unnötig und unerträglich verschärft, die statt zu schrittweiser Abrüstung zur Verstärkung der Rüstungsanstrengungen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs" führt, die internationale Kernwaffenabrüstung äußerst unwahrscheinlich und die deutsche Wiedervereinigung vollends unmöglich machen würde. Die Aktivität junger Menschen in dieser Sache ist umso beachtlicher, als die Entwicklung der Paulskirchenaktion gegen die Wiederbewaffnung seinerzeit — an der ja gerade die junge Generation stärkstes Interesse nahm — nicht dazu angetan war, von der nötigen Konsequenz der politischen Repräsentanten solcher Massenbewegungen zu überzeugen. Im folgenden sollen nun aus einer Fülle von Erklärungen junger Menschen und Gruppierungen zur Atombewaffnung einige wenige exemplarisch zitiert und an ihnen zugleich bestimmte Verhaltensweisen gezeigt werden, die für die Kampfbewegung gegen die Atombewaffnung allgemein beachtenswert scheinen. Der Hessische Jugendring (die Dachorganisation aller großen Jugendverbände im Lande Hessen) hat am 24. April dieses Jahres einstimmig — bei Stimmenthaltung der Vertreter des Bundes der Deutschen katholischen Jugend — einen Beschluß zum Thema „atomare Bewaffnung der Bundesrepublik" gefaßt, in dem es u. a. heißt:

„Die Vollversammlung des Hessischen Jugendrings ist von großer Sorge um die Erhaltung des Friedens erfüllt und fühlt sich mit allen, die diese Sorge teilen, eng verbunden.

Der gegenwärtige Entwicklungsstand atomarer und anderer moderner Waffen kann im Kriegsfalle nur zur grausigen Zerstörung und zur Vernichtung menschlichen Lebens führen.

Alle Handlungen der verantwortlichen Politiker in Ost und West können nur danach gewertet werden, ob sie zur Entspannung beitragen oder nicht. Auch die kleinste Unterlassung kann historische Schuld bedeuten.

Die Vollversammlung des Hessischen Jugendringes richtet daher an die Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages die ernste Mahnung, noch einmal zu prüfen, ob der Beschluß des Bundestages vom 25. und 26. März 1958 geeignet ist, dem Frieden zu dienen, und ob nicht insbesondere der Wunsch aller Deutschen, die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands, in seiner Verwirklichung gefährdet wird. Darüber hinaus stellt die Vollversammlung des Hessischen Jugendringes an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Frage, ob sie bei ihrem Beschluß auch die Gewissensnot bedacht haben, in die junge Menschen zwangsläufig geraten, wenn sie an modernen atomaren und sonstigen Waffen ausgebildet werden und diese Waffen im Kriegsfalle bedienen müssen."

Diese Stellungnahme — wie viele ähnliche aus dem Raum der Jugend — steht klar ersichtlich jenseits aller engen Parteinahme. Sie ist formuliert und beschlossen unter Absehen von Sympathien für diese oder jene Partei. Ein zweiter Charakterzug der Stellungnahme junger Menschen zur Frage der Atom-

bewaffnung scheint mir der Blick fürs Konkrete, der enge Bezug zwischen Argumentation und Handeln, der hier vielfach sichtbar wurde. So lautete z. B. die Balkenüberschrift eines Flugblattes gegen die Atomrüstung, das von Leitern verschiedener Jugendorganisationen herausgebracht wurde: „Verhindert atomare Rüstung in Deutschland" —, womit der Taktik der Bundesregierung, das Problem in ein von Deutschland aus unbeeinflußbares globales Thema abzubiegen, entgegengearbeitet wurde, noch bevor diese Taktik offenbar wurde. Und in einem Flugzettel der Jugendzeitschrift „Pläne" beschränkt man sich nicht auf Deklarationen, sondern legt folgenden Katalog der Praxis vor:

„Es kommt alles darauf an, die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung so zum Ausdruck zu bringen, daß die Entscheidung der Mehrheit des Bundestages rückgängig gemacht wird. Lassen wir uns nicht durch die Zweckpropaganda beirren, daß „einmal geschaffene Tatsachen nicht mehr zu ändern seien". Noch ist die Atombewaffnung Deutschlands nicht Wirklichkeit. Sie zu verhindern, ist auch Sache aller jungen Menschen.

Wir machen auf folgende Möglichkeiten aufmerksam:

Setzen Sie sich ein für die Durchführung von Volksbefragungen. Beteiligen Sie sich dabei als Helfer zur Aufklärung der Bevölkerung.

Nutzen Sie jede Möglichkeit, an jedem Platz, durch Gespräche, Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Leserbriefe, Flugblätter und Plakate zur Frage der Atombewaffnung Stellung zu beziehen.

Stellen Sie das Thema „Atomrüstung" in Jugendverbänden, Jugendringen, öffentlichen Jugendforen und Studentenversammlungen zur Debatte. Führen Sie Probeabstimmungen durch.

Teilen Sie die Ergebnisse der Öffentlichkeit (Presse), den politischen Parteien, den Landtags- und Bundestagsabgeordneten und dem Bundeskanzler mit.

Regen Sie an und helfen Sie mit, die Ablehnung der Atombewaffnung an den Arbeitsplätzen und in den Betrieben zu demonstrieren."

Ein dritter Vorzug dieser Stellungnahmen der jungen Deutschen gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik liegt wohl darin, daß die Atomfrage zwar losgelöst von einseitiger parteipolitischer Bindung, nicht aber isoliert von einer weitergreifenden außenpolitischen Konzeption betrachtet und dargestellt wird. Immer wieder wird hier darauf aufmerksam gemacht, daß der Protest gegen die deutsche Atombewaffnung mit der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone (Rapacki-Plan) verbunden sein muß, daß darüber hinaus weitere Möglichkeiten für einen Abbau unfriedlicher Gegensätze in der Weltpolitik gefunden werden müssen und daß Voraussetzung für all das die Abkehr von der Ideologie der Verteufelung des Ostblocks, die Abkehr von politischen Kreuzzugsvorstellungen ist...

Man kann sich nicht darüber beklagen, daß die Jugend der Bundesrepublik in der Frage der Atombewaffnung ohne Meinung und Stellungnahme sei. Man muß alles dafür tun, daß diese Aktivität junger Menschen, die leben wollen, nicht wiederum durch Mangel an Konsequenz und Beharrlichkeit bei den Verantwortlichen, den „Älteren und Erfahreneren" aufs Trockene gerät.

Hans Henny Jahnn

Zwölf Jahre Warnungen vor der Atombombe . . .

. . . und zwölf Jahre näher sind wir dem Untergang aller menschlichen Leistungen und Äußerungen. Wir stehen am Schlagbaum vor dem Abgrund.

Bald nach der Kapitulation Deutschlands — es mag 1945 oder 1946 gewesen sein — hatte ich mit Niels Bohr ein vielstündiges Gespräch in seinem Arbeitszimmer des Instituts für theoretische Physik. Ich habe mir damals keine Aufzeichnungen von unserer Unterhaltung gemacht und entsinne mich nur weniger präziser Aussagen und der ungewöhnlichen Sorge, die Niels Bohr erfüllte. Er hatte, ehe die erste Atombombe auf Hiroshima fiel, den Präsidenten der USA, Truman, in einem Brief dringend gebeten, den Befehl zum Abwurf der ersten Bombe nicht zu geben. Vergeblich. Die Militärs handelten, und ein Geistlicher sprach zum Ereignis des Abwurfes Gebete, der Höchste möchte der Tat zum Gelingen verhelfen. So schrieben denn die Piloten M. Miller und A. Spitzer vom Flugzeug „The great Artist" aus das Mene, mene tekel upharsin gegen den Himmel. — Die Gebete waren inzwischen sogar gedruckt und in mehreren Sprachen übersetzt worden.

Niels Bohr erzählte von der Herstellung der Bombe, wie man mühsam wirksames Uran oder Plutonium Atom um Atom anreicherte, daß man Silber aus dem Staatsschatz zu Drähten verarbeitete, um die Riesen-Magneten der Zyklotrone herzustellen. Er sagte auch, man werde binnen kurzem Atombomben billiger und anders herstellen — und wenn es dahin käme, daß selbst kleinere Staaten Atombomben besäßen, müßte jede Hoffnung auf eine Weiterentwicklung der Menschheit verlöschen.

Etwa ein Jahr nach dieser düsteren Unterhaltung veröffentlichte der amerikanische Gelehrte Harald C. Urey einen Notruf: „Ich fürchte mich." Urey ist der Entdecker des Wasserstoff-Isotops Deuterium, das die Flüssigkeit Wasser um etwa 10 % schwerer macht. Ihm wurde 1934 der Nobelpreis für eben diese Entdeckung verliehen, die eine wesentliche Rolle bei der Gewinnung der im Atom enthaltenen Kräfte spielte.

Ich möchte einige Absätze aus seiner Warnschrift wiederholen. Für die Übersetzung benutze ich eine dänische Ausgabe, da ich die englische nicht zur Hand habe. Urey beginnt:

„Ich schreibe dies, um Ihnen Furcht einzuflößen. Ich selber habe Furcht. Alle Gelehrten, die ich kenne, fürchten für ihr eigenes Leben und für das der anderen! Kürzlich waren wir als Ratgeber in Washington, wo man uns über die Entwicklungsmöglichkeiten der Atombombe ausfragte. Bei dieser Gelegenheit lernten wir natürlich etwas von den Gegebenheiten kennen, die in der Politik enthalten sind. Das, was wir lernten, hat unsere Furcht vergrößert . . . Wir waren erschrocken darüber, was etwa Politiker und Diplomaten erfinden könnten, um die Atombombe anzuwenden. Nun denken Sie vielleicht, dieser Gelehrte will nicht von Wissenschaft, sondern von Politik sprechen. Ist er dazu befugt? Was versteht er von Politik?

Dies weiß ich: ich höre die Leute von der Möglichkeit reden, Atombomben im Kriege anzuwenden. Als Mann der Wissenschaft sage ich Ihnen: es darf niemals ein neuer Krieg kommen!

Unser Aufenthalt in Washington hat mir gezeigt, daß trotz allem, was darüber geschrieben wurde, es einen gefahrbringenden Prozentsatz an Politikern gibt, die, deutlich erkennbar, das Problem nicht begreifen. Man fragt uns unablässig:

‚Kommt denn keine Verteidigung gegen Atombomben?' Ich habe niemals gehört — und Sie haben niemals gehört —, daß ein Gelehrter gesagt hätte, es fände sich irgend eine wissenschaftlich begründbare Verteidigung gegen Atombomben.

Militärpersonen haben die Neigung, sich in Gedankenkreisen zu bewegen, abgeleitet aus den Erfahrungen früherer Kriege. Sie denken oft an die (Atom-) Bombe in Verbindung mit der Luftwaffe, als ob sie von einem Flugzeug abgeworfen würde. Sie ist viel geeigneter als Ladung in einer V-2-Rakete, die schneller als der Schall ist. Die V-2-Rakete und die Atombombe sind, militärisch gesehen, wie füreinander geschaffen ..."

Urey erwähnt dann den „anonymen Krieg". Er versteht darunter den ungeheuerlichen Vorgang, daß zwei Staaten miteinander in Konflikt geraten und ein dritter Staat (anonym) die Bomben abwirft.

„Viele von uns haben mit Menschen gesprochen, die die Zerstörung in Hiroshima und Nagasaki studierten. Sie haben unsere Überzeugung bestärkt, daß das Wichtigste in der Welt heute ist, die Bedrohung New Orleans oder Londons oder Paris' zu beenden. Von seiten der Wissenschaftler — und sie sind sich darin bemerkenswert einig — ist nur ein einziger Ausweg erkennbar: Weltkontrolle. Nach und nach verlieren wir unsere ursprünglichen Illusionen. Es gibt kein Geheimnis, es gibt keine Verteidigung. Die Bomben sind erstaunlich billig. Vergleicht man die Kosten zugleich mit der Effektivität, so ist die Bombe die billigste Kriegswaffe der Welt.

Fordert man Weltkontrolle, so betreibt man eine Art Politik. Ich glaube, daß die meisten Wissenschaftler es vorziehen würden, ihr Interesse für diese Dinge ‚soziale Wachsamkeit' zu nennen ..."

„Viele Jahre lang bin ich ein gebranntmarkter Mann gewesen — gemeinsam mit hunderten anderer Wissenschaftler. Wir wurden sorgfältig überwacht und kontrolliert. Sollte eine internationale Polizei- und Inspektionstruppe aufgestellt werden, würde es eine weitere Kontrolle für uns alle bedeuten; aber ich kann versichern, daß die Männer der Wissenschaft diese Beschränkungen willkommen heißen werden — als Garantie dafür, daß niemals wieder eine Atombombe explodieren wird ..."

„Jene, die an Wettrüsten mit Atombomben denken, die mit Schlachtschiffen und Flugzeugen prahlen, jene, die davon sprechen, nationale Machtmittel anzuwenden, um den Frieden aufrecht zu erhalten, sie verstehen einfach nichts von diesem Komplex der Furcht ..."

„Kleinere Staaten werden von Großmächten umklammert, werden vollständig übergeschluckt oder nur ‚beschützt', oder auch aus Furcht zusammengetrieben. Wenn Sie — das Volk — all dies geschehen lassen, wird es vielleicht dahin kommen, daß wir eine Welt erleben, geteilt in zwei große Interessenssphären, Ost und West, in Angst voreinander, ein einziges unvorsichtiges Wort fürchtend. Ist das etwa Befreiung von der Furcht?

Wir werden dahin kommen, in A n g s t zu essen, in A n g s t zu schlafen, in A n g s t zu leben und in A n g s t zu sterben. Wir stehen jetzt von Angesicht zu Angesicht mit der Kraft, die, um philosophisch zu sprechen, der Allmächtige im Universum selber ist. Man wird niemals eine Maginot-Linie gegen die unendliche Kraft des Universums bauen können, die durch des Menschen grenzenlose Erfindungsgabe entfesselt wurde ..."

„Lassen Sie uns auf Rußland schauen. Wenn Sie nun erkennen — wir Forscher tun es — daß die russische Wissenschaft von heute einige der besten Gehirne der Welt besitzt, so glaube ich, Sie begreifen auch, daß es nicht lange währen kann, bis sie die Atomkraft meistern. Selbstverständlich müssen die russischen Führer

(noch) Furcht vor den Wirkungen dieser Kraft haben. Welche Haltung sie einnehmen? — lassen Sie uns einmal denken, wie wir empfinden würden, wenn sie es gewesen wären, die diese entsetzliche Waffe besäßen und nicht wir — wenn sie einen zufälligen Vorsprung hätten, von dem wir wüßten, daß wir ihn einholen könnten.

Ich schaue aus nach einer Begegnung zwischen den Führern der Großmächte und ihren Wissenschaftlern. Ich weiß, daß die wissenschaftlichen Berater den guten Glauben ihrer politischen Führer widerspiegeln werden. Die Männer der Wissenschaft werden keine Schwierigkeiten haben, einander zu verstehen. Wenn sie zusammenkommen, so glaube ich, daß ihr Rat beinahe einstimmig sein wird ..."

„Kein Land kennt die Zerstörungen des Krieges besser als Rußland. Kein Land hat mehr Menschen und mehr Material verloren. Die Russen haben diesen Krieg begriffen und werden den Atomkrieg begreifen. Keiner, der den Atomkrieg begreift, wünscht etwas anderes als Frieden.

Wir müssen jetzt diejenigen unserer Politiker unterstützen, die klar erkennen, daß eine Revolution gewesen ist. Wir müssen aufmerksam auf die Führer hören, die uns ihre ehrlichste Meinung sagen, was wir aus dieser Revolution machen können. Und wir müssen den Kampf gegen jene aufnehmen, die glauben, daß das, was für andere Zeitalter galt, sicherlich auch für das Atomzeitalter taugt. Nach und nach, wenn die Menschheit langsam zu verstehen beginnt, werden unsere Probleme einfacher werden. Aber der allergefährlichste aller Faktoren ist die Zeit.

Vor einigen Jahren sagte ein moderner Prophet, die Zivilisation sei ein Wettlauf zwischen Aufklärung und Katastrophe. Dieser ‚Wettlauf' war damals eine Redensart, heute ist es die Wahrheit vor allen anderen ..."

Vor mehr als 10 Jahren also schrieb Urey seine Furchtgedanken nieder. Jeder Satz hat seine Gültigkeit behalten. Die Bombe aber ist gewachsen. Der Engländer Dr. Marcus L. Oliphant vermutete um die gleiche Zeit und sprach es öffentlich aus, daß kräftigere Atombomben binnen kurzem eine Tatsache sein würden. Er schätzte, ihre Wirkungsweise würde ein oder zwei Millionen Tons Trotyläquivalent sein. Man glaubt auch, daß 10 000 eingelagerte Atombomben das Maximum darstellen würden, was die Rüstungsgläubigen dem nüchternen Durchschnittsverstand zumuten könnten.

Das erste thermonukleare Ungeheuer hatte dann die fünf- bis zehnfache Explosionsstärke der oben genannten Schätzung. Es wurden bald Fortschritte erzielt, die das Vorstellungsvermögen sprengen. Eine Äußerung des russischen Forschers Kurtschalow bestätigte vor ein paar Jahren die Vermutung, daß Rußland vorübergehend einen Vorsprung vor dem Westen errungen hatte: „Wir verstehen es heute, in der Wasserstoffbombe die Bedingungen für die Verwandlung von Wasserstoffverbindungen in Helium herbeizuführen ..."

Inzwischen haben wir auch schon von einer Dreistufen-Bombe gehört, der Erdbeben erzeugenden FFF. Und was die Zahl der Bomben betrifft, so konnte sie Anfang 1956 für die beiden gegnerischen Staaten mit insgesamt 46 500 angegeben werden. Die neue Zahl, zwei Jahre später, wenn man sie erführe, würde sicherlich eine Verdoppelung anzeigen.

Urey blieb mit seiner Warnung nicht allein. Die Pioniere des umwälzenden Forschungsgebietes der Kernphysik mußten nach vielen Richtungen hin das Schlimmste befürchten. Und sie schwiegen nicht. Man trage nur zusammen, was Otto Hahn, Albert Einstein, Niels Bohr, Oppenheimer, Sturtevant, H. J. Muller, Linus Pauling und Dutzende andere For-

scher in der Frühzeit der Atombombe gesagt und geschrieben haben. Der Russell-Appell, anfänglich nur von acht Wissenschaftlern unterzeichnet, sammelte bald andere Namen. Die Vereinigung der Nobelpreisträger gab eine gesonderte Erklärung ab. Niels Bohr hatte schon sehr früh den United Nations eine schriftliche Warnung überreicht. Und dann wurde an vielen Stellen des Erdenrunds der Unwille gegen die Entscheidungen der Militärs und der Stärkepolitiker deutlich sichtbar. Ich nenne nur die Warnung der 18, die Beschwörungen Albert Schweitzers, der 2000, der 204, der 9235 aus 44 Nationen, der 40, der 44, der Akademien, der Frauen, der 10 000, der Kinderschutzorganisationen, des Aldermaston March Committees, Japans und aller, die die langen Listen füllen; und es sind die besten Namen, die sich darin den Hunderttausenden beigesellen.

Vor ein paar Jahren war es für mich noch eine bange Frage, ob es Militärs und Staatsleute gäbe, die es besser wissen wollen als die „Elite der Welt", die einen mit Sieg ausgehenden Überfall auf jeweils die Hälfte der Menschheit — wie auch immer geartet — für möglich halten. Ich stelle die Frage nicht mehr. Die Enttäuschung über das schlechthin absurde, unbegreifliche Verhalten der Regierenden (und ich rechne die hohen Militärs zu den Regierenden) ist so tief, daß die Frage ersterben mußte. Man hält ein Wahnsinnsunternehmen für durchführbar oder sogar für unvermeidbar und den halbglücklichen Ausgang für möglich. Die Katastrophe hat für die „Führer" kein menschliches Gesicht, das ist aus ihren Reden feststellbar. Die Zerstörung bleibt für sie anonym. Sie glauben an ihren Bunker — nicht etwa an die Musik oder an das schöpferische Wort oder an Kathedralen oder an den Wald — und sitzen womöglich in ihrem Bunker. Die Nullen, die man an irgendeine Zahl von Toten hängt, geben ihnen nichts anderes als eine statistische Weisung. Aus 50 000 000 werden 500 000 000 — eine einzige Null. Zwei Nullen freilich, dann wären sie eingeschlossen. Zwei Nullen schreibt keiner mehr hinter die Totenzahl des letzten Krieges.

Es besteht für mich kaum noch ein Zweifel daran, daß die Mechaniker des Krieges einen Teil ihrer Vorstellungskraft eingebüßt haben, daß fertige Denkmodelle ältester Art an die Stelle des Denkens getreten sind.

Aber wie können diese Greisenhaftigkeit, diese archaischen Gebilde im Hirn, diese konservativen Vorstellungen, die schon vor ein paar Jahrtausenden örtlich überwunden schienen, in dieser Revolution weiter bestehen? Was bedeutet diese furchtbare Kluft zwischen wissen und durch Empfindungen erkennen? — Sind wir mitten in der Verkümmerung dessen, was wir so großartig Seele genannt haben?

Wenn man überzeugt sagt: Krieg hat es immer gegeben und wird es immer geben, dann ist jeder Widerstand gegen die Atombewaffnung sinnlos. Es gibt nur eine positive Lösung für das Fortbestehen der Menschheit: den Krieg und damit auch die „klassische" Bewaffnung abzuschaffen. Wenn gesagt wird: der Kommunismus ist unveränderbar; er wird die westliche Welt angreifen, so entsteht die Gegenfrage: gibt es etwas Unveränderbares? — Man ist also weit davon entfernt, einander helfen zu wollen, wohl aber überbereit, einander zu verdächtigen und mißzuverstehen. Man führt den kalten Krieg bis an die Grenze des atomheißen. Es wird nicht einmal geleugnet; man träumt freilich vom atomaren „Buschfeuerkrieg" — mangels Fantasie.

Der dreifache Appell Albert Schweitzers wird gerade von Oslo aus verbreitet; der tapfere Linus Pauling erklärt erneut, daß radioaktiver Kohlenstoff 200mal gefährlicher als Strontium 90 sei. Erschüttert interpretiert er die Mitteilung der amerikanischen Atom-Energie-Kommission, daß bei jedem

Atomwaffenversuch je Megatonne Sprengwirkung 17 Pfund radioaktiver Kohlenstoff frei werden. Die Gefahr, die der Menschheit daraus erstehe, erstrecke sich auf die nächsten fünf- bis zehntausend Jahre.

Ist es zu spät zum Verhandeln? Gibt es die Bedingungen für eine erderhaltende Vernunft im menschlichen Gesamtdenken nicht? Sollen Instinkte, untierhaft geworden, die den Kriegsmaschinen nicht entsprechen, dennoch den komplizierten Apparat des Untergangs in Bewegung bringen? Ist alles, was unseren Geist unsichtbar umschleicht, die Sprache, die Musik, das Geformte, das mechanisch Arbeitende, die Abstraktionen der Mathematik und des philosophischen Denkens, nur ein mystischer Kleister, ein Protzentum über der äußerst zufälligen Aufgabe: Kohle und Öl zu verheizen, damit hinterher, wenn wir uns den Garaus gemacht haben, die Bäume und Pflanzen ein wenig besser wachsen können? — Die sogenannte Evolution hat uns nicht versprochen, vor dem jetzigen Menschentypus Halt zu machen.

Zum 1. Mai des Jahres 1958 hat die deutsche Bundesregierung eine Annonce drucken lassen, in der sich der Satz findet: „Wir dürfen uns nicht durch falsche Propheten irremachen lassen!" Diese „falschen Propheten" gehören zur Elite der Welt oder stellen sich an die Seite dieser Elite. — Es gab schon einmal, uns allen bekannt, vor ein paar tausend Jahren, einen „falschen Propheten", nämlich den echten Propheten Jeremias, den großen Dichter Israels. Er „verwirrte" seine Landsleute damit, daß er sie vor einer unklugen, angeblich notwendigen Aufrüstung und vor eben so unklugen und überheblichen Provokationen warnte. Die regierenden Propheten warfen ihn daraufhin ins Gefängnis, ließen ihm die Nieren losprügeln — und Israel wurde von Babylon, das mit Recht verärgert war, überrannt, zerstört. Auch Jerusalem wurde zerstört. Die überlebenden Juden wurden nach Babylon verschleppt. Jeremias wurde von den „Feinden seines Volkes" aus dem Gefängnis befreit; er starb als Emigrant in Ägypten.

Johannes Weidenheim

In unserem Lande . . .

In unserem Lande steht theoretisch die Revolution vor der Tür. Diese Gefahr ist potentiell immer und überall dann gegeben, wenn der überwiegende Teil der Intelligenz eine entscheidende, die Zukunft bestimmende Aktion der Regierung verabscheut und wenn es keine parlamentarische Möglichkeit gibt, die Regierung entweder zur Revision ihres Beschlusses oder zum Rücktritt zu zwingen.

Unsere Regierung hat sich weder von den Beschwörungen der parlamentarischen Opposition noch von den vieltausendfachen Appellen der Intelligenz davon abhalten lassen, die Ausrüstung unserer Truppen mit Atomwaffen zu beschließen. Bis zum heutigen Tage sind alle Warnungen vollkommen vergebens gewesen — ebenso vergebens, wie es die ungezählten guten und scharfen und bis heute

nicht widerlegten Worte einer langen Reihe von deutschen Geisteskämpfern in den zurückliegenden fünf oder mehr Jahrzehnten gewesen sind: vor 1914 und vor 1939.

Die im Besitze der Macht waren, haben nie darauf gehört. So hat denn das Kaiserreich folgerichtig zugrunde gehen müssen, und so mußte es denn folgerichtig dazu kommen, daß dem Deutschen Reich im Osten weite, blühende Gebiete entrissen wurden und daß sich aus dem Rest — der kein Reich mehr war — zwei einander feindlich gegenüberstehende deutsche Teilstaaten entwickelten. Immer noch, bis heute, hat in Deutschland das Sich-stark-machen über das Vermitteln triumphiert — die schreckliche deutsche Idee „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein" über den Gedanken der Mäßigung. Und noch jedesmal hat es mit einer Katastrophe geendet.

Wenn wir die kriegerischen Möglichkeiten des gespaltenen Atoms — von der Wasserstoffbombe ganz zu schweigen — mit 100 Einheiten annehmen wollen, so betrug das soldatische Aufplustern unter Wilhelm II. demgegenüber, sagen wir einmal, 20 Prozent; dem folgte eine Abreibung durch die Geschichte von ebenfalls ungefähr 20prozentiger Konzentration. Unter Hitler dann nahm das alles erheblich zu; wieder wurde den Deutschen eingehämmert, sie müßten „stark" sein gegen ihre „Feinde", und wieder wurde aufgerüstet — diesmal, meine ich, schon zu etwa 50 Prozent; und genau so stark war nachher der Schlag, der 1945 unser Volk traf. Haben wir erst die Atombombe, so sind wir zu 100 Prozent gerüstet; und die Verheerung, die wir damit heraufbeschwören — die dritte in diesem Jahrhundert —, wird wieder genau dem Ausmaß unserer „Stärke" entsprechen.

Vor allem dies ist der tiefere Beweggrund dafür, daß in diesen Wochen so viele Gebildete unseres Volkes sich gegen die Rüstungspolitik der Regierung stellen: sie alle sind geschichtlich denkende Menschen — sonst wären sie nicht gebildet —, sie lesen es der Geschichte unseres Volkes ab, daß es zuletzt stets nur geschlagen wurde, wo es sich selber zum Schlagen anschickte, und die elementarste historische Logik weist ihnen nach, daß wir mit der atomaren Aufrüstung unser gesamtes Dasein als Volk aufs Spiel setzen.

Also auch aus nationalem Erbarmen gehen sie auf die Straße, stellen sie sich auf Rednerpulte, unterzeichnen sie Aufrufe, erheben sie ihre Stimmen lauter, als gebildete Menschen es normalerweise tun, befinden sie sich innerlich in einem aufgerührten Zustand. Sie haben in der Vergangenheit nachweislich genauer gewußt als die Inhaber der Macht, wohin Rüstungspolitik uns führen würde, und sie wissen es auch heute genauer. Wogegen sie sich so erbittert auflehnen, ist im Grunde dies:

Sie wollen nicht ein drittesmal innerhalb weniger Jahrzehnte auf so fürchterliche Art recht behalten!

Wird es auch diesmal vergebens sein? Ist die Apparatur der Macht auch in einer parlamentarischen Demokratie immun gegen den Einspruch des Geistes? Nun, wir werden es bald sehen. Zu Optimismus besteht kein Grund. Aber der Kampf ist entbrannt. Und immerhin hat unsere streitende Intelligenz zum erstenmal eine breite Partnerschaft: Millionen von Arbeitern, Müttern, Studenten, Bürgern und Landleuten stimmen mit ihr ein in den Protest: „Kampf dem Atomtod! Keine Atomwaffen für Deutschland!"

Die Regierung hat inzwischen lernen müssen, diese Unruhe ernst zu nehmen. Vor einem Jahr noch konnte Konrad Adenauer es sich erlauben, die 18 Göttinger Professoren, weltberühmte Namen darunter, zunächst einmal abzukanzeln. Es sieht so aus, als wären diese Zeiten vorbei. Die Regierung steht, genau besehen,

unter Zugzwang. Was wird sie tun? Ihre jüngste Agitationskampagne „ ... auf der ganzen Welt" ist noch keine Tat, noch lange nicht. Damit sei nicht behauptet, daß daraus nicht eine werden könnte. Ja, es m u ß eine daraus werden, wenn unser Volk sich nicht bis ins Mark mit sich selbst verfeinden soll.

Es kann aber auch ganz einfach ein groß angelegter Schwindel daraus werden. Wo zwischen Worten und Taten ein Abgrund klafft, ist größte Wachsamkeit geboten, täglich und stündlich. Wer sich der Aktion „Kampf dem Atomtod!" nur anschließt, um die Aufmerksamkeit des besorgten Volkes vom Import der Pest in unser Land und von der sprunghaften Verschärfung der internationalen, besonders der osteuropäischen Lage infolge unserer Atomaufrüstung abzulenken, der spielt ein falsches Spiel. Der dreht dem Volke das Wort im Munde herum — und der versucht, die opponierende Intelligenz des Volkes der Lächerlichkeit preiszugeben!

Ob das die theoretische Revolution zu einer praktischen überleiten könnte, ist auf lange Sicht vielleicht nicht einmal so entscheidend; nachhaltiger wäre die geistige Amputation, die dann einträfe: es entstünde im Effekt die gleiche Entfremdung wie vor einem Vierteljahrhundert, als Deutschland den größten Teil seiner besten Köpfe und Charaktere in die äußere oder innere Emigration verjagte.

Unsere Regierung muß sich vor allem darüber im klaren sein, daß sie uns von der politischen und militärischen Notwendigkeit unserer atomaren Aufrüstung nicht überzeugt hat und nicht wird überzeugen können. Darum hat sie nur die Wahl, entweder in diesem Punkt nachzugeben oder ihre blanke Macht in die Waagschale zu werfen. Hoffentlich weiß sie, was sie zu tun hat! Es wäre sehr schade um unsere junge Demokratie ...

K a t h a r i n a S e i b e r t

Aufbruch in Südafrika

Der Gedanke, in Asien kein Mitspracherecht mehr zu haben, wird uns westlichen Menschen allmählich vertraut; ja, Asien beginnt seinerseits, über europäische Angelegenheiten mit zu befinden. Trotz dieser Erfahrung tobt in Afrika der Kampf um die zurückweichende weiße Vorherrschaft, und dies nicht nur politisch, sondern auch in einer vom menschlichen Standpunkt mit aller Schärfe zu verurteilenden Form. Der durchschnittliche Zeitungsleser bei uns nimmt dies alles zur Kenntnis, ohne über Einzelheiten und historische Zusammenhänge sich Gedanken zu machen, ohne sich der Mitverantwortung jedes Weißen für Untaten, die Tag für Tag geschehen, bewußt zu sein, oder das Verhängnis zu sehen, das sich für unser aller Zukunft daraus entwickeln muß.

Die französische Widerstandskämpferin und Schriftstellerin Germaine T i l l i o n, die viele Jahre lang als Ethnographin in Afrika arbeitete und dadurch mit den Lebensformen der einheimischen Bevölkerung hervorragend vertraut wurde, sieht in ihrem Buche „L'Algerie en 1957" das größte Verbrechen des 18. Jahrhunderts im Sklavenhandel, das des 19. Jahrhunderts in der Kolonisation

und das sich daraus herleitende Vergehen des 20. Jahrhunderts in der „Clochardisation", der entsetzlichen Verelendung, der nach ihrer Ansicht drei Viertel der gesamten Menschheit ausgeliefert sind. „Ihr habt uns", sagte einmal ein alter Kabyle zu Germaine Tillion, „in eine Furt geführt und uns mitten darin stehen gelassen".

Nur wenige Menschen der Völker, denen dieses Unrecht der „Clochardisation" zugefügt wird, gelingt es — und dies nur, wenn ihre weißen Herren es für gut befinden — die Furt vollends zu durchschreiten. Diese wenigen sind zwar nun wohlhabender als zuvor; die übrigen aber, und das ist die große Mehrzahl, sind einem zunehmenden Elend preisgegeben. Sie haben unsere Zivilisation kennengelernt, sie fiebern nach einer eigenen neuen Zukunft, aber sie stehen hilflos mit leerem Magen und leeren Händen auf der Schwelle zwischen den beiden Welten. Der Hunger ist heute der ununterbrochene Begleiter der meisten Afrikaner von der Geburt bis zum Tode. Auch unsere so selbstgerechte Vorstellung, die „primitiven Völker" hätten uns für zivilisatorische Fortschritte, für Hygiene und sinkende Todeszahlen zu danken, wird durch diese beschämenden Tatsachen und Verhältnisse im heutigen Afrika widerlegt. Von eingeborenen Bauern wird aus barem Hunger oft das Saatgetreide verzehrt. Zehntausende von jungen Menschen, die dank dem ungeheuren Geburtenüberschuß jährlich dem Arbeitsmarkt zuwachsen, bei dem Fehlen von Industrie oder den bestehenden Tabus für Schwarze aber keine Arbeitsmöglichkeit finden, bilden in den Städten ein wurzelloses, primitives und gefährliches Proletariat. Unaufhaltsam entwickelt sich hier ein immer krasseres Mißverhältnis: Auf der einen Seite steigen Reichtum und Lebensstandard in der Welt stetig an; in Afrika jedoch vermehren sich die Menschen wie nie zuvor, ohne daß sich auch die Lebensgrundlagen erweitern. Ein immer weiteres Absinken des Lebensniveaus ist die Folge.

Immer wieder taucht in den Bemühungen um Lösungen in Afrika der Gedanke an Reservate auf. So gibt es auch Franzosen, die eine Isolierung der Weißen in Algerien in eigenen Gebieten für möglich halten, ein Gedanke, den Germaine Tillion die Mau-Mau-Lösung nennt, weil die Engländer in Kenia versuchen, durch einen starken Wall eine wohlhabende Minderheit von einer verhungernden Mehrheit zu trennen. Doch wie, wenn dieser Wall eines Tages notwendig zum Einsturz kommt? Denn wenn auch dieser Unruheherd der jüngsten Geschichte zur Zeit nicht in Erscheinung tritt, einstweilen befriedigt durch Reformen auf Grund der Erkenntnis, daß Schwarze und Weiße an der Regierung beteiligt sein müssen, so sind doch auch diese Reformen nach gewaltsamer Niederwerfung des Aufstandes noch weit von endgültiger Lösung entfernt. Über die Stimmung unter den dort lebenden Engländern gibt ein kürzlich erschienenes Buch, „Die Front der Farbigen", ein vielsagendes Bild. Unter dem Namen J. P. Drexler werden hier Tagebuchaufzeichnungen eines Amerikaners veröffentlicht, der in geheimem Auftrage Asien und Afrika durchreiste. Er schreibt über seine Ankunft in der Hauptstadt von Kenia: „Das Hotel schien der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in Nairobi zu sein. Aber eine Reihe von Gentlemen, die in den Sesseln saßen und ihre Zeitungen lasen, hatten den Karabiner oder die Maschinenpistole neben dem Knie stehen. Eine umgeschnallte Pistole im guten alten Cowboystil war das wenigste. Die Damen schlossen sich von dieser Mode nicht aus. Ich zählte mindestens ein Dutzend würdiger älterer Ladies, die auf ihren bunten Sommerkleidern eine lederne Revolvertasche am langen Schulterriemen trugen. In der Regel schaute der Griff einer großkalibrigen automatischen Pistole aus der Tasche heraus. Ich erkundigte mich beim Portier, ob ein unmittelbarer Angriff der Mau-Mau auf das Hotel bevorstünde.

‚No, Sir', antwortete der wackere Mann. ‚Aber was wollen Sie? Unsere Gäste haben sich der Zeit angepaßt'."

Am weitesten davon entfernt, den Wünschen und Fähigkeiten des einheimischen Volkes gerecht zu werden, ist aber wohl ohne Zweifel die Südafrikanische Union. „Die Weißen in Südafrika leben in einer Atmosphäre der Angst vor der großen Mehrheit der Menschen, die sie regieren, und ihr Sinnen und Trachten ist ausschließlich darauf gerichtet, sie zu unterdrücken und zu knebeln", sagte Nehru einmal. Die leitenden Südafrikaner selbst machen der übrigen Welt ein Zuviel an Sympathie für die Schwarzen und ein Zuwenig an Verständnis für die Maßnahmen der Weißen zum Vorwurf. Gewiß ist gerade in Südafrika das Bevölkerungsproblem besonders vielgestaltig und also auch besonders schwierig zu lösen; quer durch die Rassen gehen auch die Klassengegensätze. Den zweidreiviertel Millionen Europäern stehen fast neun Millionen Afrikaner, eineinviertel Millionen Farbige (Coloureds, Mischlinge aus den Rassen) und 336 000 Inder gegenüber. Von den Weißen wiederum sprechen 60 Prozent, vorwiegend holländischer Abstammung, Afrikaans, die übrigen, die auch politisch anders orientiert sind, zum Beispiel für Verbleiben im Commonwealth eintreten, Englisch. Mit der Nationalistenpartei Strijdoms regiert seit zehn Jahren die extreme Burenrichtung. Ihr Ziel wurde von berufener Seite einmal so gekennzeichnet: „Wer die wesentliche Tatsache nicht sieht, hat die elementare Grundlage der südafrikanischen Politik nicht erfaßt. Der afrikanische Kontinent beherbergt rund 130 Millionen Menschen, von denen vier Millionen Weiße sind; und unter diesen Weißen gibt es nur eine einzige ausgeprägte volksmäßige Einheit, die Afrikander. Dieses kleine Volk ist fanatisch entschlossen, trotz der erdrückenden Übergewichts der schwarzen und farbigen Rassen als europäische Nation zu überleben. Kann man sich also wundern, daß diese Frage zu einer wahren Besessenheit geworden ist?"

Hier liegt der Schlüssel zur Politik der Apartheid, der Rassentrennung; ein gewisses Ressentiment richtet sich auch gegen die englischsprechenden Weißen als „fremde Volksteile". Völlige Gleichberechtigung der Nichtweißen wird aber auch von den anderen Parteien nicht erstrebt, auch nicht von der Labour Party, die allerdings weniger aus Arbeitern als aus europäischen Handwerkern gebildet ist. Nur die ziemlich neue Liberale Partei, deren Vorsitzender der feinfühlige Schriftsteller Alan Paton ist, nimmt Mitglieder aller Rassen auf und verlangt auch das Wahlrecht für alle und die Aufhebung der diskriminierenden Rassengesetze. Wohl nennt sich die südafrikanische Union eine Demokratie; doch ein Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung keine politischen Rechte und auch nicht die gleichen bürgerlichen Rechte hat wie die Weißen, ist in unserem Sinne keine Demokratie, eher ein Polizeistaat mit einer geduldeten weißen Opposition. In der Apartheit sieht Strijdom die einzige Möglichkeit, die weiße Überlegenheit zu erhalten. Den Nichtweißen wird zugestanden, sich „unter Obhut" der Europäer entwickeln und in ihren eigenen Reservaten auch die Berufe ausüben zu dürfen, die in den Gebieten der Weißen diesen allein vorbehalten sind. Man führt zur Untermauerung an, die Schwarzen seien in ihrer Entwicklung noch zu rückständig, um sich der modernen Zivilisation anpassen zu können.

Tatsächlich ist die große Masse der Neger noch analphabetisch, und ihr politisches Bewußtsein erwacht nur langsam, zumal die Gegensätze unter den Hunderten von Bantustämmen das Verfolgen gemeinsamer politischer Ziele noch erschweren, der Bantunationalismus auf der anderen Seite von den Weißen auch nicht eben ermutigt wird. (Die Bezeichnung Bantu für alle südafrikanischen Negerstämme, die wohl ursprünglich aus Zentralasien stammen, beruht auf linguistischer Grundlage.) Etwa die Hälfte der Bantus der Union leben heute noch

im Stammesverband in Reservaten, die übrigen arbeiten als Land- und Industriearbeiter innerhalb der weißen Gemeinschaften. Betrachtet man ihr Leben näher, so findet man auch hier die Ansichten von Germaine Tillion vollauf bestätigt. Während ihre alte Kultur wertvolle ethische Momente enthält und in vielem christlichen Idealen nahekommt, Trunksucht, Prostitution und Verbrechen unbekannt sind, haben sie in den aus dem Boden sprießenden Städten jeden familienmäßigen und moralischen Halt verloren. Stammesdisziplin und Vorbild der Älteren wirken nicht mehr. Kinder waren seit jeher der Mutter überlassen, wo sie im Familienverband unter der Obhut der geschlossenen Dorfgemeinschaft heranwuchsen. So kümmert sich nun in den Städten der Vater nicht um den Nachwuchs. Sein Geld verbraucht er für sich, die Ernährung der Familie der Mutter allein überlassend. Die Jugendlichen wachsen sich selbst überlassen auf, oft in „Wohnungen" aus Pfählen, Kisten, Säcken und Blechstücken errichtet, für die der in Europa geprägte Begriff „Slums" noch beschönigend ist. Denn an den Bau ordentlicher Unterkünfte für die billigen schwarzen Arbeitskräfte dachte man trotz der leichten großen Einkommen für Weiße kaum. Die Kriminalität nimmt zu. „Ein großer Teil dieses Verbrechertums, des Müßigganges, der Verdrossenheit, der Hemmungslosigkeit im Gebrauch des Messers ist der Tatsache zuzuschreiben, daß diese Burschen sehr begrenzte Arbeitsmöglichkeiten haben. Sie können nicht Automechaniker oder gelernte Bergleute oder Zugführer oder Bauarbeiter werden. Die weißen Handwerker vieler Gewerbe weigern sich, afrikanische Lehrlinge zuzulassen" (Alan Paton). Aber auch bei den noch in Reservaten lebenden Bantus treten Zersetzungserscheinungen auf. Durch zeitlich begrenzte Kontraktarbeit in der Industrie, die das Ansässigwerden der schwarzen Menschen in weißen Gebieten verhindern soll, werden die arbeitsfähigen Männer aus den Kraalen gezogen, die eigene landwirtschaftliche Arbeit also den Frauen, Kindern und Greisen überlassen.

Auch die Farbigen, die zum größten Teil ebenfalls in den am schlechtesten bezahlten Berufen, als Landarbeiter oder Hauspersonal, arbeiten, leiden zunehmend unter den Rassegesetzen. Dabei haben sie eine anerkannte Fähigkeit für Arbeiten schöpferischer Art und sind darum als qualifizierte Handwerker besonders geeignet. Aber auch für sie werden die Lehrstellen immer weniger. Ebenso wie den Schwarzen sind ihnen diese Berufe praktisch verschlossen, weil die höher bezahlten Stellungen eben den Weißen vorbehalten sind. Der Lohn des qualifizierten Arbeiters ist drei- bis fünfmal so hoch wie der des ungelernten Arbeiters.

Sehr zur Erschwerung der Rassenfrage trägt die indische Minderheit bei. 1860 begann man indische Arbeiter für die Zuckerplantagen zu werben; ihnen folgten indische Händler, Handwerker und Angehörige freier Berufe. Bald aber wurde im Lande Protest gegen die unerwünschte wirtschaftliche Konkurrenz laut. Trotz der Restriktionen nehmen sie weiter zu, assimilieren sich auch nicht. Die einheimische Bevölkerung sieht sie als Eindringlinge an, wie auch in anderen Ländern Afrikas, zumal sie bei zunehmender Entwicklung selbst in die von Indern gehaltenen Stellungen in Handel und Gewerbe drängt. Den Indern wiederum fehlt die Möglichkeit zum Ausweichen in freie Berufe. Da es sich als unmöglich erwies, sie heute noch in ihre Heimatländer zurückzuschicken, würde man auch sie gern in ihren Wohngebieten isolieren, was aber wirtschaftlicher Ruin für viele wäre. Hier trat Gandhi zum ersten Male in das Licht der Weltöffentlichkeit, als er seinen Landsleuten in ihrem Kampf um die in Generationen erworbenen Rechte beistand.

Die Politik der Apartheid in ihrer jetzt vertretenen Form wünscht überhaupt völlige territoriale Trennung und föderalistische Regierung der einzelnen Rassen-

staaten. Das könnte, ehrlich durchgeführt, vielleicht die Grundlage zu einer Lösung sein. Mit den jetzigen weißen Vorstellungen ist indessen eine solche ehrliche Lösung schon wirtschaftlich durchaus unvereinbar. Die Wirtschaft der Union steht und fällt mit den anspruchslosen schwarzen Arbeitskräften. Eine weiße Armut gibt es hier überhaupt nicht; aber der weiße Reichtum baut sich auf aus der schwarzen Armut. So entschied man sich dann erst einmal zur Trennung in Schulen, Universitäten, Krankenhäusern. „Vom Postamt bis zur Toilette begleitete mich ein Schilderwald, der jeweils einen Teil dieser Einrichtungen entweder den Weißen oder den Asiaten oder den Schwarzen vorbehielt", sagte Drexler. Selbst das Betreten der Kirchen in weißen Wohngebieten soll allen dunkelhäutigen Christen verboten werden. Die holländische reformierte Kirche unterstützt unverständlicherweise diesen Gedanken. Die anglikanische Kirche wendet sich leidenschaftlich gegen diese „furchtbare Ketzerei der modernen Welt", die den wahren Christen um seines Glaubens willen zum Kriminellen mache.

Wie also die „Obhut" der Weißen für ihre dunkleren Mitbürger aussieht, geht aus den Tatsachen deutlich genug hervor. Die Mitglieder des Unions-Parlaments sind ausschließlich Europäer. Für die Angelegenheiten der andersfarbigen Volksteile werden weiße Vertreter ernannt. Folgende Worte aus dem Munde des Ministers für Eingeborenenfragen kennzeichnen die Auffassung dieser Ermächtigten: „Abgesehen von einigen Arbeitsfunktionen ist für die Eingeborenen in der europäischen Gesellschaft kein Platz." Der gleiche Minister löste kurz vor den Wahlen die größte politische Organisation der Neger, den Afrikanischen Nationalkongreß, auf mit der Begründung, er wolle Agitation treiben. Es wäre indessen ein Irrtum, anzunehmen, der danach von eben der verbotenen Partei ausgerufene Generalstreik sei an mangelndem Interesse und mangelnder Unterstützung der schwarzen Arbeiter gescheitert. Auch hierzu geben die Aufzeichnungen Drexlers beredten Aufschluß, der von einem Gespräch mit einem weißhaarigen, illegal arbeitenden Bantuführer, den er Mafalo nennt, über die vor einigen Jahren erfolgte Räumung von Sophiatown, einem ehemals schwarzen Stadtteil von Johannesburg, berichtet: „Dort sind ungefähr 60 000 Schwarze ausgesiedelt worden. Man hat den Einwohnern die Aktion nur drei Tage vorher angekündigt, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Der wahre Grund dafür war, daß Sophiatown zu den wenigen Gebieten gehörte, in denen Bantus Grundeigentümer waren und frei über ihren Besitz verfügen konnten. Für viele bedeutete diese Aktion daher einfach eine kalte Enteignung. Wir haben versucht", fuhr Mafalo fort, „die Bewohner zum passiven Widerstand zu bewegen, aber diesem Versuch war kein allzu großer Erfolg beschieden. Wir bedauern das, aber selbst passiver Widerstand endete mit Verurteilungen und Auspeitschungen. Über dreißig Mitglieder des Kongresses, die versuchten, den Betroffenen Beistand und Hilfe zu leisten, wanderten ins Gefängnis. Wir haben keine Rechte mehr.' ‚Auspeitschungen?' erkundigte ich mich. ‚Sie haben recht gehört. 1952, nach dem erfolgreichen Beginn eines Feldzuges gegen die diskriminierenden Rassegesetze, bei dem Tausende von Afrikanern freiwillig ins Gefängnis gingen, brachte die Regierung zwei neue Gesetze durch. Eines gab ihr das Recht, Bantus, die passiven Widerstand leisteten, mit unmenschlichen Gefängnisstrafen zu belegen. Ein anderes gestattete den Behörden, widerspenstige Bantus auspeitschen zu lassen . . .' ‚Und niemand von den Weißen hat gegen diese Maßnahme protestiert?' ‚O ja, es gab viele Proteste, Sir, sehr viele Proteste. Aber nichts half. Die Regierung ist stark. Vor zwei oder drei Jahren wurde der Vorschlag gemacht, das Höchstmaß der Schläge mit der neunschwänzigen Katze von fünfzehn auf zehn

herabzusetzen. Aber der Justizminister tat diesen Vorschlag mit einer scherzhaften Bemerkung ab. Er sagte den Damen und Herren, die zu ihm gekommen waren, was sind schon fünf Hiebe unter Freunden!"

Und noch eine andere Stimme über den Umgang der Polizei mit Afrikanern: „Es gibt zu viele Berichte über brutale Mißhandlungen in den Hinterzimmern der Polizeiwachen, als daß man sie als Ausnahmen oder gelegentliche Vorkommnisse bezeichnen könnte, zu viele Knochenbrüche, ausgeschlagene Zähne, blutunterlaufene Striemen und — Grabsteine. Im vorigen Jahr wurden zwei Polizisten verurteilt, die ohne Gnade einen Menschen zu Tode prügelten, nur um Aufschluß über ein paar gestohlene Dinge von geringem Wert zu erhalten. Oft wagen nicht einmal mehr Opfer von Verbrechern, die Polizei aufzusuchen." (Aus der Zeitschrift „Africa South".)

Und dies alles geschieht im Namen des Christentums, was den westlichen Beobachter tief bestürzt. Mafalo fährt fort: „Man sagt, Premierminister Strijdom sei ein gottesfürchtiger Mann. Aber seine schwarzen Brüder liebt er nicht." Wirklich erklärt das Wahlmanifest der Nationalistenpartei, die Politik der Rassentrennung gründe sich auf die christlichen Grundsätze von Gerechtigkeit und Unparteilichkeit. Ist bei solcher Auslegung christlicher Moral eine Hinwendung der Neger zum Islam verwunderlich? Können doch die Mohammedaner mit Berechtigung sagen, immer mehr Afrikaner kommen zu ihnen, weil sie sie nicht als „Wilde" und als „Schwarze" behandeln; die Christen aber geben kein gutes Beispiel von ihrem Glauben.

Wird „eines weißen Mannes Land" mit den Methoden der Apartheid wirklich „eines weißen Mannes Land bleiben", wie der führende Mann der Union mit den menschlich wenig ansprechenden Gesichtszügen und dem zusammengekniffenen Mund nachdrücklich fordert? Längstens nach wenigen Jahrzehnten wird nach anderer Meinung die Vorherrschaft der Weißen auf dem Schwarzen Kontinent zu Ende sein. Keinesfalls wird auf die Dauer das Leben der Europäer oder auch nur die Ausbeutung der Bodenschätze g e g e n die einheimischen Völker möglich sein. Zu viele Nichtweiße, auch Neger, haben die Ebenbürtigkeit ihrer geistigen und künstlerischen Fähigkeiten mit denen der Weißen unter Beweis gestellt, um ihre Behandlung als Unmündige noch zu rechtfertigen. Dabei sind die Möglichkeiten, dies zu erlangen, immer noch sehr gering. Die Union wendet im Durchschnitt für die Ausbildung eines weißen Kindes fünfmal so viele Mittel auf wie für ein schwarzes. Dennoch nimmt ein für die ungeheure Armut der Schwarzen bemerkenswert hoher Prozentsatz ihrer Kinder am Schulunterricht teil. Seine Enkel werden einmal die Freiheit erleben, meint Mafalo. Seine Enkel, das ist die heute heranwachsende Generation. Und Freiheit bedeutet für den Afrikaner im Norden wie im Süden nicht individuelle Freiheit, sondern politische Selbständigkeit. Dafür nehmen die Menschen auch Not und Hunger in Kauf. „Solange die letzten Reste des Kolonialismus aus Afrika nicht hinausgefegt sind, solange ist unsere Aufgabe nicht erledigt. Von jetzt an gibt es einen pan-afrikanischen Nationalismus, und die Lehre vom politischen Bewußtsein Afrikas und seiner Emanzipation soll sich über den ganzen Kontinent bis in die letzten Winkel verbreiten." Diese Gedanken, die Kwame Nkruma am Tage der Unabhängigkeitserklärung seines Landes bewegten, fanden in dem Kongreß der ersten freien afrikanischen Staaten in Accra Bestätigung. Eines der Gesprächsthemen war Hilfe für die Länder, die noch unter kolonialer Herrschaft stehen. „Hände weg von Afrika, Afrika muß frei sein!" rief Nkruma aus.

Arno Behrisch, MdB

Eine breite Volksbewegung ist notwendig, notwendig ist, was die Not wendet

Bedarf es noch erklärender Worte, die tiefe Not zu schildern, in die wir durch eine fehlgerichtete Außenpolitik geraten sind? Dem Unglück der Zerreißung unseres Landes durch die Siegermächte hat die Bundesregierung die totale Spaltung unseres Volkes in Befürworter und Gegner der Atomrüstung hinzugefügt. Schlimmeres konnte uns kaum widerfahren.

Wie konnte es dazu kommen? Bundestagspräsident Gerstenmaier hat bei einer Betrachtung der deutschen Geschichte einmal das Schlüsselwort vom Ursachenzusammenhang in die Debatte geworfen. Die Tatsache, daß sich Dr. Gerstenmaier selbst zu wenig daran hält, mindert die Richtigkeit seiner Feststellung keineswegs herab. Darum gilt es zwei Gesichtspunkte im Auge zu behalten. Einmal war das Wort Nazismus noch nicht erfunden, da lebte in Deutschland längst der Geist des Nazismus und zum anderen kann die Demokratie im Lande der Untertanen-Tradition nur dann Wurzeln schlagen, wenn wir „dafür sorgen, daß nicht wieder durch eine Hintertür dieselben alten innerlich überlebt gewordenen Kreise aus der Versenkung auftauchen, die von der komischen Vorstellung besessen sind, als ob immer nur sie allein imstande wären, unser Land zu vertreten", um es mit Ernst Reuter zu sagen.

Um den Ursachenzusammenhang zu erkennen, der zur Machtergreifung der Nazis und zur Entfesselung ihres Angriffskrieges führte, ist ein Studium der Nürnberger Anklagerede Robert Jacksons nicht ohne Interesse, weil sie sinnfällig zeigt, worüber man sich von Roosevelt über Churchill bis Stalin und von Adenauer über Schumacher bis zu Pieck einmal völlig einig war. Jackson sagte, daß die Hauptangeklagten als Einzelpersonen wenig interessant seien, vielmehr komme es darauf an, die „unheilvollen Gewalten" zu erkennen, die sie vertreten und die noch lange in der Welt umherschleichen werden. „Wir wissen", so fuhr Jackson fort, „daß die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gekommen ist. Wir wissen, daß ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat. Ein Bündnis, zu dem sich die Besessenheit des wütenden Umsturzwillens unter den Nazis, die Hemmungslosigkeit unter den deutschen Reaktionären und die Angriffslust unter den deutschen Militaristen zusammengetan hatten". Jackson kam auf die Geburtshelferrolle der Schwerindustrie, der Bankiers und Junker bei der Machtergreifung zu sprechen. Er folgerte: „Die Zivilisation kann keine Nachsicht zeigen für diese Kräfte der menschlichen Gesellschaft, sie gewinnen nur von neuem Macht, wenn wir mit den Männern, in denen diese Gewalten lauernd und unsicher noch am Leben sind, zweideutig oder unentschieden verführen."

Nun lassen sich gegen die Person des Mr. Jackson gewiß Einwendungen machen; das ändert nichts an der Richtigkeit jener Erkenntnisse, die er im Namen der Siegermächte aussprach. Ernst Reuter drückte das 1947 so aus: „Wichtiger als die Demontage einzelner Fabriken ist die Demontage jener kriegerischen überheblichen Gesinnung, die in der Vergangenheit immer wieder von einer kleinen Minderheit mündlich und zielbewußt geschürt, den Boden für kriegerische Explosionen vorbereitet hat. In Deutschland war diese Entwicklung durch Entpolitisierung eines früher durchaus freiheitlich gesinnten Bürgertums, Absonderung der Universitäten, Kastengeist, Hinwendung des Bürgertums zum reinen Geldverdienen und der Intellektuellen zur unpolitischen Loslösung vom wirklichen Leben markiert. Hinter dieser verhängnisvollen Entwicklung stand

der ungebrochene Machtapparat der Junker, Kasten und die Organisationen der Schwerindustrie".

Es war sicher kein Zufall, daß die soeben mit den Worten so verschiedener Männer wie Jackson und Reuter skizzierten Erkenntnisse nach 1945 in den Programmen aller vier zugelassenen Parteien ihren Niederschlag fanden. Die Kommunisten schworen im Hinblick auf Deutschland der Diktatur ab und die Christlichen Demokraten forderten die Entmachtung der Mächtigen. Kurt Schumacher zeigte die Synthese auf: „Die Bedeutung Deutschlands im europäischen Raum ist natürlich vorhanden. Wir sind siebzig Millionen Menschen. Wir sind gewiß kein untüchtiges Volk. Wir haben geistige, kulturelle, politische Leistungen aufzuweisen. Wir haben auch für die Zukunft noch Potenzen. Wir liegen im Herzen Europas und man kann Europa nicht neu gestalten, wenn man auf seinem Herzen politisch einen weißen Fleck behält. Dieser Fleck muß so oder so koloriert werden, und ich meine, man sollte ihn nicht nach Vorbildern färben."

Genau das aber trat ein. Es entstand eine amerikanische und eine russische Hälfte Deutschlands und mit der Installation Adenauers wurde eine Politik eingeleitet, die es konsequent vermied, aus der deutschen Vergangenheit die notwendigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Konsequenzen zu ziehen, von einer geistigen Verarbeitung unserer Geschichte ganz zu schweigen. Die alte Ordnung, die falsch war, bevor sie unser Land in zwei Katastrophen führte, wurde von Adenauer liebevoll restauriert.

Zu einem Teil hängt der Friede der Welt davon ab, daß die Menschen und die Völker mit sich selbst in Frieden leben. Die Staatsform der Demokratie dient diesem Ziel. Demokratie ist Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden, ist Neigung zum Kompromiß und Achtung vor der Minderheit. Es ergibt sich aus unserer Geschichte, daß es 1945 leichter hätte sein müssen, eine demokratische Verfassung zu Papier zu bringen, als genügend Männer und Frauen mit demokratischer Grundhaltung für die verantwortlichen Stellen zu finden. Nach Lage der Dinge konnten Christ-Demokraten, Demokraten und Sozialdemokraten gemeinsam kaum die erforderliche Zahl stellen. Wer aber, wie Adenauer es tat, den Staatsneubau bewußt ohne, ja sogar gegen die eine Hälfte der demokratischen Mitbürger durchführte, mußte ganz zwangsläufig auf die Nichtdemokraten und verkappten Anti-Demokraten zurückgreifen. Durch Adenauer kamen jedoch die Wölfe wieder, die 1945 nur die Haare gewechselt hatten. Aber das Fell und die Wolfsgesinnung blieben.

Die Politik der Bundesregierung entwickelte sich entsprechend. Nichts wäre für unser Land so vonnöten gewesen, wie eine von wirklich demokratischen Kräften getragene gemeinsame Außenpolitik der großen Parteien, die sich nicht unbedingt in einer Koalitionsregierung, wohl aber in einem unabhängigen und kraftvollen Parlament manifestieren mußten. Adenauer ging den umgekehrten Weg. Zu keiner Zeit fühlte er sich wie Churchill „als Diener des Parlaments", sondern als dessen Feldwebel. Jeder, der nicht von der Vorzüglichkeit der amtlichen Politik überzeugt war und Zweifel äußerte, ist in Gefahr gelaufen, als Freund der Kommunisten denunziert zu werden. Das war die Übernahme der Propagandaformel der Hitler-Diktatur, die Art, dem Andersdenkenden kommunistische Hörigkeit vorzuwerfen und ihm die in der freien Welt unentbehrlichen Qualitäten abzusprechen (Schumacher)."

Dabei hätte Adenauer, der sich doch sonst so streng an amerikanische Vorbilder klammert, von James B y r n e s mühelos lernen können, wie man sich als Demokrat in der Stunde nationaler Not zu verhalten hat. „Die politische Partei, die gerade an der Macht ist, kann nicht gut von der Oppositionspartei eine Mitverantwortlichkeit an der Außenpolitik verlangen, wenn nicht die Führer der Oppo-

sition vollen Einblick in die politischen Maßnahmen erhalten. Das ausführende Organ der Regierung kann nicht eine wichtige politische Maßnahme, die die Zustimmung des Kongresses erfordert, ankündigen und erst danach den Führern der Opposition Einblick gewähren. Eine Politik, die den Kongreß umgeht, macht eine Zwei-Parteien-Politik unmöglich. Und ich hoffe erneut, daß unsere verantwortlichen Führer beider Parteien über unsere Politik vom anfänglichen Entwurf bis zur endgültigen Regelung auf dem Laufenden gehalten werden."

Mit dieser demokratischen Gesinnung muß man die selbstherrlichen Praktiken des Bundeskanzlers konfrontieren, um zu begreifen, in welche obrigkeitsstaatliche Regierungskunst wir zurückgefallen sind. Warum sollte Adenauer die Opposition informieren, wenn seine eigenen Parteifreunde und Ministerkollegen oft erst aus der Morgenzeitung erfahren, was ihr Herr und Meister beschlossen hat. Und hier ist die Stelle, daran zu erinnern, daß Adenauer ungefragt einen deutschen Verteidigungsbeitrag anbot und damit jene verhängnisvolle Politik einleitete, in die wir hineinschlittern. Es gilt den Ursachenzusammenhang zu erkennen. Das neue deutsche Heer trat auf undemokratische Weise ins Leben, ihm war nie die Rolle demokratischer Verteidigung zugedacht, sondern es soll in Deutschland und in Europa als Gendarm der Restauration fungieren.

Verteidigungspolitik kann durchaus legitim sein, aber sie verliert ihren Sinn, wenn sie nicht zugleich mit einer aktiven Verständigungspolitik gekoppelt ist. Ernst Reuter, dem man wohl schwerlich kommunistische Hörigkeit vorwerfen kann, brachte das treffend zum Ausdruck: „Die wichtigste Aufgabe ist das ständige Gespräch und die ständige Pflege jedes nur möglichen Versuches mit unseren Nachbarn zu einem dauerhaften, friedlichen Zusammenleben zu kommen. Wir dürfen die Hoffnung niemals aufgeben, daß eine Lösung gefunden werden muß, die ein dauerhaftes Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen ermöglicht."

Die Arroganz, mit der, unter Anlehnung an die Vorbilder des weiland Joachim von Ribbentrop, der Rapacki-Plan dann von der Bundesregierung behandelt wurde, gibt zu schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Unterboten wird es nur noch durch die Art, wie man in Bonn mit den Russen verfährt. Ernst Reuter vertrat folgende Ansicht: „Dem großen russischen Volke schulden wir die Achtung, die es durch seine gewaltigen Leistungen verdient hat. Wir sind nicht anti-russisch, können nicht anti-russisch sein, wollen nicht anti-russisch sein und werden nicht anti-russisch sein. Wir wollen nur frei und unabhängig sein." Die Bundesregierung mißachtet diese Grundsätze und tut das Dümmste und Gefährlichste, was man tun kann, indem sie laufend dieser großen Macht kleine Streiche spielt. Die Bonner Außen- und Verteidigungspolitik verzichtet auf die immerwährende Verständigungspolitik. Darum wirkt sie bedrohlich provozierend.

Das letzte Glied in dieser Kette ist der Beschluß über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Die Art und Weise, wie er zustande kam, ist beängstigend und beschämend. Wieder einmal haben die führenden Männer dabei den größten Wortbruch verübt, den ein Mensch begehen kann. Den Wortbruch gegenüber den eigenen Versprechungen. Wieder ist uns die billigste Variante der Politik vorgeführt worden. Wieder, wie schon so oft in diesem Lande, entledigte man sich der Versuchung der Macht, indem man ihr erlag. Nun haben wir den dritten Aufguß der Machtpolitik, genannt „Politik der Stärke", fad und widerlich bis zum Erbrechen.

Auf dem christlich camouflierten Thron regiert das Gegenstück christlicher Demut, sitzt der alte deutsche Übermut. Der plattfüßigste Anti-Bolschewismus feiert fröhliche Urständ. Das verhängnisvolle Bündnis von Schwerindustrie und Militär ist wieder hergestellt. Denn dieses Heer wird nicht Deutschland dienen, sondern Deutschland dient wieder dem Heer der Rüstungsgewinnler, der Posten-

jäger, der Angeber, der Etappenhasen und Drückeberger. Drohend und warnend steht vor uns ein Wort George Santagnas: „Die, die sich der Vergangenheit nicht erinnern können, werden dazu verdammt sein, sie zu wiederholen."

Allerdings, diesmal rührt sich etwas in diesem Volke. Mehr noch, eine Front baut sich auf, wie dieses Land sie nie gekannt. Wissenschaftler, Intellektuelle, Industrielle, Mittelständler und Arbeiter verbünden sich im Kampf gegen den Atomtod. Zwar meint die Regierung, das Volk könne über eine so komplizierte Materie wie die Atomrüstung nicht urteilen. Nun das Volk ist gar nicht so anmaßend wie die Regierung, die bei einem Sachverstand, den man mühelos im Fingerhut unterbringen kann, dennoch gegen die wirklich Wissenden, gegen die Warnungen der Wissenschaftler entscheidet. Das Volk vermag in der Sache vielleicht wirklich kein Urteil abzugeben. Es hat aber das Recht, zwischen dem fachlichen Urteil und der moralischen Autorität der Wissenschaftler mit Albert Schweitzer und Otto Hahn und Werner Heisenberg an der Spitze, auf der einen Seite, und dem Sachverstand der Bundesregierung unter der Führung eines Mannes, der Atomgranaten als weiterentwickelte Artillerie verniedlichte, auf der anderen Seite, zu entscheiden. Und das Volk im weitesten Sinne hat sich entschieden.

Natürlich kennt die Regierung die Volksmeinung. Mehr als zwei Drittel lehnen die Atomrüstung ab und erwarten, daß die Regierung etwas gegen die alles Leben bedrohende Atombewaffnung und den Unfug der Versuchsexplosionen unternimmt. Und da die Regierung, die sich offensichtlich im Widerspruch zum Volkswillen befindet, nicht die demokratische Konsequenz des Rücktritts zieht, hat das Volk das Recht, der Regierung sehr deutlich zu machen, was es denkt und was es erwartet. Überblickt man den Ursachenzusammenhang der deutschen Wiederaufrüstung, dann wird natürlich auch klar, warum sich die Regierung so sehr gegen den Volkswillen stemmt, denn sie ist durch ihre Politik in Abhängigkeiten geraten, die sich mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes in keiner Weise decken. Sie ist die Vollstreckerin politischer Vorstellungen von Menschen, die „nicht das Unglück haben, im Herzen Europas geboren zu sein", wie Winston Churchill das einmal ausdrückte.

Die Wissenschaftler, als die Wissenden, als die Menschen mit dem unbestreitbaren Sachverstand, haben sich an die Gewerkschaften gewendet. Sie wissen, daß ihre Warnungen und Mahnungen nur dann wirksam werden können, wenn sie in das Bewußtsein der Massen eindringen. Diese Aufgabe zu erfüllen, hat sich das Komitee gegen den Atomtod gestellt. Aber alle fühlen, daß das nicht ausreicht. Darum haben Stadt- und Gemeindevertretungen zu Volksbefragungen aufgerufen und die Gewerkschaft stellte den Kampf gegen den Atomtod in den Mittelpunkt ihrer Mai-Reden. Doch das ist alles noch zu wenig, gemessen an dem Verhängnis, das sich zusammenzieht.

Die Idee des Kampfes gegen den Atomtod wird erst dann zur materiellen Gewalt werden, wenn sie die Massen erfaßt, ihr Denken beherrscht, ihr Handeln bestimmt. Das zu vollbringen ist Aufgabe der Organisationen, die mit den Massen des Volkes wirklich verbunden sind. Es gibt sehr viele Städte und Gemeinden mit Mehrheiten außerhalb der Bonner Koalition. Was hindert sie eigentlich, das Volk zu befragen? Was hindert den DGB, der doch bei Streikabstimmungen rasch und gründlich und demokratisch Meinungen der Mitglieder ermittelt, seinen Anhängern die Frage der Atomrüstung vorzulegen. Warum tut das nicht die Gewerkschaftsjugend, die mit ihren nahezu 800 000 jungen Menschen das Wertvollste verkörpert, was das arbeitende Deutschland zu bieten hat? Wobei sicher ist, daß die studierende Jugend, daß die Hochschullehrer die Allianz mit dem Volke wünschen und suchen.

Ein Mann der Wissenschaft, geliebt und gehaßt, dem Arbeiter unendlich viel zu verdanken haben, hatte sie vor hundert Jahren auf die Macht ihrer Zahl hingewiesen. Aber diese Zahl, so hatte er gesagt, fällt nur dann in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und wenn Wissen sie leitet. In Verwirklichung dieser Erkenntnis sind die Arbeiter von Untertanen, Entrechteten und Enterbten zu gleichberechtigten Staatsbürgern aufgestiegen. Soviel haben sie sich durch Organisation und Wissen erstritten, daß sie ihren alten Kampfruf „Wacht auf Verdammte dieser Erde" nicht mehr anstimmen. Aber wenn ihr ganzer Kampf nicht sinnlos gewesen sein soll, müssen sie das Bündnis von Wissen und Zahl auf höherer Ebene erneuern. Der Ruf ertönt: „Wacht auf Bedrohte dieser Erde!"

Dokumente zum Zeitgeschehen

Freie und Hansestadt Hamburg
Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen vom 8. Mai 1958

§ 1 In der Freien und Hansestadt Hamburg wird eine Volksbefragung mit folgendem Inhalt durchgeführt:

1. Sind Sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen?
2. Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen im Gebiet der Bundesrepublik?
3. Sind Sie für die Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?

§ 2 Die Volksbefragung findet am 8. Juni 1958 statt.

§ 3 Stimmberechtigt ist, wer am Tage der Volksbefragung das Wahlrecht zur Bürgerschaft hat (§§ 6 und 7 des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 6. Dezember 1956 — Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 497).

§ 4 Der Senat bestellt einen Leiter für die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung (Leiter der Volksbefragung). Sein Stellvertreter ist der Direktor des Statistischen Landesamts.

§ 5 (1) Die Volksbefragung wird in Abstimmungsbezirken vorgenommen. Abstimmungsbezirke sind die Stimmbezirke der letzten Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft.

(2) Für jeden Abstimmungsbezirk wird eine Liste der Stimmberechtigten geführt. Die Liste wird zu allgemeiner Einsicht öffentlich ausgelegt. Zeit und Ort der Auslegung werden öffentlich bekanntgemacht.

(3) Abstimmen kann nur, wer in die Liste eingetragen ist oder wer einen Stimmschein hat.

§ 6 (1) Das Bezirksamt bestellt einen Abstimmungsvorsteher für jeden Abstimmungsbezirk. Der Vorsteher beruft mindestens drei Beisitzer. Es soll die Beisitzer nach Möglichkeit aus den Stimmberechtigten seines Bezirkes berufen und dabei die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien berücksichtigen.

(2) Der Vorsteher und die Beisitzer bilden den Abstimmungsvorstand.

(3) Für die Verpflichtung zu ehrenamtlicher Mitwirkung gelten die Bestimmungen der §§ 36 bis 38 des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 6. Dezember 1956.

§ 7 Für die Stimmabgabe werden amtliche Stimmzettel hergestellt.

§ 8 Die Abstimmungshandlung ist öffentlich. Die Stimmabgabe erfolgt geheim.

§ 9 (1) Die Stimme wird in der Form abgegeben, daß bei der jeweiligen Frage durch ein Kreuz oder in anderer Weise eindeutig kenntlich gemacht wird, ob die Frage bejaht oder verneint wird.

(2) Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist unzulässig.

§ 10 Der Abstimmungsvorsteher oder sein Vertreter kann Anwesende aus dem Abstimmungsraum verweisen, wenn sie trotz Verwarnung die Ruhe und Ordnung stören.

§ 11 (1) Nach Beendigung der Abstimmung ist das Ergebnis der Volksbefragung im Abstimmungsbezirk durch den Abstimmungsvorstand öffentlich zu ermitteln.

(2) Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Abstimmungsvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.

(3) Der Abstimmungsvorstand hat über die Durchführung der Volksbefragung eine Niederschrift zu führen.

§ 12 Das Ergebnis der Volksbefragung wird von einem Ausschuß festgestellt, der aus dem Leiter der Volksbefragung oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und aus vier Beisitzern besteht, die von der Bürgerschaft gewählt werden.

§ 13 Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Näheres über die Durchführung der Volksbefragung zu bestimmen, insbesondere über

1. die Tätigkeit, Beschlußfähigkeit und das Verfahren der Abstimmungsorgane;
2. den Beginn und den Schluß der Volksbefragung;
3. die Führung der Liste nach § 5 Absatz 2, ihre öffentliche Auslegung und ihren Abschluß sowie die Voraussetzungen für die Erteilung von Stimmscheinen und das Verfahren für ihre Ausstellung;
4. die Form der Stimmzettel;
5. die Bereitstellung, Einrichtung und Bekanntgabe der Abstimmungsräume sowie die Schutzvorrichtungen;
6. die Stimmabgabe;
7. die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses und ihre Weiterleitung;
8. die Volksbefragung in Kranken- und Pflegeanstalten und in sonstigen Anstalten der Freien und Hansestadt Hamburg;
9. die Zahlung einer Vergütung für ehrenamtlich tätige Personen.

Begründung:

A

Allgemeines

1. Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, zu ermitteln, wie die hamburgische Bevölkerung zu den Fragen der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, der Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen und der Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik steht. Er knüpft keine Rechtsfolgen an diese Meinungsäußerung. Die Volksbefragung dient statistischen Zwecken. Der Senat legt großes Gewicht darauf, das Verhältnis der Meinungen innerhalb der hamburgischen Bevölkerung kennenzulernen, um bei zukünftigen Entscheidungen des Senats über seine Haltung bei etwaigen Beratungen im Bundesrat über die atomare Bewaffnung oder den damit zusammenhängenden Fragen die Meinung der Hamburger Bevölkerung mit in Betracht ziehen zu können.
2. Eine solche Volksbefragung und ihre gesetzliche Ordnung durch den hamburgischen Gesetzgeber stehen im Einklang mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik und mit der Hamburger Verfassung.
   a) Das Grundgesetz kennt allerdings eine unmittelbare Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung durch Volksbegehren oder Volksentscheid nicht (mit der Ausnahme der in den Artikeln 29 und 118 geregelten Sonderfälle). Volksbegehren und Volksentscheid würden auf der Bundesebene also eine Änderung des Grundgesetzes zur Voraussetzung haben.
   b) Das Grundgesetz hat aber, indem es die unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung auf der Bundesebene ablehnt, den Ländern nicht verboten, in ihrem Zuständigkeitsbereich derartige Formen unmittelbarer Demokratie zuzulassen. Artikel 28 Abs. 1 verlangt nur, daß die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entspräche. Volksbegehren und Volksentscheid sind jedoch anerkannte Institutionen demokratischer Rechtsstaaten. Die

Tatsache, daß das Grundgesetz sie für den Bereich der Bundesgesetzgebung abgelehnt hat, reicht nicht aus, um daraus allein den Schluß zu ziehen, es habe diese demokratischen Einrichtungen auch im Zuständigkeitsbereich der Ländergesetzgebung verbieten wollen. Dementsprechend kennen eine Reihe bundesdeutscher Länderverfassungen Volksbegehren und Volksentscheid als Instrument der Landesgesetzgebung (vgl. dazu Wernicke im Bonner Kommentar, Artikel 20 Anmerkung II 2 Buchstabe f). So ist z. B. auf die zeitlich nach dem Grundgesetz erlassene Verfassung Nordrhein-Westfalens vom 28. Juni 1950 hinzuweisen, die in ihrem Artikel 68 das Volksbegehren und den Volksentscheid als Mittel zum Erlaß, zur Änderung und zur Aufhebung von Gesetzen eingeführt hat.

c) Hinzu kommt, daß eine Volksbefragung, wie sie in diesem Gesetzentwurf vorgesehen ist, sich von einem Volksentscheid in einem wichtigen Punkt unterscheidet. Während der Volksentscheid darauf abzielt, die dem Volke zur Beantwortung vorgelegte Frage mit verbindlicher Wirkung zu einer endgültigen Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne bringen zu lassen, fehlt es bei der Volksbefragung an jeder derartigen Wirkung. An den Ausgang der Meinungsäußerung der Bevölkerung werden keine Rechtsfolgen geknüpft. Der Sinn der Volksbefragung erschöpft sich vielmehr mit der Feststellung des Verhältnisses zwischen Befürwortern und Gegnern der gestellten Frage. Eine Ausübung unmittelbarer Volkssouveränität liegt nicht vor. Deswegen bestehen unter der Herrschaft des Grundgesetzes nach Ansicht des Senats keine Bedenken gegen die Durchführung einer Volksbefragung auf Bundesebene. Ebenso hält der Kommentar von Drexelius-Weber zur Hamburger Verfassung vom 6. Juni 1952 (Cram de Gruyter & Co., Hamburg, 1953) in der Anmerkung 2 zum Artikel 3 auch die Durchführung einer „Volksabstimmung" (im Sinne von Volksbefragung) in Hamburg für zulässig, obgleich die Hamburger Verfassung — in gleicher Weise wie das Grundgesetz — eine unmittelbare Mitwirkung des Volkes bei der Gesetzgebung nicht kennt und Volksbegehren sowie Volksentscheid in Hamburg deshalb unzulässig wären.

d) Die im Gesetzentwurf vorgesehene Volksbefragung gehört zur Gesetzgebungskompetenz der Bürgerschaft. Sie greift insbesondere nicht in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers für Angelegenheiten der Verteidigung (Artikel 73 Nr. 1 GG) ein und beeinträchtigt auch nicht die Zuständigkeit der Bundeswehrverwaltung für die Deckung des Sachbedarfs der Bundeswehr (Artikel 87b GG). Sie beschränkt sich auf die statistische Ermittlung der Volksmeinung für die Zwecke des hamburgischen Senats. Dem Bund steht die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Statistik nur dann zu, wenn er statistische Unterlagen für Bundeszwecke benötigt (Artikel 73 Nr. 11 GG). Statistiken für Landeszwecke sind allein Sache des Landesgesetzgebers (Artikel 70 GG).

B

Einzelbegründung:

1. § 1 bildet den Kernpunkt des Gesetzes. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, sich zu den betreffenden Fragen über die atomare Bewaffnung zu äußern. In erster Linie handelt es sich dabei um die Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit atomaren Waffen überhaupt und um die Frage der Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen in der Bundesrepublik. Darüber hinaus kann die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik von Bedeutung sein, insbesondere wenn eine Ausrüstung der Streitkräfte und die Errichtung von Abschußbasen an sich nicht in Erwägung gezogen werden.

2. § 2 sieht als Tag der Volksbefragung einen Sonntag, nämlich den 8. Juni 1958, vor.

3. § 3: Hinsichtlich der Stimmberechtigung ist an die einschlägigen Vorschriften des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 6. Dezember 1956 angeknüpft, d. h. stimmberechtigt soll derjenige sein, der die Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht erfüllt.

Durch die Einbeziehung des § 7 des Wahlgesetzes ist andererseits klargestellt, wer nicht stimmberechtigt sein soll.

4. § 4: Die Volksbefragung zeitigt, wie bereits ausgeführt, keinerlei normative Wirkungen, sie dient vielmehr Zwecken der Statistik. Mit Rücksicht auf die besondere Art

der Befragung erscheint es jedoch angezeigt, daß ein besonderer Leiter für die Vorbereitung und Durchführung der Befragung gestellt wird. Sein Vertreter soll der Direktor des Statistischen Landesamts sein.

5. § 5: Um die Befragung technisch so reibungslos wie möglich abwickeln zu können, ist es notwendig, Abstimmungsbezirke vorzusehen. Dabei können ohne weiteres die Stimmbezirke der letzten Bürgerschaftswahl vom Jahre 1957 zugrunde gelegt werden. Die Einteilung der Bezirke hat bei der Befragung nicht die Bedeutung, die sie bisweilen bei Wahlen haben kann.

Damit die Bevölkerung erkennen kann, wer zur Abgabe der Stimme berechtigt ist, muß eine Liste aufgestellt und zu allgemeiner Einsicht öffentlich ausgelegt werden. Über die Eintragung in die Listen sollen Benachrichtigungskarten versandt werden. Es muß weiter bekanntgemacht werden, wann und wo die Listen ausliegen. Die Liste dient gleichzeitig dem Abstimmungsvorstand als Kontrolle bei der Abstimmungshandlung.

6. § 6: Es ist notwendig, für jeden Abstimmungsbezirk einen Abstimmungsvorsteher zu bestellen, der die Abstimmungshandlung leitet. Die Bestellung kann dem Bezirksamt überlassen bleiben. Der Vorsteher muß zu seiner Unterstützung bei der Ausübung der Kontrolle im Abstimmungsraum mindestens drei Beisitzer berufen. Er soll gehalten sein, die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zu berücksichtigen. Im allgemeinen wird der Vorsteher auf Stimmberechtigte seines Bezirks zurückgreifen können. Notfalls kann er aber auch Personen berufen, die nicht in seinem Bezirk wohnen. — Bei der Mitwirkung im Abstimmungsvorstand handelt es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit, für deren Pflicht zur Ausübung die Bestimmungen des Bürgerschaftswahlgesetzes maßgebend sein sollen.

7. § 7: Zur technischen Erleichterung — und um Mißständen vorzubeugen — ist es richtig und zweckmäßig, amtliche Stimmzettel zu verwenden.

8. § 8 sieht — wie hergebracht — vor, daß die Abstimmungshandlung öffentlich und die Stimmabgabe geheim ist.

9. § 9 bestimmt — in Anlehnung an § 25 Absatz 1 des Wahlgesetzes —, daß der Abstimmende eindeutig durch ein Kreuz oder auf andere Weise kenntlich machen muß, ob er die Frage bejaht oder verneint. Eine Stellvertretung bei der Stimmabgabe soll unzulässig sein.

10. § 10: Der Abstimmungsvorsteher oder sein Vertreter muß die Möglichkeit haben, Personen, die die Ordnung stören, aus dem Abstimmungsraum zu verweisen.

11. § 11: Über die Abstimmungshandlung ist eine Niederschrift zu führen. Der Vorstand hat nach Beendigung der Abstimmung das Ergebnis öffentlich zu ermitteln, wobei er nötigenfalls über die Gültigkeit von Stimmzetteln eine Entscheidung treffen muß.

12. § 12: Festgestellt werden soll das Ergebnis der Volksbefragung durch einen Ausschuß, der aus dem Leiter der Volksbefragung oder seinem Vertreter als Vorsitzendem bestehen soll und aus vier Beisitzern, die zweckmäßigerweise durch die Bürgerschaft gewählt werden.

13. § 13 enthält eine Ermächtigung für den Senat, die erforderlichen Einzelheiten durch Rechtsverordnung zu regeln.

Protokoll-Auszug der Stadtverordneten-Versammlung Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 10. April 1958

Auf dringlichen gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion (Möller) und der FDP-Fraktion (Mischnick) vom 2. 4. 1958 — Nr. 155 —, Durchführung einer Volksbefragung über die Atombewaffnung der Bundesrepublik betr., ist Beschluß:

Die Stadtverordneten-Versammlung beauftragt den Magistrat, in Frankfurt am Main eine Volksbefragung über die Atombewaffnung der Bundesrepublik durchzuführen. Die Volksbefragung soll organisatorisch in der gleichen Weise durchgeführt werden wie allgemeine Wahlen. Bei der Befragung ist folgende Frage zur Entscheidung zu stellen:

Sollen auf deutschem Boden Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet und atomare Abschußbasen eingerichtet werden?

Die Volksbefragung ist sofort vorzubereiten. Die Volksbefragung für das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main entfällt, wenn eine gleiche Volksbefragung im Land Hessen stattfindet.

Beglaubigt: gez. Boller

An die Bischöfe und Pfarrer der christlichen Kirchen in der Bundesrepublik

Verantwortungsbewußte Männer der Wissenschaft haben beschwörend vor den nuklearen Massenvernichtungsmitteln gewarnt und ihre Mitwirkung bei der Herstellung abgelehnt. Kulturschaffende und Arbeiter haben gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr protestiert. Die Kirchen aber haben bisher geschwiegen oder nur allgemeine, praktisch wirkungslose Erklärungen abgegeben. Wenn auch noch so viele Generäle und Politiker eine Verteidigung mit diesen „Waffen" für möglich und sinnvoll halten, so kann das doch, meinen wir, niemals für einen Christen gelten.

Der Friede muß immer gewagt werden und ist nicht zu sichern mit teuflischen Mitteln. Unverbindliche Appelle helfen nicht weiter. Wir bitten die Kirchen dringend um ein eindeutiges Bekenntnis zu einer mutigen Politik der Entspannung und der Nichtbeteiligung der Bundesrepublik am atomaren Wettrüsten im heillosen Zirkel allgemeinen Mißtrauens und Hasses. Wir rufen Sie, die Leiter der christlichen Kirchen, dazu auf, Ihre Stimme gegen den unchristlichen Wahnsinn zu erheben, ihm jede Unterstützung zu verweigern und die Gläubigen zur gleichen Haltung zu ermutigen.

Der Appell wurde unterzeichnet von den Professoren

Dr. Fritz Baade (Kiel), Dr. Hans Bartels (Hannover), D. Otto Bauernfeind (Tübingen), Otto Baum (Stuttgart), Dr. K. Bechert (Mainz), Dr. P. E. Becker (Göttingen), Arnold Bode (Kassel), Dr. Max Born (Pyrmont), Dr. Henning Brandis (Göttingen), Walter Brudi (Stuttgart), Dr. Gerd Burkhardt (Hannover), Dr. G. Cordes (Kiel), Dr. Georg Dehn (München), Otto Dix (Hemmenhofen), Dr. Karlfried Graf von Dürckheim (Todtmoos), Dr. Luitpold Dussler (München), Arno Erfurth (Stuttgart), Dr. August Gallinger (München), Dr. Julius von Gierke (Göttingen), Dr. Hellmut Glubrecht (Hannover), Irma Goecke (Nürnberg), Gerhard Gollwitzer (Stuttgart), Fritz von Graevenitz (Stuttgart), Fritz Griebel (Nürnberg), HAP Grieshaber (Karlsruhe), Hans Grischkat (Stuttgart), Hans Haffenrichter (Heidelberg), Dr. Walter Hagemann (Münster), Dr. Friedrich Hahn (Darmstadt), Dr. Richard Hamann-MacLean (Marburg), Johannes Harder (Wuppertal), Dr. Richard Harder (Göttingen), Otto Heim (Stuttgart), Helmut Heinemann (Lüneburg), Dr. Adolf Hertlein (München), D. Johannes Hessen (Köln), Rudolf Hillebrecht (Hannover), Dr. Alwin Hinzpeter (Hannover), Dr. Helmut Hönl (Freiburg), Karl Hubbuch (Karlsruhe), Wilhelm Hübotter (Hannover), Dr. Erich Hückel (Marburg), Dr. Theo Kaluza (Hannover), Dr. Karl Kammüller (Karlsruhe), Dr. Hermann Keller (Stuttgart), F. Klemm (Karlsruhe), Wilhelm Krauss (Karlsruhe), Dr. W. G. Kümmel (Marburg), Dr. Erich Lange (Erlangen), Kurt Lehmann (Hannover), Dr. Fritz Lenz (Göttingen), Dr. Alfred von Martin (München), Karl Marx (Stuttgart), Hermann Mattern (Kassel), Dr. Edgar Mertner (Münster), Hans Meyboden (Karlsruhe), Dr. Hans Möbius (Würzburg), Hannes Neuner (Stuttgart), Dr. Ulrich Noack (Würzburg), D. Rudolf Paulus (Tübingen), Dr. Hans Poser (Hannover), Dr. Franz Rauhut (Würzburg), Dr. Renate Riemeck (Wuppertal), Ernst Röttger (Kassel), Dr. K. Saller (München), Dr. E. Saur (Gießen), Dr. Hans Schaefer (Heidelberg), Dr. G. Schaltenbrand (Würzburg), Otto M. Schmitt (Nürnberg), Paul Schmitthenner (Kilchberg), Dr. Franz Paul Schneider (Würzburg), Dr. Karl Schneider (Münster), Hermann Schorer (Nürnberg), Dr. Levin Schücking (Farchant), Dr. Max Schuler (Göttingen), Dr. Michael Seidlmayer (Würzburg), D. Hermann Strathmann (Erlangen), Dr. Kurt Trautwein (München), Dr. Theodor Veil (Ulm), Wilhelm Wagenfeld (Stuttgart), Karl Hans Walter (Nürnberg), Hans Warnecke (Stuttgart), Kurt Wehlte (Stuttgart), Dr. Leo Weismantel (Jugenheim), Dr. Walter Weizel (Bonn), D. Georg Wehrung (Tübingen), Dr. Aloys Wenzl (München), Günter Wilhelm (Stuttgart), Fritz Winter (Kassel), Herta Maria Witzemann (Stuttgart), Karl Wollermann (Braunschweig), Ernst Zinsser (Hannover).

Zur Volksbefragung

(Auszug aus dem Protokoll des Deutschen Bundestages, 26. Sitzung, 25. April 1958)

Vizepräsident Dr. Preusker: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Heinemann.

Dr. Dr. Heinemann (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Debatte über die Frage der atomaren Bewaffnung war es schwer, bei Ihnen von der CDU Verständnis dafür zu finden, daß es vor allen Fragen politischer Zweckmäßigkeit Vorfragen gibt, ob nämlich das, was man für zweckmäßig hält, auch erlaubt ist. Damals stellten wir Ihnen die Vorfrage, ob die atomare Bewaffnung im Hinblick auf Art. 25 der Verfassung völkerrechtlich erlaubt sei. Damals stellten wir Ihnen die Frage, ob atomare Bewaffnung ethisch verantwortbar, christlich verantwortbar sei. Heute stellen Sie uns die Vorfrage, ob die Volksbefragung verfassungsmäßig sei. Sie haben sich damals, als wir Ihnen unsere Vorfragen unterbreiteten, nicht recht gestellt. Sie haben gesagt, solche Vorfragen gingen einseitig zu Lasten des Westens oder der Bundesrepublik. Sie haben gesagt, Karlsruhe werde schon das Nötige an Auswegen finden. Sie haben gesagt, Fragen christlicher Verantwortung solle man im Parlament nicht zu sehr vertiefen. Irgendwie lief Ihre Antwort darauf hinaus, daß Rechtens sei, was nützlich ist (Widerspruch bei der CDU/CSU. — Beifall bei der SPD. — Abg. Schlick: Typisch Heinemann!)

Heute müssen Sie anerkennen — und das haben wir gerade aus dem Mund Ihres Sprechers Wilhelmi gehört —, daß wir uns der Vorfrage nach der Verfassungsmäßigkeit des Volksbegehrens absolut stellen, in keiner Weise entziehen ...

Nun zu der Vorfrage der Verfassungsmäßigkeit einer Volksbefragung. Es gibt Verfassungsfragen, die im Grundgesetz ausdrücklich geregelt sind, und andere, zu denen das Grundgesetz schweigt. Es gibt Verfassungsregelungen, die ernst genommen werden, und andere, die nicht ernst genommen werden. Das Merkwürdige ist, daß sich diese beiden Unterschiede manchmal seltsam überschneiden. Dafür nur folgende zwei Beispiele!

Ausdrücklich steht in der Verfassung, daß die Parteien über ihre Geldmittel öffentlich Rechenschaft geben sollen. (Beifall bei der SPD.) Die Ausrede, daß das entsprechende Ausführungsgesetz noch fehle, ist eine faule Ausrede. (Erneuter Beifall der SPD.) Dieses Ausführungsgesetz habe ich immerhin zu meiner Amtszeit als Bundesinnenminister schon 1950 in Bearbeitung gegeben; aber es kommt offenbar nicht über die Hürden. (Hört! Hört! bei der SPD.) Nun werden Sie eines nicht bestreiten können: daß nach den Intentionen der Väter des Grundgesetzes gerade für eine repräsentative Demokratie das Parteiengesetz und die öffentliche Rechenschaft über die Herkunft der Parteifinanzen ein wesentlicher Bestandteil dieser repräsentativen Demokratie sein sollte. (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP.)

Sodann: in Art. 25 des Grundgesetzes steht zu lesen, daß das Völkerrecht Bundesrecht bricht. Daher kam unsere Frage: Wie wollen Sie es verantworten, mit Massenvernichtungsmitteln umzugehen und die Bundeswehr entsprechend auszurüsten angesichts des Umstandes, daß das Völkerrecht — und damit das Bundesrecht — Massenvernichtungen verbietet, Gewaltanwendung gegen Nichtkämpfer verbietet, und daß von daher alle Pflichten in Frage gestellt sind, die mit atomarer Bewaffnung irgendwie zusammenhängen, daß von daher — Herr Dr. Wilhelmi, das wird Sie insbesondere in bezug auf Frankfurt interessieren — geradezu eine Widerstandspflicht gegen derartige Zumutungen in unserer Verfassung ausgesprochen wird? (Beifall bei der SPD.) Wenn Sie das alles jetzt für unzweckmäßig, für hinderlich empfinden, so werden Sie sauberer arbeiten müssen, werden Sie eben diese verfassungsmäßigen Hindernisse durch Verfassungsänderung wegräumen müssen. (Abg. Müller-Hermann: Wie steht denn Ihre Partei eigentlich zur Landesverteidigung, Herr Dr. Heinemann? — Lachen bei der SPD.) — Ich möchte nicht annehmen, daß Sie die ganzen tagelangen Debatten des vorigen Monats hier verschlafen haben. (Beifall und Heiterkeit bei der SPD. — Abg. Majonica: Herr Heinemann will doch nur eine Bürgerkriegsarmee, sonst nichts! — Weitere Zurufe von der Mitte.)

Zu der Vorfrage, ob eine Volksbefragung verfassungsmäßig sei, sind Sie von Herrn Greve darauf hingewiesen worden, was die Geschichte des Grundgesetzes — die Debatten im Parlamentarischen Rat — besagt. Ich möchte jetzt auf zwei andere Dinge zu sprechen kommen, zunächst einmal auf die Rechtsprechung, sonderlich auf das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 2. August 1954. Verehrter Herr Dr. Schröder, ich werde richtig zitieren; Sie haben es nicht richtig zitiert. Dieses Urteil ist nachzulesen in der amtlichen Sammlung der Bundesgerichtshofentscheidungen, Band 7, Seite 222. Da werden Sie finden, daß der Senat des Bundesgerichtshofs gesagt hat, in der Entwicklung des Hauptausschusses für Volksbefragung seien zwei Stadien zu unterscheiden. In einem zweiten Entwicklungsstadium sei er verfassungswidrig geworden, habe er sich dazu verleiten lassen, die Grundsätze unserer Bundesrepublik, so wie sie im § 88 des Strafgesetzbuches gekennzeichnet sind, anzugreifen, also das Mehrparteiensystem, die Gewaltenteilung, die Vorschrift, daß Opposition sein muß und all dergleichen. Aber in dem ersten Entwicklungsstadium war dieser Hauptausschuß für Volksbefragung nicht verfassungswidrig. In bezug auf dieses erste Stadium steht in dem Urteil des Bundesgerichtshofs zu lesen — Herr Dr. Menzel hat es schon vorgetragen; aber ich muß es hier wiederholen —:

> Dadurch allein, daß der Hauptausschuß für Volksbefragung sich für eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung einsetzte und durchzuführen versuchte, obwohl eine solche Abstimmung im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, war seine Tätigkeit noch nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet. Sofern es nur darum ging, die Meinung der Volksmehrheit über die geplanten Verträge mit der Folge der Wiederbewaffnung zu erforschen und festzustellen und dann durch das Ergebnis die Mitglieder des Bundestages in ihrer Meinungsbildung bei einer bestimmten Aufgabe zu beeinflussen, handelt es sich um ein von der verfassungsmäßigen Ordnung her gesehen neutrales Ziel.

Mit anderen Worten: bei äußerlich gleichen Vorgängen entscheidet die Absicht, entscheidet das subjektive Moment der Veranstalter, ob etwas verfassungswidrerrechtlich ist oder nicht. Das ist der Kernpunkt dieses Urteils, den Sie nicht dadurch wegwischen, daß etwa im „Informationsdienst" der Union eine Darstellung von diesem Urteil gegeben wird, die auch nur bei flüchtigem Vergleich in gar keiner Weise mit dem amtlichen Text übereinstimmt. Meine Damen und Herren, glauben Sie denn ernstlich, daß Sie mit einem solchen „Informationsdienst" auch nur sich selber einen Dienst tun, indem Sie sich durch ihre Informationsdienststelle falsch unterrichten lassen? — Das zu dem Urteil, zu der Rechtsprechung.

Aber nun auch etwas zu der Praxis. Es gibt ja eine außerparlamentarische Praxis von Volksbefragung. Sie ist nicht groß, aber sie ist eindeutig, sehr eindeutig. Im Juli 1950 wurden Volksbefragungen in der Bundesrepublik zu dem Thema: Eintritt in den Europarat oder nicht? veranstaltet. Solche Volksbefragungen wurden in Breisach und Castrop-Rauxel gemacht, und sie sollte auch in Bremen veranstaltet werden. Man suchte damals drei Orte in den drei westlichen Besatzungszonen aus, eine Landstadt, eine mittlere Industriestadt und eine Großstadt. Durchgeführt wurde die Volksbefragung in Breisach am 9. Juli 1950, in Castrop-Rauxel am 16. Juli 1950. In Bremen wurde sie nicht durchgeführt. Warum, das kann ich im Augenblick nicht feststellen.

Ich will nun darstellen, wie sie sich in Castrop-Rauxel abgespielt hat. Auftakt: Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, sehr geehrter Herr Dr. Wilhelmi, in zweierlei Weise. Zunächst einmal wurde in der Stadtverordnetenversammlung eine Resolution gefaßt, in der der Europarat gelobt, der Beitritt empfohlen und allerlei schöne Perspektiven aus diesem Beitritt entwickelt wurden. Dann beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Castrop-Rauxel aber auch eine Volksbefragung in Castrop-Rauxel! Dieser Beschluß wurde von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der KPD gefaßt. An diesem Beschluß waren also auch die CDU-Stadtverordneten von Castrop-Rauxel beteiligt.

Die Frage, die man den Bürgern von Castrop-Rauxel unterbreitete, lautete so:

> Sind Sie für die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen innerhalb Europas und für den Zusammenschluß aller europäischen Völker zu einem europäischen Bundesstaat?"

Die Abstimmung vollzog sich auf Grund der amtlichen Wählerliste. Die Abstimmungskosten trug die Stadt Castrop-Rauxel. Stimmberechtigt waren 46 864 wahlberechtigte Männer und Frauen. Abgestimmt haben in Castrop-Rauxel 34 239 Männer und Frauen. Das war eine Beteiligung von 73 %. Voraufgegangen ist ein öffentlicher Abstimmungskampf. Die Widersprecher waren sonderlich die Kommunisten. Geleitet wurde der Abstimmungskampf von einem Arbeitsausschuß, bestehend aus allen Parteien mit Ausnahme der KPD, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften, des Jugendringes, von Vertriebenenorganisationen usw. Was wurde damals öffentlich gesagt? Der CDU-Sprecher, Bürgermeister Hilke von Castrop-Rauxel, sagte unter anderem:

Wenn die Regierungen und die Politiker zögern, dann müssen sie durch das Volk zur Tat aufgerufen werden. (Hört! Hört!, Lachen und Beifall bei der SPD.)

Aber noch interessanter mag sein, daß ein Mitglied Ihrer CDU-Fraktion sich auch an diesem Propagandakampf in Castrop-Rauxel beteiligte. Es war der damalige Ministerpräsident und jetzige Abgeordnete Karl Arnold. (Hört! Hört! — Lachen und Beifall bei der SPD.) Karl Arnold sagte in Castrop-Rauxel:

Die Bevölkerung dieser Stadt ist aufgerufen, am morgigen Tag eine überaus ernste und bedeutende Entscheidung zu treffen ... Durch euer Ja sollt ihr daran mitwirken, daß die Organisation Europas, die so verheißungsvoll eingeleitet worden ist, beschleunigt vorwärtsgetrieben wird.

Karl Arnold sagte:

Das „Ja" von Castrop-Rauxel ist das „Ja" der Ruhr, ist das „Ja" des Werkvolkes.

(Abg. Dr. Greve: Was sagt Herr Barzel dazu? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Ich wollte Herrn Barzel ja empfehlen, bei seinem Herrn und Lehrmeister noch etwas gründlicher in die Lehre zu gehen. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD.) Der Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes — nebenbei bemerkt: das Vorstandsmitglied Rosenberg — wies damals darauf hin, daß je und dann auch ein Druck auf die Vertreter des politischen Lebens ausgeübt werden müsse, nämlich endlich das Richtige zu tun. Er sagte:

Deshalb sind wir heute hier, und wir wollen Sie
— also die angeredeten Bürger von Castrop-Rauxel —
auf die Möglichkeit hinweisen, die Sie als Bürger und Glieder unseres Volkes haben. Es gilt in diesen Tagen, die Stimme des Volkes, des einzelnen Menschen klar und eindeutig zur Geltung zu bringen.

Nun, wir sind eben der Meinung, daß genau dies auch heute in bezug auf die atomare Bewaffnung gilt. (Sehr wahr! bei der SPD.) Damals haben darüber hinaus noch gesprochen der Professor für politische Wissenschaften Eugen Kogon, der Freiherr von Gumpenberg. Ich will das alles jetzt nicht im einzelnen verlesen. Die Stadt Castrop-Rauxel hat über den damaligen Vorgang eine Broschüre herausgegeben, in der Sie alles Nähere finden. Da ist das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung mit abgedruckt (Heiterkeit bei der SPD), darin sind die Reden abgedruckt, aus denen ich soeben einige Sätze vorlas, und auch die anderen Reden.

Meine Damen und Herren, damals kam kein Mensch auf den Gedanken, diesen Vorgang in Castrop-Rauxel — und das Entsprechende wird auch für Breisach in Baden gegolten haben — von Aufsichts wegen zu stören. Eine kommunale Frage war das ja nicht, worüber in Castrop-Rauxel abgestimmt wurde. (Zustimmung bei der SPD.) Es gab damals keinen Bundesminister des Innern, der da erklärte, der Vorgang sei verfassungswidrig und man werde mit allen Mitteln dagegen einschreiten. Ich frage, ob das nur daran lag, daß ich damals der Bundesinnenminister war, oder ob das an den Richtlinien des Bundeskanzlers lag, der eine solche Europa-Abstimmung auch im kommunalen Rahmen, auf Grund kommunaler Parlamentsbeschlüsse, auf kommunale Kosten und mit voraufgehender öffentlicher Propaganda wünschte, für gut hielt, für richtig hielt ...

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw